



Politische Berichte

Nummer 22 / 13. Jahrgang

23. Oktober 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

EG-„Bürgernähe“ als neuer Propagandatrick für einen antiparlamentarischen Maastrichter EG-Vertrag

Mit einer „Erklärung von Birmingham“ für eine „bürgernahe Gemeinschaft“ ist der Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der EG in Birmingham am 16. Oktober beendet worden. So soll die EG-Kommission auf dem nächsten Gipfeltreffen in Edinburgh im Dezember einen Bericht vorlegen, in welchen Punkten das bestehende EG-Recht womöglich „unbürokratischer“ gestaltet werden könne — nach Inkrafttreten aller Gesetze und Verordnungen für den EG-Binnenmarkt, versteht sich. Auch will man künftig auf „möglichst elastische Formen von Rechtsvorschriften“ achten. Und: „Alle Gemeinschaftsorgane sollten der praktischen Anwendung des Subsidiaritätsprinzips Vorrang einräumen, ohne daß dadurch das Gleichgewicht zwischen den Organen berührt wird.“ Am Vertrag selbst wird nichts geändert. Der BDI hat die angekündigte „Bürgernähe“ bereits begrüßt und richtig festgestellt, daß damit vor allem der Industrie noch mehr Einfluß auf die EG-Organen gegeben werde.

Auf einer Gemeinschaftstagung im Bonner Hotel Petersberg am 5. Oktober, zu der fast das gesamte Kabinett Kohl hinzitiert wurde, hatten die BRD-Kapitalisten diese Richtung bereits vorgegeben und bekräftigt, „daß sie die Verwirklichung von Maastricht wünschen, um Europa voranzubringen“. BDI-Präsident Necker erläuterte: „Nichts wäre gefährlicher als die jahrelange ‚Hängepartie‘ eines unvollendeten Binnenmarktes. Nationale Interessen würden rasch wieder die Oberhand gewinnen und jegliche Entscheidungen in Richtung auf mehr Gemeinsamkeiten blockieren.“ (nach: BDI-Informationen 10/92)

Der Aufbau einer — von jeder parlamentarischen Kontrolle befreiten — EG-Zentralbürokratie wird also fortgeführt. Die Formeln, die EG müsse „bürgernäher“ werden und dem Grundsatz der „Subsidiarität“ folgen, sind dafür nur gegenüber den Kapitalisten von Bedeutung, signalisieren sie ihnen doch, daß die EG ihnen gegenüber noch „offener“ sein wird. Gegenüber den Parlamenten und Forderungen nach demokratischer Kontrolle der EG-Kommission sind diese Formeln dagegen nur Werbetricks. Der Grundsatz der „Subsidiarität“ etwa verpflichtet die EG-Kommission konkret zu rein gar nichts.

Die Abgabe parlamentarisch kontrollierter Rechte an nicht-parlamentarisch legitimierte und auch durch keinerlei

EG-Gipfel in Birmingham: Werbetrick „Subsidiarität“

Parlament kontrollierte Organe wird mit dem Maastrichter Vertrag solch ein Ausmaß annehmen, daß sich inzwischen sogar der Verfassungsausschuß von Bundestag und Bundesrat mit diesem Problem befaßt hat. Der Ausschuß empfiehlt, in einen neuen Artikel 23 des Grundgesetzes künftig folgende Formulierung aufzunehmen: „Die Bundesregierung gibt dem Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme vor ihrer Mitwirkung an Rechtssetzungsakten der Europäischen Union. Die Bundesregierung berücksichtigt die Stellungnahmen des Bundestages bei Verhandlungen. Das nähere regelt ein Gesetz.“ Das ist alles, was nach dem Willen von Unionsparteien, FDP und SPD an parlamentarischer Kontrolle der EG-Kommission in Brüssel künftig übrigbleiben soll!

Wie weitgehend der Abbau elementarer parlamentarischer Kontrollrechte durch den Maastrichter Vertrag geht, macht derweil an anderer Stelle Bundesfinanzminister Waigel deutlich. In einer von seinem Ministerium herausgegebenen Broschüre zur Währungsunion (Titel: „Stark wie die Mark“) preist er die völlig von parlamentarisch-demokratischen Kontrollen befreite Handlungsmöglichkeit der künftigen EG-Zentralbank sogar offen an: „Das Statut der Europäischen Zentralbank ist zum Teil sogar anspruchsvoller als unser Bundesbankgesetz. Das Statut hat Verfassungs-

rang, das heißt, es kann nicht wie einfache Gesetze geändert werden. Ein Veto-recht von Regierungen gegen Zentralbankbeschlüsse mit aufschiebender Wirkung — wie wir es im Bundesbankgesetz kennen — ist im Statut nicht zu finden.“ (S. 43) Mit anderen Worten: Wenn sich erst einmal die großen Konzerne mit dem Zentralbankrat der kommenden EG-Zentralbank über währungs- und zinspolitische Beschlüsse geeinigt haben, gibt es keine legale Möglichkeit, diese Beschlüsse zu stoppen oder gar zu revidieren. Kein Parlament, keine Regierung kann dann verhindern, daß die EG-Zentralbank im Namen der „Preis-stabilität“ den ihr untergeordneten öffentlichen Haushalten in der EG — ob auf EG-, Bundes-, Länder- oder kommunaler Ebene — zahllose unsoziale, arbeiterfeindliche Weisungen erteilt, sie zum Abbau sozialer Leistungen zwingt usw.

Der Deutsche Bundestag hat sich am 8. Oktober, also vor knapp zwei Wochen, erstmals mit dem Vertragspaket von Maastricht befaßt. Bereits vorher, am 25. September, hatte der Bundesrat den Vertrag beraten. Außenminister Kinkel forderte in der Bundestagssitzung, der Bundestag solle dem Vertrag rasch zustimmen: „Es ist nun an uns, durch unser Ja zu dem Vertrag von Maastricht auch für unsere noch zögernden Partner ein Signal des Vertrauens in

eine gemeinsame europäische Zukunft zu setzen.“ Finanzminister Waigel ergänzte zynisch und mit offensichtlichen Verweis auf die extrem unsozialen Haushaltsbeschlüsse der griechischen, belgischen und der italienischen Regierung in den letzten Wochen, gerade die Peitsche der kommenden Währungsunion dürfe nicht aus der Hand gegeben werden: „Der notwendige Stabilisierungsdruck auf alle Mitgliedsstaaten wird auch durch den festgelegten Zeitplan geschaffen; und gerade, um diesen Druck aufrechtzuerhalten, müssen wir an diesem Fahrplan festhalten.“

Der Maastrichter Vertrag ist verfassungsändernd. Die Regierung braucht deshalb die Zustimmung der SPD. Wenn in den Gewerkschaften die Aufmerksamkeit darauf gelenkt wird, daß der Maastrichter Vertrag ein extrem unsoziales und antiparlamentarisches „Ermächtigungsgesetz“ für eine von jeder parlamentarischen Kontrolle befreite EG-Kommission und EG-Zentralbank ist, könnte diese Kritik bis in die SPD hinein Wirkung entfalten und das Inkrafttreten des Vertrags in der vorliegenden Form verhindern helfen. So erhielten auch die dänischen Gegner der Maastrichter Verträge — die u.a. die geplante EG-Militärunion ablehnen — etwas Unterstützung.

Quellen: Bundestagsprotokoll vom 8.10.92; FAZ vom 17.10.92 — (rül)

„Rußlanddeutsche“ gegen „Wolgarepublik“

Sprecher der sogenannten „Rußlanddeutschen“ melden inzwischen ihren Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung an, eine „deutsche Wolgarepublik“ zu errichten. Der Sprecher der „Rußlanddeutschen“, Heinrich Groth, fordert stattdessen: „Es muß ein Programm vorbereitet werden, um den über zwei Millionen Rußlanddeutschen die Übersiedlung nach Deutschland zu ermöglichen.“ (zit. nach *Süddeutsche Zeitung* vom 19.10.) Die Organisation der „Rußlanddeutschen“ ist mit Bundesmitteln und mit Mitteln hiesiger revanchistischer Verbände aufgebaut worden. Die Regierung hat also Mittel und Wege, um solche Sprecher verstummen zu lassen. Das Problem freilich, daß auch „Rußlanddeutsche“ sich vor Mord und Totschlag infolge der auf große deutsche Sonderrechte und Einnischung zielenden „Volksgruppenpolitik“ der Bundesregierung fürchten, hat sie damit nicht vom Tisch. — (rül)

BRD liefert Rüstungsgüter an Ungarn

Außenminister Kinkel besuchte Ungarn und sagte zu, Waffen aus den Beständen der ehemaligen NVA zu liefern. Zwar soll es sich nicht um schwere Waffen handeln, aber die Ersatzteile, Instandhaltungs- und Ausrüstungssätze erhalten die Einsatzfähigkeit auch schwerer Waffen der ungarischen Armee. Gleichzeitig ergriff Kinkel die Gelegenheit, im Konflikt zwischen Ungarn und dem künftigen slowakischen Staat um ein Staudammprojekt an der Donau Partei zu ergreifen: Er habe den slowakischen Ministerpräsidenten Meciar gewarnt, die Frage auf die Spitze zu treiben. Kinkels Vorgehen ist doppelt gefährlich: Spannungen anheizen und dann Waffen in diese Spannungsgebiete liefern! — (alk)

Nun doch kein Geld für Benjamin-Gedenkstätte

Der Schriftsteller Walter Benjamin nahm sich 1940 in Port Bou das Leben, weil ihm die spanischen Behörden auf der Flucht vor den Nationalsozialisten die Einreise verweigert hatten. In Port Bou soll eine Gedenkstätte eingerichtet werden, ein finanzieller Beitrag der Bundesrepublik wurde erwartet. Das scheiterte vor einiger Zeit im Haushaltsausschuß an den Abgeordneten aus Union und FDP. Nachdem der Kulturpolitische Ausschuß des Bundestages die Finanzierung von einer Million Mark aus verschiedenen Etats und Spenden aber für möglich erachtete (Baden-Württemberg wollte 250000 DM beisteuern), hat nun der Haushaltsausschuß erneut abgelehnt, Geld für die Gedenkstätte aufzubringen. Am Geld kann's nicht liegen, paßt ein Denkmal für einen Antifaschisten und Flüchtling manchem nicht in die Landschaft? — (alk)

Wörner bleibt bis 1996 NATO-Generalsekretär

Die 16 Mitgliedsstaaten haben sich auf eine zweite Amtszeit des NATO-Generalsekretärs Wörner geeinigt. Im Dezember soll der frühere BRD-Verteidigungsminister offiziell auf Beschluß der NATO-Außenminister in Brüssel sein Amt bis 1996 verlängert bekommen. Schon bei der Annexion der DDR hatte die Bundesregierung durch die Stellung Wörners eine zentrale Stelle im NATO-Militärbündnis unter ihrer Kontrolle und konnte sich so die Gefolgschaft ihrer Verbündeten bei der Ost-Expansion sichern. Diese Stellung will die BRD auch bei evtl. ersten Kriegseinsätzen der Bundeswehr unter ihrer Kontrolle behalten. Die Zeitung *Die Welt* (17.10.92) schreibt, nächste Aufgabe Wörners sei der Umbau der NATO zu einem Bündnis, das auch zu „militärischer Dienstleistung“ für UNO und KSZE in der Lage sei. Mit anderen Worten: Wörner soll beim Aufbau und evtl. ersten Einsätzen von NATO- und/oder WEU-Eingreiftruppen (z.B. in Jugoslawien) der BRD auch künftig entscheidenden Einfluß auf NATO-Entscheidungen sichern. — (rül)

Mit BRD-Panzer zu Tode geschleift

In den nächsten Wochen will die Bundesregierung der türkischen Armee u. a. 46 Phantom-Jäger liefern. Die Zeitung *Özgür Gündem* dokumentierte am 17.10., welche Verbrechen die türkische Armee inzwischen mit diesen deutschen Waffen begeht: Mit einem BRD-Panzer schleifte eine türkische Einheit einen verletzten festgenommenen kurdischen Guerilla buchstäblich zu Tode. (Bild) Wir dokumentieren alle Fotos auf Seite 5.

— (rül, Bild: *Özgür Gündem*)



Bernd Rößner muß raus!

Demonstrationen und Kundgebungen für seine Freilassung

Anfang August 1992 führten Bernd Rößners Anwälte ein Gespräch im Bundespräsidialamt über das laufende Begnadigungsverfahren. Danach gingen sie davon aus, daß Bernd vom Bundespräsidenten begnadigt und nach einem 3 monatigen Aufenthalt in der JVA Kassel entlassen werden würde. Bernd stimmte aufgrund dieses Gesprächs seiner Verlegung nach Kassel zu (vgl. *Angehörigen-Info* Nr. 99). Der Gnadenerlaß sollte bis Anfang Oktober erfolgen und mit der Auflage verbunden sein, daß Bernd eine Therapie zur Wiederherstellung seiner Gesundheit durchführt.

Anfang September teilte das OLG Düsseldorf den 4 Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins (Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernd Rößner, Lutz Tauber) mit, daß er ein Verfahren nach § 57a StGB einleite (Prüfung der Strafaussetzung nach 15 Jahren oder Verlängerung der Haft). Im Rahmen dieses Verfahrens setzte das Gericht einen Termin zur Anhörung von Bernd auf den 27.10. in der JVA Kassel fest.

In der 2. Oktoberwoche erfuhren die Anwälte, die Begnadigung von Bernd solle erst Ende Oktober stattfinden.

Diese Entwicklung hat viele Menschen betroffen gemacht und alarmiert. Sie befürchten, daß das OLG mit einer Entscheidung gegen Bernd Entlassung der Begnadigung zuvorkommen und so die Entscheidung des Bundespräsidenten negativ beeinflussen könnte oder daß es sich ohnehin nur um ein abgekartetes Spiel zwischen den verschiedenen beteiligten staatlichen Stellen handelt. Eine Reihe von Gruppen und Zusammenhängen mobilisiert deshalb zu verschiedenen Aktionen in den nächsten Tagen zur Unterstützung von Bernd. So sollen in Karlsruhe, und Celle am 24. Oktober Demonstrationen und Kundgebungen für die Freilassung Bernd Rößners stattfinden, ab 25. Oktober Kundgebungen vor der Haftanstalt in Kassel (Einzelheiten im *Angehörigen-Info* Nr. 104).

Lutz Rosenkötter, Günter Sonnenberg und eine Vertreterin der Gesundheitsinitiative Frankfurt waren am 20.10. im

Bundespräsidialamt. Um 11 Uhr hatten sie ein Gespräch mit Dr. Spath, den Vertreter von Dr. Ade, der der Beauftragte des Bundespräsidenten im Gnadungsverfahren von Bernd ist.

Sie fragten nach dem Stand des Gnadenvorgangs und begründeten die Dringlichkeit einer schnellen Entscheidung des Bundespräsidenten mit Bernd's Gesundheitszustand. Besonders erwähnten sie, daß sich dieser rapide verschlechtert hat, nachdem Bernd davon erfahren hat, daß die Gnadeneinrichtung sich verzögert und das OLG Düsseldorf eine Anhörung anberaumt hat.

Dr. Spath meinte, er sei über den Gesundheitszustand von Bernd unterrichtet. Es seien viele Zuschriften beim Bundespräsidenten eingegangen. Er betonte mehrmals, daß der Bundespräsident an einer menschlichen Lösung auch in Bernd's Sinne interessiert sei. Es hätten sich juristische Hindernisse ergeben, die er nicht näher erläutern wollte. Sie würden nach Wegen suchen, diese zu überwinden. gekürzt aus: *Angehörigen-Info* 104

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Christen-Steuer

„Read my lips — lest mir vom Mund ab!“ hatte einst Präsident Bush im Wahlkampf gesagt und versprochen, niemals die Steuern zu erhöhen. Es kam anders. „Steuererhöhungen kommen unter mir nicht in Frage“, hatte der deutsche Kanzler getönt — ein Versprechen, das mit „Solidaritätszuschlag“ und Mehrwertsteuererhöhung bereits zweifach gebrochen wurde. Nun soll auf dem CDU-Parteitag Ende Oktober ein Vorstandsbeschluss vorgelegt werden, dessen „verklausulierte Botschaft“ lautet: „Das Geld reicht nicht, der Staat muß den Bürgern in die Taschen greifen. Steuern und Abgaben werden erhöht.“ (Spiegel, Nr. 43/92) Blüm sieht's gleich als soziale „Korrektur der Verteilung der Lasten“.

Asylkompromiß war keiner

Um die Asyldebatte weiter hochzuziehen, hatten CDU, CSU und FDP Mitte Oktober im Bundestag eine Resolution zur Veränderung des Asylrechts verabschiedet. Diese geht noch weiter, als auf dem FDP-Parteitag als „äußerste Grenze“ festgelegt. In ihr wird auch das individuelle Grundrecht und der „Rechtsschutz“, die Klagemöglichkeit eines abgewiesenen Asylbewerbers, in Frage gestellt. Kaum war die, von der SPD boykottierte, Abstimmung im Hohen Haus durchgezogen, da kartete die CSU nach und erklärte die Resolution als „nicht weitgehend genug“. Ein Blick zum Zirkus der Bundesversammlung demonstriert den Zweck der Übungen: Dort wird das Personal zum Abarbeiten von 450000 Asylanträgen nicht bereitgestellt. 90000 Flüchtlinge aus Jugoslawien gelten, obwohl ihnen Bleiberecht zusteht, als Asylbewerber.

AFG-Novelle in Kraft

Am 15. Oktober hat der Bundestag in 2. und 3. Lesung einen Gesetzentwurf von Arbeitsminister Blüm zur Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes verabschiedet. Das Gesetz enthält zahlreiche Eingriffe in Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit. So wird die Arbeitszeit bei ABM-Stellen generell auf 80 Prozent der tarifüblichen Arbeitszeit begrenzt, entsprechend sinkt die Bezahlung auf 80 Prozent des Tariflohns. Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen werden eingeschränkt, Einarbeitungszuschüsse bei Langzeitarbeitslosen verringert und verkürzt. Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit sollen durch dieses Gesetz 1993 um 7 Mrd. DM verringert werden. Das Gesetz wird zu einer Verringerung der ABM-Stellen vor allem in den Ost-Bundesländern um 20000 bis 50000 Stellen führen.

Reuter (Daimler) für Türkeihilfe

Daimler-Benz-Chef Reuter hat sich öffentlich über den schlechten Ruf der türkischen Regierung in der BRD beklagt. „Die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf das Vorgehen der türkischen

Regierung in Südost-Anatolien sei genauso vorschnell und unqualifiziert gewesen“, berichtet die FAZ am 17. 10. Reuters Kritik. Die deutsche Presse solle sich nicht nur mit der Geschichte kurdischer Aufstände befassen. Der Daimler-Benz-Konzern ist einer der Hauptlieferanten deutscher Waffen an das türkische Regime. Reuters Kritik zeigt, daß der Konzern öffentliche Kritik an diesen todsbringenden Geschäften unterdrücken will.

Steuerfreibetrag muß steigen

Das Bundesverfassungsgericht hat den steuerlichen Grundfreibetrag (derzeit für Alleinstehende 5616 DM) für verfassungswidrig erklärt. Der Steuerfreibetrag müsse bis 1996 auf die Höhe des Sozialhilfesatzes für eine alleinstehende Person (monatlich ca. 1050 DM) angehoben werden. Dafür könne der Steuerfreibetrag in einen mit steigendem Einkommen sinkenden Freibetrag umgewandelt werden. Die Entscheidung werde zu massiven Steuerausfällen führen, hat das Bundesfinanzministerium verlauten lassen. Man wolle versuchen, dies durch Ausgabensenkungen zu „kompensieren“. Der gleiche Personenkreis, der die Steuersenkung zugestanden bekommt, muß so für andere staatliche Leistungen mehr zahlen.

Seiters prüft Verbote

Das Bundesinnenministerium läßt nach einem Bericht der Zeitung *Die Welt* (19. 10.) ein Verbot neofaschistischer Parteien prüfen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sei angewiesen zu prüfen, welche Parteien verboten werden könnten, berichtet die Zeitung. In der Vergangenheit hatte bereits Bundesinnenminister Zimmermann die neofaschistische ANS/NA „verboten“. Das hatte bekanntlich dem Treiben dieser neofaschistischen Terrorgruppe keinerlei Einhalt geboten. Auch die jetzt verbreitete Meldung soll wohl eher Eindruck schinden als wirkliche Taten vorbereiten.

Autobahn nach Prag

Der Bau des ersten privat finanzierten Straßenbauprojekts in der CSFR, der Autobahn zwischen Pilsen und Rosawow, wird von Bonn unterstützt. Die Prager Regierung garantierte, daß „auf jeden Fall eine deutsche Baufirma“ daran beteiligt sein werde. Mit Rücksichtnahme auf die Geschichte soll allerdings im Firmenkonsortium auch ein italienischer oder französischer Konzern vertreten sein. Immerhin war im NS-Regime auf derselben Strecke der Bau einer Reichsautobahn geplant gewesen.

Was kommt demnächst?

Vom 25. bis 28. Oktober führt die CDU in Düsseldorf ihren Bundesparteitag durch. Am 28. Oktober berät der Bundestag u.a. über verschiedene Verkehrsgesetze von Minister Krause — Schienen- und Bundesverkehrswegeplan u.a. Am 14. November führt die SPD in Bonn ihren Sonderparteitag zur Beratung über von der Parteiführung gewünschte Änderungen des Asylrechts und Bundeswehreinsetzes im Ausland durch.

Jugoslawien: Die Gegner Milošević's formieren sich

Zur Zeit wird in den zuständigen Gremien der UNO darüber beraten, ob es zu einer Abschwächung des Embargos gegen die Bundesrepublik Jugoslawien kommen kann, da in den Wintermonaten wegen der miserablen Versorgungslage mit einer Hungersnot gerechnet wird (siehe dazu Politische Berichte 21/92 S. 5). Die offiziellen UNO-Beauftragten Vance und Owen befürworten diesen Schritt. Nur der deutsche Außenminister Kinkel lehnt diese Maßnahme ab. Die deutsche Außenpolitik geht nach der Maxime vor, das neue Jugoslawien niederzuringen. Ob es um die Lieferung von Kampfflugzeugen an die türkische Armee geht, damit diese verstärkt Dörfer der Kurden ausradieren kann, oder um den unerklärten Krieg Deutschlands gegen die BR Jugoslawien, immer offener geht die Bundesregierung über einen Berg von Leichen, um ihre Ziele durchzusetzen. Es geht darum, mit der Türkei, die ohne Frage starke Interessen an der Balkanregion hat, zu einer Absprache über Einflüsse auf dem Balkan zu kommen. Die BRD hat an einem geringeren Einfluß der Türkei auf dem Balkan natürlich mehr Interesse. Der Türkei wird dafür zum Ausgleich von Bonn Unterstützung im Kampf gegen die Kurden zugesagt. Ein zu starkes Jugoslawien liegt außerdem auch quer zu den Balkanplänen beider Staaten. Deshalb dringt die Bundesregierung auf die Weiterführung der Sanktionen, die zu einem Machtwechsel in Jugoslawien führen sollen, der ein genehmeres Regime in der BR Jugoslawien etabliert. Die Rechnung könnte jetzt aufgehen.

Inzwischen führt nämlich das UN-Embargo in der BR Jugoslawien zu einem heftigen Streit innerhalb der herrschenden Clique. Die Wirtschaftskammer von Belgrad hat erst vor kurzem die serbische Regierung aufgefordert, unbedingt die Forderungen der UNO zu erfüllen, deren wichtigste lauten: keine gewaltsamen Grenzveränderungen und Anerkennung der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens. Die herrschende Klasse in Serbien ist über die Anerkennung oder Gegnerschaft zu den UNO-Forderungen in mehrere Fraktionen zerfallen. Für eine Ausweitung des Krieges und für die konsequente Umsetzung eines großserbischen Reiches tritt am heftigsten die *Radikale Partei* ein. Unter ihrem Führer Šešelj führt sie die Tschetnikverbände in Bosnien und Kroatien und heizt die Kriegsstimmung permanent an. Hinter der *Radikalen Partei*, die im jugoslawischen Parlament nach den Sozialisten die zweitstärkste Kraft bildet, stehen vor allem die Serben in Kroatien und Bosnien, die dort jeweils eigene Staaten gegründet haben und den Anschluß an Serbien fordern.

Noch im Bündnis mit der *Radikalen Partei* stehen der serbische Präsident Milošević und Teile der „Sozialistischen Partei“. Seinen politischen Auf-

stieg verdankt er im wesentlichen einer Kursänderung des damaligen Bundes der Kommunisten von einer jugoslawischen Organisation zu einer serbisch-nationalistisch ausgerichteten Partei. Dazu mußte aber der ehemalige Direktor der Belgrader Bank Milošević zunächst das gesamte serbische Parteipräsidium in die Wüste schicken, was ihm mit Tricks auch gelang. Dann schloß er ein Bündnis mit den großserbischen Nationalisten. Seine erste Tat darauf war, die nach der jugoslawischen Verfassung garantierte Autonomie des Kosovo abzuschaffen und einen Krieg gegen die dort lebenden Albaner anzuzetteln. Dies verschaffte ihm unter der serbischen Bevölkerung erheblichen Zulauf und die Stimmenmehrheit bei den Wahlen von 1989. Nun beginnen aber die Sanktionen zu wirken. Große Teile der Bevölkerung geben Milošević die Schuld an der Verschlechterung der Lage und verurteilen den Krieg gegen Bosnien. Inzwischen stellt sich selbst die mächtige orthodoxe Kirche gegen Milošević. Das wird Folgen haben. Es ist von Milošević bekannt, daß er seine Positionen schnell wandelt, wenn ihm die Mehrheit wegbreicht. Es ist daher zu vermuten, daß er bald die Koalition mit den Nationalisten auflöst und sich anders wendet.

Denn mit dem amerikanischen Staatsbürger Panić als neuem jugoslawischen Ministerpräsidenten, ist Milošević ein starker Konkurrent erwachsen. Zusammen mit dem Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien Čosić hat sich Panić aufgemacht, alle Forderungen der UNO zu erfüllen. Gerade für die stark exportabhängige Industrie in Serbien ist Panić nun ein letzter Rettungsanker, um dem drohenden Zusammenbruch oder gar einer militärischen Intervention zu entgehen. Panić und Čosić versprechen nun alles: von einer Konferenz über den Kosovo, in der alle beteiligten Parteien gleichberechtigt über die Kosovo-Frage beraten können, über besondere Rechte für Minderheiten und den Truppenabzug der jugoslawischen Armee von kroatischem Boden bis zu einer Anerkennung der bestehenden Grenzen, um die Sanktionen von Jugoslawien abzuwenden. Auf der diese Woche stattfindenden Jugoslawienkonferenz wird es bezüglich der Anerkennung der Grenzen erste feste Abmachungen zwischen der Bundesregierung von Jugoslawien und der kroatischen Regierung kommen. Daß man hier schon weit vorangekommen ist, wird an der Aussage des Vertreters der bosnischen Serben Karadžić deutlich, der erklärte, daß die serbischen und kroatischen Truppen auf bosnischem Boden ihre Kämpfe demnächst einstellen werden.

Panić verspricht vor allem den Großmächten viel. Im Zusammenhang mit der Wirkung des Embargos und mit der Politik von Panić ist nun eine Situation entstanden, in der die auswärtigen Staa-

ten, die an der Region Interesse diese nun in vollständiger Weise nutzen können. Das war das Ziel. Vor Bulgarien, Kroatien, die Türkei nicht zuletzt auch Bosnien hatten dem Zerfall des sozialistischen Jugoslawien kein Interesse an einem wie immer gearteten, serbisch dominierten jugoslawischen Staat. Dies ihre eigenen Vorherrschaftspläne dem Balkan stören. Daher setzten sie Hilfe der Großmächte alles daran, neuen jugoslawischen Staat in die zu zwingen.

Das ist jetzt gelungen. Für die jugoslawische Regierung unter Panić wird jetzt darum gehen, möglichst günstige Konditionen auszuhandeln, um noch in gewisser Weise in der Balkanpolitik mitmischen zu können. Klar ist, daß dies schon auf Kosten Bosniens gehen wird. Mit Kroatien zusammen wird sich die jugoslawische Regierung auf eine Aufteilung von Bosnien verständigen, um auf diese Weise einen lästigen Konkurrenten niederzuringen. Das wird auf die Zustimmung der Großmächte stoßen, denen ein islamischer Staat auf diesem Boden ein Greuel ist. Und klar ist auch, daß diese neue Konstellation auf Kosten der breiten Massen der Bevölkerung gehen wird. In allen Nachfolgestaaten des sozialistischen Jugoslawien sind inzwischen weitestgehend alle sozialen Sicherungs- und Mitwirkungsgesetze außer Kraft gesetzt worden. Die Armut wächst nicht nur in Serbien, sondern auch in den anderen Republiken. Nach einer neuen Umfrage stellen die Mehrheit der Bevölkerung in allen Republiken die soziale Not und deren Bekämpfung an die erste Stelle, noch vor der Regelung der Grenzfrage. Für die kommenden Monate wird in allen Republiken mit einer Reihe von Streikaktionen und anderen Protesten gerechnet. In allen Republiken werden Gewerkschaftsorganisationen neu gegründet. Es scheint gerade unter den Arbeiterschichten, die breit in den nationalen Taumel eingestimmt haben, nun eine Kehrtwende einzutreten. Es findet nun unter anderen Vorzeichen eine Rückbesinnung auf das Ende der 80er Jahre statt. Gerade damals wurde Jugoslawien von einer breiten sozialen Protestwelle durchzogen. Und genau in der Situation gelang es den herrschenden Schichten, diesen sozialen Protest, der unweigerlich zu einem Sturz der herrschenden Bürokraten hätte führen müssen, in einen nationalen Taumel umzuschüren und damit das Ende Jugoslawiens zu besiegeln. Jetzt kehrt sich die Situation wieder um. Die Bevölkerung erinnert sich wieder ihrer geschaffenen sozialen Errungenschaften. Wie man hört, werden wieder Bilder des Staatsgründers Tito umhergereicht. Selbst der Bund der Kommunisten entstand neu und versucht sich trotz eines Verbotes in Kroatien an die Spitze der sozialen Protestbewegung zu stellen. — (hmv)

Große Koalition zur Kostensenkung im Gesundheitswesen

Vertreter von CDU/CSU, FDP und SPD haben sich darauf verständigt, das neue Gesundheitsreformgesetz mit allen noch nötigen Änderungen gemeinsam durchzusetzen. Die Fraktionen haben dem Plan in Unkenntnis der zunächst vereinbarten „Eckwerte“ zugestimmt. So werden parlamentarische Rechte an „Fachausschüsse“ übertragen.

Die SPD hatte sich insbesondere gegen die steigende Selbstbeteiligung der Patienten gewandt. Die Zuzahlung bei den Medikamenten ist aber in etwa gleich geblieben: Bisher hieß es 10 %, höchstens 10 DM, jetzt heißt es Staffelform, nämlich 3 DM für Medikamente bis zum Preis von 30 DM, 5 DM bis zum Preis von 50 DM und 7 DM für teure Arzneien. Bei der Zuzahlung im Krankenhaus von 11 DM pro Tag (bzw. 8 DM in den neuen Bundesländern) ist eine Erleichterung durch Begrenzung auf 14 Tage vorgesehen, wobei die durchschnittliche Liegezeit etwa so lange ist.

Eine der Forderungen der SPD zur Erhöhung der Einnahmen der Krankenkassen war: Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze. Damit wäre die

Krankenversicherung enger an das Beschäftigungsverhältnis gebunden worden. Genau das Gegenteil ist jetzt herausgekommen. Die besser verdienenden Angestellten, die sich freiwillig in ihrer gesetzlichen Krankenkasse weiterversichern, konnten als Rentner wieder Pflichtmitglied werden. Dies soll ihnen jetzt verwehrt werden. Sie sollen in Zukunft nicht nur auf ihre Rente Beitrag zahlen, wozu sie wie alle Rentner die Hälfte aus der Rentenversicherung erstattet bekommen, sondern auch auf sonstige Einkünfte (Miete, Zinsen). Die FAZ zitiert wegen der höheren Angestellten, zielt aber in Wirklichkeit auf den wunden Punkt, daß nämlich Krankenkassenbeiträge erhoben werden sollen auf Einnahmen, die nicht direkt aus einem Beschäftigungsverhältnis herrühren. Diese Ungleichbehandlung solle aufgehoben werden, durch generelle Lösung der Beitragssatzung vom Arbeitsverhältnis und Streichung des Anteils der Arbeitgeber.

Die von der SPD geforderte stärkere Reglementierung der niedergelassenen Ärzte, weil sich diese nach ihrer Ansicht an den Krankenkassenbeiträgen mästen,

wird umgesetzt. Wirtschaftlichkeitsprüfungen aufgrund von Richtgrößen werden ab 1993 durchgeführt. Die Regresse sollen sofort wirksam werden, d.h. Widersprüche der Ärzte sollen keine aufschiebende Wirkung mehr haben. Die Bezahlung der Hausärzte wird bis 1995 auf Fallpauschalen umgestellt.

Es wird eine Liste von Medikamenten erstellt, die „eine ausreichende, zweckmäßige, das Maß des Notwendigen nicht überschreitende Leistung der Arzneiversorgung“ beschreiben soll.

Zur geplanten Rationalisierung in den Krankenhäusern kommt noch die „Verzahnung“ mit der ambulanten Versorgung. Ohne zusätzliches Personal sollen die Krankenhäuser drei Tage vor und sieben Tage nach dem Krankenhausaufenthalt die ambulante Behandlung übernehmen.

Die Patienten und die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind ziemlich unzufrieden, was aber jetzt vorbereitet wird und was noch kommt, wird vol-

lends unerträglich. Eckpunkte für den Entwurf eines Gesundheitsstrukturgesetzes der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP; FAZ 12. u. 13. 10. 92 — (sbl)



Der im Parlament zur Beratung liegende Haushalt 1993 von Finanzminister Waigel gerät immer mehr in Schwierigkeiten. Die zehn Arbeitsgruppen der Regierungskoalition, die über Ausgaben im Osten beraten, sollen Mehrforderungen zwischen 12 und 14 Mrd. DM angemeldet haben, berichtet *Die Welt* (17. 10.). Der größte Teil der verlangten Mehrausgaben solle im Wohnungsbau im Osten liegen. Was nicht erwähnt wird: Die Vernichtung der Produktion im Osten und die Konjunkturkrise drücken die Steuereinnahmen. In Regierungskreisen erwäge man deshalb ein Haushaltsstrukturgesetz, berichtet die Zeitung weiter. Damit ließen sich auch die Ausgaben von Ländern und Gemeinden per Zentralgesetz drücken. Bild: Demonstration gegen die drohende Schließung des ehemals größten DDR-Stahlwerks in Eisenhüttenstadt.

Die Regierung Kohl nimmt einen dritten Anlauf zur Neufassung der gesetzlichen Arbeitszeit. Der Gesetzentwurf, den das Blüm-Ministerium im September vorgelegt hat, ist aber keine einfache Neuauflage der Vorstöße von 1983 und 1987. Er weist eine Reihe von Veränderungen auf, die der Flexibilisierungspraxis und den Flexiforderungen der Unternehmen und ihrer Verbände entgegenkommen.

Die Regelungsbereiche übernimmt der Entwurf aus den bisherigen Gesetzen: aus der AZO die tägliche Arbeitszeit, die Mindestruhezeit zwischen zwei Arbeitstagen, Ruhepausen während des Arbeitstags; aus der Gewerbeordnung die Bestimmungen zur Sonn- und Feiertagsarbeit. Hinzu kommen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen allgemeine Regelungen zur Nachtarbeit.

Bei den Regelungen selber bringt der Entwurf keine Verbesserungen für mehr Gesundheitsschutz und soziale Interessen der Beschäftigten. Über die vielfältigen gewerkschaftlichen Vorstellungen und Forderungen zur Arbeitszeit setzt er sich vollständig hinweg.

Als „*werktägliche Arbeitszeit*“ sieht er acht Stunden vor, die auf bis zu zehn Stunden verlängert werden können, wenn der Acht-Stunden-Durchschnitt innerhalb von vier Monaten erreicht wird. Eine Beschränkung der Arbeitswoche auf fünf Tage ist nicht vorgesehen, vielmehr geht der Gesetzentwurf wie die AZO von sechs Werktagen von Montag bis Samstag aus. Er ermöglicht also weiter eine 48-Stunden-Woche, die wochen- und monatelang auf 60 Stunden ausgedehnt werden könnte. Zum Vergleich: Die geltende AZO spricht noch von einer „*regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit*“ von acht Stunden, die in einem Drei-Wochen-Durchschnitt auf bis zu zehn Stunden verlängerbar ist. Die Änderung dient einerseits der Legalisierung der bestehenden Gleitzeitmo-

Gesetzliche Arbeitszeit frei flexibel? Blüms dritter Anlauf

delle, die meistens — im Gegensatz zur geltenden Rechtslage — neun oder zehn oder noch mehr Stunden am Tag zulassen. Außerdem kommt Blüm damit den Bestrebungen entgegen, die Arbeitszeit saisonal hauteng dem Arbeitsanfall anzupassen, also neun oder zehn Stunden täglich ohne Überstundenzuschläge bei Arbeitsspitzen, Abfeiern der Zeitguthaben in der Flaute.

Aber auch der Rahmen für *Überstunden* wird gegenüber der AZO noch erweitert. Hat die AZO die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf bis zu zehn Stunden am Tag an bis zu 30 Tagen im Jahr erlaubt, so will Blüm jetzt einräumen, per Tarifvertrag an bis zu 60 Tagen im Jahr bis zu zehn Stunden zuzulassen.

Zur *Nachtarbeit* schreiben die Autoren in ihrer Begründung: „Der Gesetzgeber ist verpflichtet, den Schutz der Arbeitnehmer vor den schädlichen Folgen der Nachtarbeit neu zu regeln. Eine solche Regelung ist notwendig, um dem objektiven Gehalt der Grundrechte, insbesondere des Rechts auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) Genüge zu tun.“

Eben das leistet der Gesetzentwurf aber nicht. Zwar geben die Autoren zu: „Es steht außer Frage, daß Nachtarbeit zu erheblichen Störungen im Haushalt des Nachtarbeitnehmers führen kann.“ Aber: „Einer Ausdehnung des bisherigen Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen auf alle Frauen und Männer steht entgegen, daß in einer modernen Industriegesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland nicht generell auf Nachtarbeit verzichtet werden kann.“ Nicht generell? Tatsächlich bedeuten die vorgelegten Regeln gen, daß *nirgendwo*

auf Nachtarbeit verzichtet werden soll! Einschränkungen auf gesellschaftlich unverzichtbare Bereiche sind nicht vorgesehen.

Medizinische Untersuchungen sollen lediglich auf Antrag stattfinden. Eine Freistellung von Nachtarbeit ist nur für den Fall vorgesehen, daß mit einer ärztlichen Bescheinigung nachgewiesen wird, daß die weitere Verrichtung von Nachtarbeit nur unter Gefährdung des Gesundheitszustands möglich wäre; wo also in der Regel schon ein gesundheitlicher Schaden eingetreten sein wird. Außerdem in Fällen, wo ein Kind unter 16 Jahren nicht von einer anderen Person im Haushalt betreut werden kann, also in der Regel bei Alleinerziehenden, sowie bei Versorgung einer schwerpflegebedürftigen Person; alles Fälle, wo die Unternehmen schon von sich aus meistens dankend ablehnen werden.

Beschränkung von Schichtarbeit auf eine bestimmte Anzahl von Jahren, auf ein bestimmtes Alter oder ähnliche Forderungen aus den Gewerkschaften sind nicht berücksichtigt. Auch keine Verkürzung der Nachtarbeit gegenüber der Tagarbeit. Im Gegenteil, Blüm will auch bei der Nachtarbeit eine Verlängerung auf bis zu neun Stunden im Rahmen eines Vier-Wochen-Durchschnitts zulassen.

Bei der *Sonntagsarbeit* hält der Entwurf formal am Verbot fest. Er bestätigt aber die vielfältigen Ausnahmen aus der Gewerbeordnung und fügt folgende weitere Ausnahmen hinzu: „zur Vermeidung einer Zerstörung oder erheblichen Beschädigung der Produktionseinrichtungen“ sowie in Fällen, wo die Kontrolle, Reinigung und Instandhaltung bei

Arbeitsunterbrechung am Sonntag mehr Personal erfordern würde als die Durcharbeit. Beide Fälle eröffnen vielerlei Möglichkeiten: Im ersten Fall werden Bestrebungen geradezu ermuntert, moderne große Produktionsanlagen schon bei der Planung so auszulegen, daß sie nicht ohne Schaden abgestellt werden können. Im zweiten Fall brauchen die Unternehmen nur darzulegen, daß sie z. B. statt zwei Bedienern an einer großen Anlage drei Leute für Reinigung, Wartung, Beaufsichtigung usw. bei Stillstand bräuchten. Mit diesen Ausnahmeregelungen könnten in den Konzernen mit großen Produktionsanlagen Inseln der Sonntagsarbeit eingerichtet werden, die schon mehr wären als nur ein Fuß in der Tür zur industriellen Sonntagsarbeit.

Wie bisher schon in der AZO sind praktisch alle Regelungen des Gesetzentwurfs mit der Möglichkeit der Durchbrechung durch Rechtsverordnung der Bundesregierung, durch Ausnahmen der Landes-Aufsichtsbehörden oder auch durch Tarifvertrag versehen. Mit Gesundheitsschutz entsprechend arbeitsmedizinischen Erkenntnissen lassen sie sich nicht begründen. Blüms Richtschnur ist vielmehr, der Flexibilisierung gesetzlich die Zügel schießen zu lassen.

Inzwischen gibt es erste kritische Stellungnahmen aus politischen und gewerkschaftlichen Kreisen, die die Möglichkeit einer Kampagne gegen Blüms Entwurf signalisieren. Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Schreiner, hat ihn als „unmenschlich und arbeitnehmerfeindlich“ zurück-

gewiesen. Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Nachtarbeit beim SPD-Parteivorstand, die Hessische Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Prof. Dr. Heide Pfaff, und das SPD-Präsidiumsmitglied Rudolf Dreßler, MdB, haben die Regelungen zur Nachtarbeit kritisiert und 17 Vorschläge der SPD-Arbeitsgruppe vorgestellt, nach denen Nachtarbeit reduziert und unvermeidliche Nachtarbeit besonders geregelt werden soll (verkürzt, zeitlich und im Lebensalter befristet, mit besonderen Ruhepausen, zusätzlichen Kurzpausen und Urlaub, unter Einbeziehung in betriebliche Fort- und Weiterbildung u. a.).

Aus den Gewerkschaften liegen kritische Stellungnahmen u. a. vom DGB (Ursula Engelen-Kiefer) und aus der IG Metall (Klaus Zwickel, s. u.) vor. Der IG Metall-Gewerkschaftstag hat im Rahmen einer Entschließung zur Sozialpolitik beschlossen:

„Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen ist ein neues Arbeitszeitgesetz überfällig geworden. Kernpunkte bleiben die Forderungen nach — der 5-Tage-Woche mit einer Begrenzung der gesetzlichen Regelarbeitszeit auf 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich; — der Beschränkung der Mehrarbeit; — dem wirksamen Schutz des freien Wochenendes; — einem Nachtarbeitsverbot für alle, mit eng begrenzten Ausnahmen (d. h. nur wenn produktionstechnisch unabdingbar und gesellschaftlich notwendig) unter Beachtung von gesundheitlichen und sozialen Aspekten.“ — (rok)



Warnstreik bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Bremen in der Tarifbewegung 1990. Der Widerstand gegen Samstags- und Sonntagsarbeit stand immer wieder im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Aktionen zur Arbeitszeit.

Aus Blüms Gesetzentwurf

§ 4 Nacht- und Schichtarbeit

(1) Die Arbeitszeit der Nacht- und Schichtarbeitnehmer ist nach den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit festzulegen.

(2) Die werktägliche Arbeitszeit der Nachtarbeitnehmer darf 8 Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu 9 Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von 4 Wochen im Durchschnitt 8 Stunden werktäglich nicht überschritten werden.

(3) Vor Aufnahme einer mit Nachtarbeit verbundenen Tätigkeit und danach in regelmäßigen Zeitabständen von nicht weniger als 3 Jahren ist den Nachtarbeitnehmern auf ihr Verlangen vom Arbeitgeber das Recht einzuräumen, sich einer arbeitsmedizinischen Untersuchung zu unterziehen; nach Vollendung des 50. Lebensjahres steht Nachtarbeitnehmern dieses Recht in Zeitabständen von einem Jahr zu. Die Kosten der Untersuchungen hat der Arbeitgeber zu tragen.

(4) Nachtarbeitnehmer sind auf ihr Verlangen von Nachtarbeit freizustellen, wenn

a) dem Arbeitnehmer nach ärztlicher Feststellung die weitere Verrichtung von Nachtarbeit nur unter Gefährdung

seines Gesundheitszustandes möglich wäre, b) sich im Haushalt des Arbeitnehmers ein Kind unter 16 Jahren befindet, das nicht von einer anderen im Haushalt lebenden Person betreut oder versorgt werden kann, oder c) der Arbeitnehmer eine schwerpflegebedürftige Person zu versorgen hat.

Der Arbeitgeber hat den Nachtarbeitnehmer auf einen für ihn geeigneten Tagesarbeitsplatz umzusetzen, sofern dem nicht dringende betriebliche Erfordernisse entgegenstehen. Stehen der Umsetzung des Nachtarbeitnehmers auf einen für ihn geeigneten Tagesarbeitsplatz nach Auffassung des Arbeitgebers dringende betriebliche Erfordernisse entgegen, so ist der Betriebs- oder Personalrat zu hören; er kann dem Arbeitgeber Vorschläge für eine Umsetzung unterbreiten.

(5) Der Arbeitgeber darf einen Nachtarbeitnehmer nicht benachteiligen, weil der Nachtarbeitnehmer in zulässiger Weise seine Rechte nach den Absätzen 3 und 4 ausübt.

(6) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Nachtarbeitnehmern für 90 während der Nachtzeit geleistete Arbeitsstunden jeweils einen Zusatzurlaub von einem Ar-

beitstag oder für jede Arbeitsstunde während der Nachtzeit einen Zuschlag von 25 vom Hundert seines ihm hierfür zustehenden Bruttoarbeitsentgelts zu gewähren. ...

§ 7 Sonn- und Feiertagsruhe

1. ... (2) Abweichend von Absatz 1 dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen, sofern die Arbeiten nicht an Werktagen vorgenommen werden können, beschäftigt werden. ...

14. bei der Kontrolle, Reinigung und Instandhaltung von Betriebseinrichtungen, soweit hierdurch der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebs bedingt ist, sowie bei der Vorbereitung der Wiederaufnahme des vollen werktägigen Betriebs,

15. zur Verhütung des Verderbens von Naturerzeugnissen oder Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen,

16. zur Vermeidung einer Zerstörung oder erheblichen Beschädigung der Produktionseinrichtungen.

(3) Abweichend von Absatz 1 dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen mit den Produktionsarbeiten beschäftigt werden, wenn die infolge der Unterbrechung der Produktion nach Absatz 2 Nr. 14 zulässigen Arbeiten den Einsatz von mehr Arbeitnehmern als bei durchgehender Produktion erfordern. ...

Zwickel (IG Metall) gegen Blüms Entwurf

Gegenüber dem *Handelsblatt* vom 5. 10. 92 hat der 2. Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, Blüms Arbeitszeitgesetz-Entwurf mit den folgenden (gekürzten) Ausführungen kritisiert.

... Zwickel erklärt, daß er den Gesetzentwurf zwar nicht „in Bausch und Bogen“ verdammen wolle, doch sehe er die folgenden Punkte kritisch:

* Der Acht-Stunden-Tag bleibe nur auf dem Papier und eher als Rechengröße erhalten. Denn über Wochen und Monate sollten zehn Stunden Arbeitszeit zulässig sein, und zwar nicht als Überstunden, sondern als regelmäßige Arbeitszeit.

* Zwar sei für solche Arbeitszeiten in Blüms Gesetzentwurf ein Ausgleich vorgesehen, aber die Ausgleichsperiode solle auf vier Monate ausgeweitet werden. Ein Arbeitgeber könne eine Lang-Arbeitsperiode an die nächste Lang-Arbeitsperiode koppeln, bevor wieder eine Ausgleichsperiode anfalle. Da der Samstag als Arbeitstag nicht ausgeschlossen werde, könnten also Firmen über ein halbes Jahr eine 60-Stunden-Woche verlangen.

* Außerdem solle zusätzlich an 60 Tagen im Jahr die Arbeitszeit auf bis zu zehn Stunden ohne Ausgleich verlängert werden können. Das sei nicht „Arbeitszeit nach Maß“, sondern Arbeit nach den jeweiligen betrieblichen Wünschen und dem betrieblichen Arbeitsanfall. Zwickel: „Ich sehe darin eine Abkehr von dem Grundsatz des Acht-Stundentages, den nicht nur die Gewerkschaften seit 100 Jahren fordern, sondern der auch seit den Novembertagen von 1918 in Deutschland Gesetz ist.“ Und es sei eine Absage an die von allen Gewerkschaften verfolgte Politik der Arbeitszeitverkürzung auf bald 35 Stunden in der Woche.

* Im Entwurf heiße es nur, daß Nachtarbeit „arbeitsmedizinisch und sozialpolitisch flankiert werden“ soll. Man sei, so Zwickel, insbesondere nach dem eindeutigen Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes, bei der Neuregelung der Nachtarbeit das Recht auf körperliche Unversehrtheit zu schützen, gespannt, was diese Formulierung nun konkret bedeuten solle.

* Im wesentlichen belasse es der Bundesarbeitsminister offensichtlich bei dem Recht auf medizinische Untersuchung und für einen bestimmten Personenkreis bei der Möglichkeit, aus der Nachtarbeit herausgenommen zu werden.

* Ansonsten aber solle die Nachtarbeit jetzt für alle, Männer und Frauen, Junge und Alte, ohne wirkliche praktische Begrenzung zulässig sein. Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes werde auf diese Weise nicht erfüllt. Zwickel fordert umgekehrt: Nachtarbeit solle grundsätzlich verboten werden, für Frauen und für Männer. Ausnahmen für gesellschaftlich oder technisch notwendige Arbeiten müßten eng begrenzt werden.

* Bei der Wochenendarbeit sollten nach dem Entwurf Sonn- und Feiertagsarbeit zwar grundsätzlich verboten bleiben. Die IG Metall werde den Bundesarbeitsminister in dem Bemühen unterstützen, diesen Grundsatz gegen Angriffe aus anderen Parteien oder aus der Industrie zu verteidigen.

* Zwickel: „Aber vom Samstag ist überhaupt nicht die Rede, obwohl dieser Tag doch überwiegend arbeitsfrei ist und auch die Mehrzahl der Beschäftigten samstags nicht arbeiten will.“

Solche sozialen Entwicklungen müßten nach Zwickels Meinung in ein modernes Arbeitszeitgesetz aufgenommen werden.

* Die Ausnahmen von der Sonntagsarbeit gehen nach Zwickel zum Teil über den bisherigen Ausnahmekatalog hinaus oder seien einfach nebulös. Die IG Metall werde aufpassen müssen, daß hier nicht die Interessen der Industrie an durchlaufender Produktion die Überhand über das Gebot der Sonntagsruhe bekämen.

* Die Tarifparteien sollten nach dem Entwurf „zusätzliche Regelungsbefugnisse“ bekommen. Zwickel: „Wir haben nicht darauf gewartet, sondern in den vergangenen 40 Jahren die Arbeitszeiten verkürzt, den Urlaub verlängert, Überstunden begrenzt. Blüm mutet den Tarifparteien jetzt umgekehrt zu, den sowieso schon weiten Rahmen des Arbeitszeitgesetzes noch weiter auszuweiten und auszufransen.“ Seine „großzügigen Angebote“, die Arbeitszeiten weiter zu verlängern, nachts noch mehr Arbeit zu ermöglichen, am Sonntag bis zu zwölf Stunden arbeiten zu lassen, lehne die IG Metall ab.

Zwickels Fazit: „Der Gesetzentwurf bringt nicht Arbeit nach Maß, sondern ermöglicht Arbeitszeiten ohne Maß. Er begrenzt nicht die Arbeitszeiten, sondern ermöglicht Arbeit zur Unzeit ... Kurz, der Entwurf ist ein Beispiel dafür, wie notwendiger Arbeitnehmerschutz durchlöchert werden soll.“

In Südkurdistan hat die türkische Armee nun auch offiziell mit Bodenkriegstruppen in den angeblichen kurdischen „Bruderkrieg“ eingegriffen: Nachdem die erste Welle der Angriffe von KDP- und PUK-Einheiten auf Stellungen der ARGK mit Niederlagen der Angreifer endete, überschritten mehrere tausend Mann starke türkische Einheiten am 16. Oktober die „Grenze“ nach Südkurdistan und griffen in die Kämpfe ein. Offensichtlich in Abstimmung mit diesen Truppen begannen daraufhin auch Einheiten von KDP und PUK erneut Angriffe auf die ARGK. Beide — die türkische Armee und die Einheiten von KDP und PUK — verfügen auch über deutsche Waffen. Die Zeitung Berxwedan stellte uns das folgende Interview mit dem Generalsekretär der PKK, Genosse Öcalan, zur Verfügung. Aus Platzgründen ist das Interview gekürzt. Das vollständige Interview wird im Kurdistan-Report erscheinen. — (rül)

Berxwedan: Herr Vorsitzender, wie bewerten Sie die letzten Entwicklungen in Südkurdistan?

Abdullah Öcalan: Das, was Barzani jetzt tut, ist das letzte Glied in der Kette der seit 40, 50 Jahren in erster Linie von den USA, aber von allen Kolonialkräften entwickelten Politik. Hier hat sich jetzt nur ganz offen erkennbar herausgestellt, daß diese Kräfte einen Herd des Verrats darstellen. Ihr seit Jahren verschleiertes Gesicht ist jetzt nur ganz klar zutage getreten. Dadurch ist jetzt unser Volk auch einiges klargeworden. Es ist sehr wichtig, daß durch diese Entwicklungen jetzt Millionen Menschen unseres Volkes die Augen geöffnet wurden und sie begriffen haben, wie diese Verräterbande organisiert und wie höchst gefährlich sie sind.

Es darf nicht vergessen werden, daß der Barzani-Clan 1946 von den USA in Kurdistan eingesetzt wurde. Damals sagte der US-Botschafter, die Barzani-Familie müßte an der Spitze des kurdischen Volkes gehalten werden. Es kann also festgestellt werden, daß die Barzani-Familie seit 47 Jahren den USA als Agenten dient und dadurch in Zeiten, in denen die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei bzw. den USA und dem Iran stark waren, auch für den iranischen Geheimdienst SAVAK und den türkischen Geheimdienst MIT als Agenten diente. Die Barzanis ließen besonders ab den 60er Jahren der Türkei massive Unterstützung zuteil werden. Während der Schah-Ära hatten sie die gleichen Beziehungen mit dem iranischen Geheimdienst SAVAK entwickelt und dem iranischen Staat gedient. Bekanntlich haben sie auch viele wertvolle Revolutionäre und Patrioten ermordet.

In den 70er Jahren wurde dann durch den MIT der vor allem von den USA ausgehende Plan zur Säuberung Kurdistans von linken Kräften durchgeführt. Der KDP-Sekretär Sait Kirmizitoprak und Sait Elci, die zu den Patrioten zählten, wurden durch ein Komplott ermordet, anschließend wurde mit dem neuen Sekretär Derviş Sado die KDP ab 1972 vollkommen den Befehlen des türkischen Geheimdienstes MIT unterstellt.

Das sagen auch Zeugen von damals selbst, ich kann hier auch Namen nennen. Ali Sancari sagt, als er damals Verantwortlicher für Zaxo war kam einer der Männer der KDP-Zentrale und sagte: „Barzani hat uns gerufen. (Wir haben die Türkei-Organisation geleitet. Das sagte er nach dem Tod der beiden Saitis zu uns). Geht nach Diyarbakir und setzt Euch dort mit den MIT-Vertretern in Verbindung. Das ist eure einzige Aufgabe. Derviş Sado ging dort ins Hotel und begab sich total unter den Befehl des MIT.“ Das war 1972. Natürlich fiel das mit dem 12. März zusammen (d. Übers.: Militärputsch), und bekanntlich wollten sie seit damals die Revolution Kurdistans und den Sozialismus auslösen. Das ist ihre Taktik, die sie in Kurdistan durchsetzen wollen ... Ihre Politik ist dafür verantwortlich, daß 1985 viele unserer Genossen als Märtyrer gefallen sind. Sie betrieben im Geheimen Aktivitäten, um unsere Bewegung zu vertreiben. In einer ihrer Stellungen haben wir Unterlagen ihrer Treffen mit türkischen Offizieren gefunden. Diese Dokumente belegen ganz klar, daß sie gemeinsame Treffen durchgeführt haben ... Wir wissen ganz genau, daß während des Iran-Irak-Kriegs die Situation im irakisch besetzten Teil Kurdistans so offen und günstig war, daß sogar die Unabhängigkeit hätte erreicht werden können. Es hätte ohne weiteres eine revolutionäre Föderation erreicht werden können.

„Es geht darum, die Revolution ... von Nordwest- nach Südkurdistan auszuweiten“

Wir wissen ganz genau, daß Barzani nur deshalb nicht den kleinsten Schritt in diese Richtung unternommen hat, weil die Türkei das befohlen hatte, unter deren absoluten Befehl er sich begeben hat. Es gab damals dort keinen einzigen irakischen Soldaten. Nur weil es ihnen die Türkei befohlen hatte, weil sie sich der Türkei verpflichtet fühlten, weil damals die Beziehungen der Türkei mit dem irakischen Regime und mit den USA stabil waren, haben sie tatsächlich nach ihren eigenen Worten, „obwohl“ sie „10000 Dörfer unter ihrer Kontrolle hatten, überhaupt nichts machen können“. Sobald dann der Iran-Irak-Krieg zuende war, haben sie bekanntlich sogar selbst die Fluchtbewegungen geplant, um hunderttausende Menschen weiter unter dem Diktat der USA und der Türkei zu halten und mit dem Iran weiterhin enge Beziehungen zu unterhalten. Sie selbst sind also die Verantwortlichen für die Entvölkerung dieser Gebiete ... Das war es, was sie 1988 und 1991 gemacht haben.

Sie behaupten jetzt, sie wären ein Staat geworden und hätten eine Regierung gebildet. Innerhalb von 24 Stunden haben sie ... sich wieder an die Türkei gebunden. Genauso haben sie das Volk den europäischen Staaten als Handelsware angeboten. Sie haben wieder versucht, das Volk für ein paar Pfennige zu erniedrigen ...

Berxwedan: Herr Vorsitzender, wie bewerten Sie diese jetzigen Angriffe der KDP und der PUK?

Abdullah Öcalan: Wir kannten ihre Einstellung, und die findet sich auch in den früheren Erklärungen wieder ... Wir waren uns darüber natürlich voll im Klaren, als wir den Kampf aufgenommen haben. Wir haben gesagt, wenn es den Patriotismus gibt, dann kann mit diesem Volk nicht so umgesprungen werden, und haben dahingehende Appelle gestartet. Wir haben gesagt: „Kommt, bilden wir eine Einheit und entwickeln wir eine gemeinsame Haltung gegen den gemeinsamen Feind.“ Es war natürlich klar, daß sie darauf nicht eingehen würden, und wir wußten auch, wie sehr sich in den letzten zwei Jahren ihre Beziehungen mit Ankara verfestigt hatten ...

Wir wissen ganz genau, daß sie, um diesen Plan umsetzen zu können, ohne daß ein paar Schüsse gefallen wären, das Volk zur Flucht bewegt haben. Aus diesem Grund konnten wir das natürlich nicht so hinnehmen und haben getan, was wir nur konnten, um die revolutionär-patriotischen Kräfte zu stärken, um uns für unser Land einzusetzen und die Liquidierung des revolutionären Kampfes vor allem in dem Gebiet Botan-Behdinan zu verhindern. Wie wir alle wissen, wurde dann die Nato-Eingreiftruppe auf den Plan gerufen. Die USA griffen direkt ein, auch die türkische Armee griff ein und dann sagte nun auch noch Doğan Güneş, sie werden der KDP zu Hilfe kommen, wenn sie in Bedrängnis gerät, und ihr bedingungslos jede Art von Hilfe zuteil werden lassen. Er hilft ihnen, aber das wird früher oder später alles herauskommen. Wir haben Film-ausnahmen, die belegen, daß sie jede Art von türkischer Hilfe erhalten haben. Wir wissen, daß sie (Übers.: TR) zuletzt 30000 Peschmegas (d. Übers.: der KDP und der PUK) bewaffnet und ausgestattet haben. Sie bringen sogar jeden Tag lastwagenweise Lebensmittel und Kleidung und Waffen; die türkischen Offiziere dirigieren sie von den Kasernen der Piloten aus. Morgen werden dann auch noch türkische Soldaten kommen, aber eigentlich brauchen sie das gar nicht mehr, denn beide Seiten (d. Übers.: KDP-PUK und TR) sind sowieso schon dabei, durch jede Art gegenseitiger Unterstützung diesen Krieg gemeinsam zu führen. Wir wissen, was das für Verräter sind.

Mit diesem jetzt neuen Kriegszustand sind wir eben jetzt in der allgemein in Kurdistan herrschenden Phase der Revolution und des Patriotismus wieder einmal mit der Geschichte der Kollaboration konfrontiert, die wir seit Idris-i-Bitlis bis zu dem heutigen konterrevolutionären Block hin kennen. Es darf nicht vergessen werden, daß genauso wie Idris-i-Bitlis damals ein osmanisch-türkischer Agent war, es heute auch nicht so klar ist, woher dieser Barzani heute

wirklich kommt. Wir können das anhand der Erinnerungen des Melle Abdurrahman klar machen, der 40, 50 Jahre lang der KDP gedient hat. Das ist auch in der Presse erschienen. Er sagte, daß das bestimmt keine Kurden sind. Melle Abdurrahman sagt, daß das ein unter der Maske des Derwischordens in Kurdistan installierter Agenten-Clan ist, daß er das gesehen hat. Und er sagt, daß es seine Pflicht ist, das zu liquidieren und gegen sie anzukämpfen bis zum Schluß. Sie haben dann den Melle Abdurrahman im Iran gefoltert. Er war 98 Jahre alt und ein Mensch, der sein ganzes Leben lang im Kampf gestanden hat. Das möchte ich sagen, die Maske dieses Familien-Clans wird erst jetzt gelüftet. Es ist auch wirklich nicht klar, ob sie Kurden sind oder nicht ...

Berxwedan: Kann es denn sein, daß der türkische Staat ihnen noch weitergehende Unterstützung gibt?

Abdullah Öcalan: Der Vorsitzende des türkischen Generalstabs hat selbst gesagt, daß er bereit ist, ihnen jederzeit zu Hilfe zu eilen. Das bedeutet also, daß der türkische Generalstab sie direkt zu retten versuchen wird, wenn sie weiter in die Enge getrieben werden. Würde ein Generalstab, der einen Spezialkrieg gegen das kurdische Volk führt, ihnen so eine Unterstützung anbieten, wenn sie nicht Agenten wären, sondern auf der Seite des kurdischen Volks stünden und mit dem kurdischen Volk kämpfen würden? ... Sie sprechen von einer Zangenoperation von beiden Seiten, es ist also klar, daß sie auf ganz koordinierte Weise eine gemeinsame Operation durchführen. Beide Seiten mobilisieren ihre gesamten Kräfte. Ob sie damit Erfolg haben werden oder nicht, das ist nicht so wichtig. Es geht vielmehr darum, daß jetzt ganz klar geworden ist, was für Verräter und Kollaborateure sie sind. Wenn wir sie aus diesem Grund früher kritisiert hatten, dann hieß es immer, Brüder dürften sich nicht bekämpfen oder kritisieren. Es geht aber hier nicht um einen Bruderkampf oder Kritik an Brüdern. Wer ist es, der auf der Seite des Volkes steht? Wer ist es, der auf der Seite der Revolution steht? Wer ist es, der antiimperialistisch ist? Wer ist es, der Kollaborateur ist? Wer ist es, der der Lakai des Kolonialismus ist? Wichtig ist, dies klar herauszustellen. Das ist das wichtigste Resultat dieses Krieges, und dieser ganze Krieg kann auch nur so und nicht anders gewertet werden.

Berxwedan: Herr Vorsitzender, welche Folgen wird dieser Krieg haben?

Abdullah Öcalan: Zunächst einmal müssen wir feststellen, daß dieser Krieg mehr als in militärischer in politischer Hinsicht wichtig ist. Wie gesagt, wir werden uns auf gar keinen Fall weder in den Osten noch in den Westen, also weder in den iranisch besetzten Teil Kurdistans noch in den syrischen Teil zurückziehen. Schließlich ist unsere Unterstützung durch das Volk in diesem Teil sehr gewachsen, es setzt sich also mit noch größerer Kraft ein. Es geht darum, die Revolution des Volkes von Nordwest-Kurdistan nach Südkurdistan auszuweiten. Es geht jetzt darum, daß das Volk in Südkurdistan die Lage mit all ihren Aspekten begreift und eine richtige Haltung dazu entwickelt. Die kommenden Tage werden sehr rasante Entwicklungen mit sich bringen. Es handelt sich jetzt um die Ausweitung der Revolution im ganzen Mittleren Osten, darum, daß die Kräfte der Region sich erneut und schnell Positionen aufbauen. Kurzum, die Konfrontation zwischen den imperialistischen Kollaborateurskräften und den patriotischen Kräften wird an Härte zunehmen und die Fronten zwischen beiden werden sich noch mehr klären ...

Berxwedan: Herr Vorsitzender, werden diese Kräfte internationale Unterstützung bekommen?

Abdullah Öcalan: Wenn wir genau hinschauen zeigt sich, daß ihre Führungsköpfe vorher nach Deutschland gebracht wurden. Barzani wurde veranlaßt, gegen uns Stellung zu nehmen, mich als „Diktator“ zu bezeichnen und ähnlichen Unsinn von sich zu geben. Das ganze wurde von Deutschland aus vorbereitet. Warum macht Deutschland das? Es ist offensichtlich, die Entwick-

lung der Revolution Kurdistans läuft den Interessen Deutschlands zuwider. Deshalb will es unseren Kampf ersticken. Und um unseren Kampf zu ersticken, riefen sie ihren Lakaien Barzani zu sich und gaben ihm jede Art von Unterstützung. Wie Sie wissen, hat Deutschland ihnen hunderte Lastwagen mit allen möglichen Waffen geliefert. Der türkische Staat hat diese Sache auch unterstützt. Im Grunde handelt es sich natürlich nicht um Hilfe, sondern um ihren Preis, den sie für die Erstreckung der Revolution Kurdistans bezahlen. Sie wollen die Revolution Kurdistans mithilfe dieses reaktionären Packs zerschlagen. Das heißt also, was Deutschland geleistet hat, ist keine Hilfe, sondern eine Feindschaft gegen die Revolution Kurdistans. Das hat sich ganz klar herausgestellt. Es ist klar, daß sie dieses Pack hochpöppeln, um es auf uns zu hetzen. Aus ihren eigenen Erklärungen läßt sich erkennen, daß diese Angriffspläne schon lange vorbereitet und von Deutschland unterstützt werden. Das ist sehr wichtig. Neben der Unterstützung aus den USA bekommen sie von Deutschland Unterstützung. Da können wir auch noch Frankreich hinzufügen. Das, was sie sich alle davon erwarten, ist die Niederschlagung der Revolution Kurdistans ... Aber ganz gleich, von wem sie auch immer Hilfe bekommen, sie werden sich vor ihrem absehbaren Ende nicht retten können ...

Berxwedan: Dieser Krieg hat schon vor vier Tagen (d. Übers.: am 9. 10.) begonnen. Dieser Krieg fing mit den Angriffen der KDP- und PUK-Kräfte an. Hatten Sie einen solchen Angreifer erwartet?

Abdullah Öcalan: Dieser Angriff wurde schon seit langer Zeit geplant ... Die Vorbereitungen dieses Angriffs reichen auf die Zeit nach den Serhildans (Volksaufständen) vom März '91 zurück. Nach den Serhildans im März '91 und nachdem diese Kollaborateurskräfte Südkurdistan durch die Fluchtbewegung entvölkern ließen und sich auch in Südkurdistan die PKK zu organisieren begann, fingen die TR und die Imperialisten an, die Grundlagen für diesen Angriffsplan zu schaffen. Die PKK unternahm Aktivitäten unter den Massen in Südkurdistan, um eine freie Gesellschaft zu entwickeln. Dabei haben wir auch wichtige Erfolge erzielt. Mit der zunehmenden Befreiung der südkurdischen Massen aus der Umzingelung dieser beiden Familienclans (d. Übers.: Barzani und Talabani), die bis dahin das Schicksal des Volkes dort bestimmten, und mit dem zunehmenden Entwickeln eines modernen nationalen Bewußtseins schwand auch die Basis dieser Verräter- und Kollaborateurskräfte dahin. Dies bedeutete die Erschütterung der Stützen für die Interessen der Imperialisten, vor allem der USA, und auch der TR. Aus diesem Grund versuchten sie, eine Kampagne gegen die PKK zu entwickeln. Das Ziel ihrer Kampagne war die Liquidierung der PKK-Führung. Da jedoch aufgrund des unter der Führung der PKK entwickelten nationalen Befreiungskampfs die Kurdistan-Frage vor den Völkern der Welt nicht mehr verborgen werden kann, haben sie sich eine neue Formel einfallen lassen. Diese Formel lautet „Ja zur kurdischen Sache, nein zur PKK“ ... Nach ihren Vorstellungen verschwindet die PKK von der Bildfläche, und dann würde sich das kurdische Volk, das sich mit seiner ganzen Kraft für die nationale Befreiung einsetzt, mit ein paar Krümeln zufrieden geben. Der Verlauf dieses Krieges wird ihnen schon noch zeigen, wie sehr sie sich täuschen.

Denn wir hatten diesen Angriff erwartet und waren auf ihn vorbereitet. Vorher hatten die USA den südkurdischen Verrätern gesagt, daß sie gegen die PKK Schritte unternehmen müßten. Dann sagte der Nationale Sicherheitsrat, daß die Grenzen kontrolliert würden. Der Innenminister (d. Übers.: der TR) sagte, daß sie „alle Schlupflöcher an der Grenze dichtgemacht“ hätten. Außerdem kamen Talabani und Barzani nach dem 20. September in die Türkei. Es fand eine Stationierung von Panzern und Kanonen an der Grenze statt. Kurz gesagt, wir haben einen solchen Angriff jederzeit erwartet. Aber entgegen ihren Erwartungen kann weder von unserer Flucht Richtung Grenze noch von ihrer Eroberung unserer Stellungen die Rede

sein. Fest steht, daß wir ihnen bis jetzt schon einen Verlust von über einhundert Mann beigebracht haben. Unsere Verluste liegen bei sieben oder acht gefallenen Kämpfern und ungefähr ebenso vielen Verletzten. Wir werden gegenüber den ausgebildeten türkischen Armee- und Kommandokräften und den völlig kaputten südkurdischen Banden mit der Kraft unserer kampferprobten Guerilla und all unseren Aktivitäten viel wirksamere und erfolgreichere Resultate erzielen als sie. Wir werden ihnen noch viel größere Schläge zufügen.

Berxwedan: Welche Bedeutung hat es Ihrer Meinung nach, daß diese Angriffe zeitlich mit der Proklamierung eines kurdischen Föderalstaates in Südkurdistan zusammenfällt?

Abdullah Öcalan: Das ist auch ein Indikator dafür, daß sie diesen Angriff von langer Hand vorbereitet haben. Ihrer Vorstellung nach wollten sie das Volk mit der Parole eines kurdischen Föderalstaates täuschen und den wahren Charakter ihres Angriffes verschleiern ... Sie meinten, mit einem einwöchigen Angriff die PKK-Kräfte in den Norden treiben und sie dann an der Grenze von den Militäreinheiten der TR vernichten lassen zu können. Das ist ein Teil der Pläne des Imperialismus und der südkurdischen Kollaborateurskräfte ... Sie wollen das Modell der Kollaboration nach Nordwest-Kurdistan transportieren ... Ein weiterer Aspekt ihrer Angriffspläne kann ein langfristiger Krieg sein. Sie beginnen schon jetzt zu sagen: „Die PKK ist nicht so leicht zu zerschlagen“. Deshalb ist es möglich, daß sie, wenn sie kurzfristig keinen Erfolg erzielen — und es ist klar, daß sie das nicht können — den Weg einschlagen werden, die Angriffe zeitlich hinauszuziehen. Es ist möglich, daß sie vorhaben, mit Angriffen von Zeit zu Zeit diesen Krieg in die Länge zu ziehen ...

Sie können aber machen, was sie wollen, unsere Kampf ist ein seit vielen Jahren geführter, gut ausgestatteter und vorbereiteter Kampf. Was wir tun ist Aufopferung, unsere Guerilla und unser ganzes Volk ist dazu bereit, alles für ein freies Leben zu opfern. Wir können auch unter noch viel schwereren Bedingungen und noch viel heftigeren Angriffen unseren Kampf noch weiter führen. Diesen Krieg in Südkurdistan werden wir gewinnen, und wir können schon jetzt sagen, daß wir ihn gewonnen haben. Wir sind in der Lage, gegen alle Kräfte zusammen anzukämpfen.

Wenn keine politischen Lösungswege entwickelt werden, dann wird der Kampf noch mehr gesteigert werden. Özal spricht manchmal von demokratischen Lösungen. Wir sind auch für wirklich demokratische Lösungen. Wenn die gegnerische Seite jedoch nie einen anderen Lösungsweg als den der Vernichtung sucht, an nichts anderes als an Vernichtung denkt, dann ist das, was wir tun werden, natürlich uns zu verteidigen. Genau das machen wir heute ...

Es ist richtig, wir wollten diesen Krieg nicht. Dieser Krieg ist uns, also dem kurdischen Volk, aufgezwungen worden. Und natürlich wird sich das kurdische Volk selbst verteidigen. Unsere Möglichkeiten sind groß. Wir werden den Süden öffnen und auch den Norden. Wir werden uns von Zagros bis nach Dersim ausbreiten. Der Zulauf zu uns ist sehr groß, und das Volk steht ganz auf unserer Seite. Politisch sind wir in der starken Position. Denn wir sind es, die im Recht sind.

Berxwedan: Was ist über die Auswirkungen dieses Krieges zu sagen? Welche neuen Entwicklungen sind für das kurdische Volk und für die politische Lage in der Region zu erwarten?

Abdullah Öcalan: Unserer Meinung nach ist die klassische Kollaborateursführung am Ende. Ihr wahres Gesicht, das sie jahrelang durch verschiedene Komplote zu verschleiern versuchten, ist jetzt klar zu Tage getreten. Sie sind von den Massen total isoliert worden. In diesem Angriff ist klar herausgekommen und deutlich erkennbar geworden, was wir seit vielen Jahren dem Volk über das, was diese klassischen Führer in Wirklichkeit darstellen, beibringen wollten ... Wir erwarten diese neuen Entwicklungen als einen wichtigen Wendepunkt ...

Droht ein neuer Bürgerkrieg in Angola?

Die MPLA hat die Wahlen zum angolanischen Parlament klar gewonnen. Mit 55 % der Stimmen erreichte sie nicht nur die absolute Mehrheit, sondern auch einen deutlichen Vorsprung vor der Unita, die nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 33 % erhielt. Die übrigen Stimmen entfallen auf die FNLA, die über 5 % erreichte, sowie zahlreiche Parteien, die angetreten waren. Bei den Präsidentschaftswahlen ist das Ergebnis knapp. Das vorläufige amtliche Endergebnis ergab 50,8 % für den MPLA-Kandidaten und jetzigen Präsidenten Dos Santos und 39 % für den Vorsitzenden der Unita, Savimbi. Dos Santos benötigt mehr als 50 %, möglicherweise müssen die Präsidentschaftswahlen nach der erneuten Auszählung wiederholt werden. Die Wahlen wurden von 800 Beobachtern der UNO überwacht und von diesen als korrekt bezeichnet.

Die Unita, die mit Unterstützung der USA und Südafrikas Angola in einen mehr als 16 Jahre dauernden Bürgerkrieg gezwungen hat, verkündete nach dem Wahlergebnis, sie werde ihre bewaffneten Leute sofort aus der gerade neuvereinigten Armee, den Streitkräften von Angola, zurückziehen. Das sind immerhin 50.000 Soldaten, die Savimbi jetzt erneut als Drohung gegen die Re-

gierung einsetzt. Außerdem verkündeten Sprecher der Unita, die Organisation habe Sabotagegruppen in allen größeren Städten des Landes, die bei einem ungünstigen Wahlausgang Anschläge wegen des angeblich gefälschten Wahlergebnisses verüben würden.

In Folge der Verwüstungen des Bürgerkrieges nimmt die Verelendung auf dem Land und die Landflucht zu. Allein im letzten Jahr verdoppelte sich die Einwohnerzahl der Städte. Die Gesamtexporte, vorwiegend Erdöl und Diamanten, betrugen im letzten Jahr etwa 4 Milliarden US-Dollar. Aber dies entspricht nur etwa der Hälfte der Zinsen und Kreditraten, die Angola jährlich in US-Dollar an westliche Banken zurückzahlen muß. Zudem sind die Ölexporte gefährdet. Nahezu das gesamte Öl — Tagesproduktion 500.000 Barrel — wird in der nach Zaire und Congo hineinragenden Enklave Cabinda gefördert. Hier gibt es seit einiger Zeit eine Guerillabewegung für die Abtrennung der Enklave, die an Stärke gewinnt. Sie hat Angestellte der Erdölgesellschaften entführt und führt Sabotageanschläge auf Fördereinrichtungen durch.

Quellenhinweis: *The Economist*, 18. 10. 92; *Newsweek*, 12. 10. 92; *Current History*, Mai 1992 — (uld)

Haider: Volksentscheid gegen Ausländer

Der FPÖ-Vorsitzende Jörg Haider nutzt gegenwärtig jede Gelegenheit zu einem ausländerfeindlichen Trommelfeuer gegen die Ausländer- und Flüchtlingspolitik der österreichischen Bundesregierung. Der deutschnationale Haider fordert einen generellen Einwanderungsstopp, verschärfte Strafen für illegal Beschäftigte, Ausweisungspflicht für alle Ausländer, die außerdem nachweisen sollen, wie sie ihr Geld erworben haben. Um diese FPÖ-Forderungen gegen die große Koalition aus ÖVP und SPÖ durchzusetzen, will der Rechtsaußen die Straße mobilisieren: Er droht, ein „Ausländer-Volksbegehren“ zu lancieren, falls die Regierung „nicht in absehbarer Zeit das Ausländerproblem in den Griff“ bekomme. (NZZ)

Seine Stellvertreterin im Parteivorstand, Heide Schmidt, die das Thema Ausländerpolitik in einem Interview als „denkbar ungeeignet“ für ein Volksbegehren erklärt hat, wegen einer zu starken Emotionalisierung und der Gefahr einer drohenden Ausländerhatz, ließ der FPÖ-Chef wüst abkanzeln. Der Kärntner-Fraktionsvorsitzende Strutz, Gefolgsmann Haider aus dessen Heimat, bezeichnete die Vize-Vorsitzende als „zunehmende Belastung für die Partei“.

Haider selbst nannte die Liberale, eine der wenigen, die den Durchmarsch der Deutschnationalen überstanden haben, „eine Primadonna“. Er nutzte die Attacke, um seine Forderung nach einem „Ausländer-Volksbegehren“ zu bekräftigen. Dem faschistoiden Vorsitzenden hat die von zahlreichen bundesdeutschen FDP-Gliederungen erforderte demonstrative Rückendeckung ganz offensichtlich mächtigen Auftrieb gegeben.

Gleichzeitig gibt es in der ÖVP beunruhigende Anzeichen für ein Einschwenken auf den von der FPÖ geforderten reaktionär-rassistischen Kurs in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik. So hat Bundespräsident Klestil jüngst in einem Interview in der französischen Tageszeitung *Le Figaro* erklärt, die Hauptgefahr in Europa bestehe heute nicht mehr in einer militärischen Bedrohung. Die Herausforderung liege vielmehr in den „massenweisen Auswanderungsströmen“. Daß Klestil wenige Tage danach mit einem Festakt in der Wiener Hofburg die halbfaschistische Pan-europa-Union würdigte, ist ebenfalls alles andere als beruhigend.

Quellenhinweis: *Süddeutsche Zeitung* vom 13. 10., 16. 10.; *Südkurier* vom 19. 10.; *NZZ* vom 17. 10. — (jüg)

Zustimmung zum EWR in Norwegen

„Was mit der norwegischen Ölindustrie geschieht, ist unserer Auffassung nach das wichtigste beim ganzen EWR-Vertrag, weil es den Bereich betrifft, von dem das ganze Land lebt. Deshalb muß die Regierung Klarheit über die Auswirkungen schaffen, ehe im Parlament über die Annahme des EWR-Vertrages beschlossen wird.“ Damit begründete der Vorsitzende des Gemeinschaftsverbandes der norwegischen Ölarbeiter den Streikaufruf seines Verbandes, am 15. Oktober 1992 für eine Stunde die Arbeit niederzulegen.

An diesem Tag begann im Parlament die Debatte über den EWR-Vertrag (Europäischer Wirtschaftsraum zwischen Efta und EG). Von großer Bedeutung ist, daß auch die Gewerkschaft der Beschäftigten in der Ölindustrie, die dem Gewerkschaftsdachverband LO angehört, ihre Unterstützung zusagte. 15.000 Ölarbeiter beteiligten sich dann am Aufruf zum politischen Streik mit der Forderung, die Abstimmung zum Vertrag zu vertagen.

Anfang Oktober waren es bereits zwölf LO-Einzelgewerkschaften und damit mehr als die Hälfte der LO-Mit-

glieder, die sich gegen eine Annahme des EWR-Vertrages und für Vertagung der Debatte ausgesprochen haben. Dagegen verteidigt die LO-Spitze mit Yngve Hagensen vehement sowohl den EWR-Vertrag, als auch den EG-Antrag Norwegens. Für die regierende sozialdemokratische Arbeiterpartei hat sich damit die Situation gegenüber 1972 entscheidend geändert. Damals gelang es der LO-Spitze, große Teile der Landesverbände zu kontrollieren.

Obwohl das Parlament am 16. Oktober mit einer knappen Zweidrittelmehrheit die Billigung des EWR-Vertrages beschlossen hat, ist die Entscheidung für einen EG-Antrag noch offen. Meinungsumfragen zufolge wächst die Zahl der EG-Gegner in der Bevölkerung. Am 20. Jahrestag der Ablehnung einer Aufnahme in die EWG überreichten die Organisation „Nein zur EG“ 175.000 Unterschriften gegen den EWR-Vertrag und die EG. Die wichtigste Entscheidung wird jedoch in den Gewerkschaften fallen.

Quellenhinweis: diverse Ausgaben *Klassenkampfen* (N) vom September/Oktober 92 — (ccs)



Die obigen Bilder wurden der Zeitung *Özgür Gündem* zugespielt und in der Ausgabe vom 17. Oktober veröffentlicht. Sie dokumentieren, wie eine türkische Einheit am 6. September in der Nähe des Dorfes Şeyh Degirmenci nahe der kurdischen Stadt Cizre einen verletzten kurdischen ARGK-Guerilla (oben links auf dem Boden liegend) mit Stahlseilen an einen (von der

BRD gelieferten) Panzer bindet, zu Tode schleift und die Leiche anschließend zur Schau stellt (rechts unten). Der zu Tode geschleifte Guerilla soll Mesut Dündar heißen. Von der türkischen Regierung und dem auf BRD-Seite für die Waffenlieferungen verantwortlichen Duo Kinkel & Rühe lagen zu Redaktions-schluß noch keine Stellungnahmen vor. — (rü)

Internationale Umschau

Aktionen von Indianern gegen Kolumbus-Feiern

Während der Papst aus Anlaß der 500-Jahr-Feier der Entdeckung Amerikas zu einer „Neuevangelisierung“ Lateinamerikas als „vorrangige Option für die Armen“ aufrief, den Indianern die katholische Kirche als Schutz für ihre „gesunden Traditionen und Bräuche“ empfahl, den Afro-Amerikanern „Volksfrömmigkeit des Katholizismus“ und Absage an „evangelische Sekten“ predigte und alle zur Abscheu gegen die Befreiungstheologie aufforderte, demonstrierten von Kanada bis Feuerland in zahlreichen Aktionen Indianer gegen die Kolumbusfeierlichkeiten. In Mexiko-Stadt wurde die Statue von Kolumbus mit den vier Mönchen mit Eiern, Farbe und Steinen beworfen. Auf der Kundgebung, an der sich Indianer aus Mexiko, Peru, Panama, Guatemala und den USA beteiligten, waren Transparente mit den Bildern des mexikanischen Bauernführers Zapata und des kubanischen Revolutionärs Che Guevara zu sehen. Eine Besetzung von archäologischen Stätten sollte verdeutlichen, wer die „wahren Eigentümer des Landes“ seien. — (alk)

Israel: Einreiseverbot für palästinensische Presse

Die Arabische Journalistenvereinigung (AJA) hat von den zionistischen Behörden gefordert, allen palästinensischen Journalisten aus der Westbank und dem Gazastreifen die Einreise nach Ost-Jerusalem ohne jede Einschränkung zu gestatten. Der Präsident der AJA, Na'im Toubasi, klagte zusammen mit B'tselem (israelische Menschenrechtsorganisation) gegen die gängige Praxis. Nach einem zionistischen Gesetz, das nach dem Golfkrieg erlassen wurde, müssen palästinensische Männer im Alter von 16 bis 65 Jahren (vor kurzem auf 50 Jahre gesenkt) eine Sondergenehmigung von der zionistischen „Zivilverwaltung“ einholen, um nach Ost-Jerusalem und Israel einzureisen. Bis heute war es nur der Hälfte der 160 in der Westbank akkreditierten Journalisten möglich, eine Einreiseerlaubnis zu erhalten. Die Genehmigungen müssen darüber hinaus alle drei Monate erneuert werden. Journalisten aus Gaza ist es nur möglich — wenn überhaupt —, eine Genehmigung für einen 24 Stunden dauernden Besuch

zu erhalten. Toubasi hat sich in einem Telegramm an amnesty international, das israelische Knessetmitglied Abdul Wahhab Darawsheh sowie an die Internationale Vereinigung der Journalisten gewandt und dringend gefordert, sich für die betroffenen Journalisten einzusetzen.

Quelle: *Palästina Bulletin*, 2. 10. 92 — (uga)

Zionistische Gefängnisse: Hungerstreik geht weiter

Zeitweilig schlossen sich bis zu 10.000 der nach Angaben des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes rund 12.000 palästinensischen Gefangenen dem am 27. 9. begonnenen Streik (siehe letzte Ausgabe) an. Die Häftlinge protestieren gegen unmenschlichste Haftbedingungen, Folter sowie besonders gegen die Isolationshaft, der 105 Gefangene unterworfen sind, darunter einige in den unterirdischen Isolationszellen von Beersheba und Ramleh. Nach einem Bericht der Anwaltskammer sind manche der Isolationsgefangenen ununterbrochen angekettet. Der Hungerstreik wurde durch Solidaritätsaktionen an vielen Orten der Westbank und des Gazastreifens unterstützt. In Jerusalem fand ein Protestmarsch von 200 Angehörigen der Gefangenen statt, den die israelische Armee mit Gas und Schlagstöcken angriff. Premierminister Rabin ordnete die Schließung von Einrichtungen und Ausgangssperren sowie militärische Maßnahmen als Druckmittel zur Beendigung des Streiks an. In vielen Städten der Westbank streikten die Geschäfte aus Solidarität, Schüler und Studenten der Birzeit-Universität schlossen sich dem Hungerstreik an. Nach der Ankündigung, einige der Forderungen der Streikenden zu erfüllen, unterbrachen viele Gefangene ab dem 11. 10. Nachdem jedoch am 15. 10. ein Hungerstreikender auf bisher unbekannte Weise ums Leben kam und die zionistische Armee spontane Demonstrationen in Ost-Jerusalem, Westbank und Gazastreifen mit scharfer Munition geradezu auseinanderschoss und verstärkt (als Palästinenser verkleidet) Under-Cover-Einheiten einsetzte, wobei drei Palästinenser erschossen und viele schwer verletzt wurden, nahm ein Großteil (genaue Zahlen liegen nicht vor) den Streik wieder auf.

Palästina Bulletin, 16. 10. 92; *Frankfurter Rundschau*, 12. und 16. 10. 92 — (uga)

Italien: Generalstreiktag gegen Finanzprogramm

Der landesweite Generalstreiktag am 13. 10. gegen das Finanzprogramm der Regierung Amato war nach allgemeiner Einschätzung „riuscitissimo“, höchst gelungen. Die Gewerkschaften sprachen von einer durchschnittlichen Beteiligung in der Industrie von 70 %; in manchen Bereichen wurden 90-100 % erreicht. In Bologna erklärte der Präsident der Kleinindustriellen: „Die Teilnahme war zweifellos hoch, bei den Arbeitern über 90 %, bei den Angestellten 55 %. Wir vermerken mit Bitterkeit diese Situation, die wir im übrigen aber verstehen.“

Die besondere Aufmerksamkeit richtete sich stets auf Fiat, seitdem 1980 eine Demonstration des leitenden Personals den Abbruch eines Streiks erzwingen und damit eine Reihe von Niederlagen der Arbeiterbewegung eingeleitet hat. Auch von Fiat werden höchste Beteiligungen gemeldet: Schon beim regionalen Streik am 25. 9. im Karosseriewerk Turin-Mirafiori 90 %, jetzt beim landesweiten Streik erneut mehr als 80 %, im Werk der mechanischen Fertigung 90-100 %. Bestrebungen des Managements, über die Vorgesetzten dem zweiten Streik zu begegnen, waren erfolglos. Auch in den anderen Fiat-Standorten bis nach Palermo wurde gestreikt.

Die Zahl und der Umfang der Kundgebungen und Demonstrationen an diesem Tag waren kaum überschaubar. Nach Bologna kamen 100.000 Teilnehmer, nach Mailand (bei weiteren 13 Kundgebungen in der Lombardei) 80.000. In Rom konnten sich die Gewerkschaftsbünde nach einer Weigerung der christlichen CISL nicht auf eine Aktion einigen. Dort demonstrierten etwa 5.000 Anhänger inner- und mehr noch außergewerkschaftlicher oppositioneller Gruppen: Autonome, linke Studentenvereinigungen, COBAS (Basiskomitees) und Autorganizzati (Selbstorganisierte). — (rok)

Peru verschärft Repression

Nachdem ein Militärgericht den Führer der Kommunistischen Partei Perus Dr. Abimael Guzmán im Eilverfahren, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, mit maskierten Richtern zu lebenslänglicher Haft verurteilt hat, fordert jetzt der peruanische Präsident Fujimori unter Mißachtung eines Menschenrechtsabkommens die Wiedereinführung der Todesstrafe für Terroristen. — (alk)

Kurzarbeit in größerem Ausmaß

Stuttgart. Die Sonderkonjunktur infolge des Anschlusses der ehemaligen DDR ist ausgelaufen, die Auslands- und Inlandsnachfrage nach Pkws und Nutzfahrzeugen sackt ab und längere Betriebsabschlüssen machen in den Autofabriken und der Zulieferindustrie die Runde. Die Ford-Werke AG, Köln, haben als erster größerer Autokonzern Kurzarbeit von einer Woche (Fiesta-Produktion) und drei Wochen (Scorpio-Produktion) angemeldet. Mercedes-Benz versucht die Anmeldung von Kurzarbeit auf das kommende Jahr hinauszuschieben. Dem Betriebsrat in Untertürkheim liegt derzeit ein Antrag vor, einer Betriebsabschließung über vier Wochen an Weihnachten zuzustimmen. Ähnlich geht die Bosch-Werkleitung in Feuerbach vor: Dort soll in der Lichtmaschinenfertigung an acht Tagen bis zum Jahresende Betriebsruhe herrschen. In der ABS-Bremsenfertigung ist Schließung an drei Arbeitstagen geplant. Die Belegschaft soll dafür Freischichten, Urlaub und unbezahlten Urlaub nehmen. Hier hat der Betriebsrat bereits zugestimmt. Bei Porsche in Zuffenhausen ist Kurzarbeit an 60 Tagen bis zum Jahresende genehmigt worden.

Welche Triebkräfte beherrschen dieses Szenario? Einmal herrscht unter den Autokonzernen ein knallharter Wettbe-

werb, der auf Kosten der Belegschaften ausgetragen werden soll. Verstärkt kommen die Konzerne durch die Währungsschwankungen unter Druck. Die jetzigen Maßnahmen wie Zwangsfreischichten, Zwangsurlaub und unbezahlter Urlaub sind ein Vorgeplänkel. Parallel dazu wird derzeit der Personalstand über umfangreiche „Vorruhestandsregelungen“ und Abfindungen verringert. Kurzarbeit in größerem Umfang kommt als nächste Maßnahme. Und dann?

Die Porsche-Belegschaft führt derzeit exemplarisch den Kampf gegen das Horrorszenario. Hier ein kleiner Einblick in das Streichungskonzert: Abbau von 500 Stellen in der Entwicklung, Auflösung von Außenlager und Depots, Abbau von 178 Stellen im Rohbau, in der Montage und Fremdfertigung, starke Beschneidung des Rechenzentrums und der Betriebsinstandhaltung, der Bestand von Kantine, Werkschutz und Ausbildung wird zu großen Teilen oder ganz in Frage gestellt. Der Porsche-Betriebsrat fordert dagegen, daß eine Personalverringering langfristig angelegt sein muß und alle Möglichkeiten der Kurzarbeit ausgeschöpft werden müßten. Bei Mercedes-Benz fordern Betriebsräte das Vorziehen der tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzung.

Aus: *Kommunale Berichte Stuttgart* — (ros)

VW: Generalprobe für „moderne Produktion“

Rationalisierungsmaßnahmen in den VW-Werken stehen an. Und allmählich dringt durch, wie der VW-Konzern in seinem mexikanischen Werk operiert hat, um soziale Standards zu senken und gewerkschaftliche Organisation zu brechen.

Am 1. Juli gingen die 14200 gewerkschaftlich organisierten VW-Beschäftigten im Werk Puebla/Mexiko in Streik, um eine Lohnerhöhung und Verbesserungen im Manteltarifvertrag durchzusetzen. Bereits einen Tag später wurde bekannt, daß das Exekutivkomitee der unabhängigen VW-Gewerkschaft einem Tarifabschluß zugestimmt hatte. Die Gewerkschaft sprach von 20 Prozent, die Unternehmensleitung nur von 15 Prozent Lohnerhöhung. Ebenso hatte die Gewerkschaftsleitung einem Plan zugestimmt, Arbeitsgruppen nach japanischem Vorbild einzuführen, um die Produktivität zu steigern.

Am 20. Juli forderten 170 von 214 Gewerkschaftsdelegierten eine Sonderversammlung. Zur Durchsetzung wurde am nächsten Tag gestreikt. Die 170 Delegierten sowie 3000 Gewerkschaftsmitglieder sprachen der Gewerkschaftsleitung die Legitimation zum Abschluß des Tarifvertrages ab.

Die VW-Unternehmensführung kündigte an, die Produktion komplett ins Ausland zu verlegen. Gleichzeitig beantragte sie bei der nach mexikanischem Recht zuständigen Schiedsstelle die Erlaubnis, die etwa 16000 individuellen und kollektiven Arbeitsverträge zu kündigen. 14-Gewerkschafter wurden sofort entlassen. Am 17. August erhielt das Unternehmen die Genehmigung. Alle etwa 14000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wurden entlassen. Die etwa 4300 nicht organisierten Angestellten wurden zum größten Teil in den Jahresurlaub geschickt.

Noch am Tag der Entlassung stellte VW wieder ein. 2000 Beschäftigte allerdings nicht mehr, darunter auch die Gewerkschafter, die sich dem Tarifabschluß widersetzt hatten. Der bis dahin erkämpfte Manteltarif wird ungültig. Dafür tritt der vom Exekutivkomitee ausgehandelte in Kraft. Für die Wieder-eingestellten entfallen Leistungen, die an die Betriebszugehörigkeit gebunden sind (z.B. längerer Urlaub), das Recht auf Samstag als Ruhetag ist weg, der Anspruch auf 30-minütige Arbeitspause innerhalb acht Arbeitsstunden ebenso.

Vom Standort Puebla aus will VW nach der Stilllegung seines USA-Werkes den gesamten nordamerikanischen Raum neu „erschließen“. Damit sie in der geplanten nordamerikanischen Freihandelszone (Kanada, USA, Mexiko) verkauft werden können, müssen mexi-

kanische VWs zu über 60 % in Mexiko produziert werden sein. Um dies zu erreichen und den Qualitätsstandard zu erhöhen, zieht VW europäische Zulieferer nach Mexiko. Diese sollen Komponenten fertigen und zeitgenau („just in time“) anliefern. Die Zulieferer sollen sogar die Montage im VW-Werk mitübernehmen. Eine neue Arbeitsorganisation („Gruppenarbeit“) soll dies ermöglichen. Gleichzeitig werden Arbeitsplätze im Montagewerk überflüssig.

Ein solcher „Just-in-time“-Fertigungsverbund ist extrem störanfällig. Ein Streik relativ weniger Arbeiter in einer Komponentenfertigung bringt ihn zum Erliegen. Mit der Aussortierung anspruchstestender Gewerkschafter bei der Wiedereinstellung und der Zerlegung der Belegschaft in Teilbelegschaften will VW diese Art „Störungen“ künftig ausschließen. Und 2000 Arbeitsplätze sind billig gleich mit beseitigt worden.

Bei der großen Bedeutung des amerikanischen Marktes dürfte es nicht falsch sein anzunehmen, daß die Entscheidung über das brutale Vorgehen im Werk Puebla in der Wolfsburger Konzernzentrale gefallen sind. Die Nichtbeachtung des Vorgehens von VW in Mexiko, jedenfalls ist uns kein scharfer Protest der IG Metall oder der Betriebsräte bekannt geworden, kommt einer Selbsttäuschung gleich. Markenvorstand Goedevert hat erneut drastische Kostensenkungsmaßnahmen angekündigt. In den nächsten Jahren sollen 12500 Beschäftigte reduziert werden. Den Krankenstand will Goedevert senken. In der Transporterfertigung Hannover wird die Produktion an zwei Tagen stillgelegt, die Belegschaft muß Urlaub oder Freischichten nehmen. Der „Spiegel“ berichtet davon, daß das VW-Management mit Interesse den Lufthansa-Tarifabschluß angesehen hätte, bei dem die Belegschaft auf Lohnbestandteile verzichtet muß. Im Passat-Werk Emden drohe Kurzarbeit, während im neuen slowakischen Werk die Passat-Montage anlaufe. Das Werk Mosel/Zwickau würde auf Dauer die Beschäftigungslage im Wolfsburger Stammwerk drücken. Die „Modernisierung“ der Produktion läuft in allen Werken. Dr. Hahns Vorstellungen von „störfreier Produktion“ wird noch zu scharfen Vorstößen gegen bislang als unumstößlich geglaubte soziale Standards und Tarif- und Arbeitskampfrechte führen.

(Quellen: O. Kozlarek, Nach Art des Hauses, konkret 10/92; Handelsblatt 6.8.92; HAZ 25.9.92; Dr. C.H. Hahn, Die Dynamik des weltweiten Wettbewerbs ..., Handelsblatt 4.7.89; Der Spiegel 40/92; Autogramm (VW-Werkszeitung) 10/92) — (gka)

Volksbank Freiburg kündigt Schwulem

Freiburg. „Was verbindet die Volksbank Freiburg mit rechten Schlägertrupps? — Beide können es nicht ertragen, wenn Schwule öffentlich sichtbar sind“, so steht es in einem Flugblatt der Rosa Hilfe Freiburg, das am 15. 10. vor einigen Bankfilialen verteilt wurde. Anlaß war der Rausschmiß eines schwulen Angestellten. Die Herren aus der Vorstandsetze hatten Axel W. Anfang des Jahres nahegelegt, „zum 1. 10. einvernehmlich ihren Arbeitsvertrag ... aufzulösen ... Wenn sie das bis Freitag nicht schaffen sollten, nehmen wir ihnen diese Entscheidung schon zum 31. 3. ab“. Auch ein gutes Arbeitszeugnis wurde ihm angeboten. Denn: „... nicht, daß es keine KollegInnen gäbe, die Alkoholprobleme hätten, ... ihre Kinder mißhandelten oder schwul wären, nur eben nicht offen.“ — (pes)

Bundespartei „Deutsche Mitte“ gegründet

Am 10. Oktober ist in Berlin die Partei „Deutsche Mitte“ konstituiert worden. Initiator der Parteigründung war der Pinneberger Martin Wood, Bundesvorsitzender des „Verein zur Abschaffung des Beamtentums“ mit rund 270 Mitgliedern. Die Delegierten der inzwischen 470 Mitglieder starken Partei wählten Wood zum Vorsitzenden. Zum Bundesvorstand gehören u.a. Klaus-Dethlef Rüger (Warnemünde), Lothar Borbe, Detlef Dietzsch (beide Rostock) und Kornelia Wenzel (Hannover). Im „Programm der breiten Mitte“, so Wood, werden unter anderem als Ziele der Abbau des zu teuren Beamtenapparates mit Abschaffung sämtlicher „Privilegien“ sowie die Privatisierung aller

öffentlicher Einrichtungen wie Rundfunk, Krankenhäuser oder Kindergärten festgeschrieben. Mit diesem Programm will die „Deutsche Mitte“ zur Bundestagswahl 1994, zu Landtagswahlen sowie zur Kommunalwahl 1994 in Schleswig-Holstein antreten. — (sip)

Ortsvorsteher fördert die Bildung einer Bürgerwehr

Soltau. In Oerrel, einem ca. 800 Einwohner umfassenden Ortsteil von Munster, in dem gegen starke Proteste eine Unterkunft für Asylbewerber eingerichtet wurde, gibt es seit einigen Wochen eine mit ausdrücklicher Förderung durch den Ortsvorsteher Hagen Brockmann gebildete sogenannte Bürgerwehr. Nachts werden Streifengänge organisiert. Der Ortsvorsteher: „Wir weisen nochmals ganz ausdrücklich darauf hin, daß wir nichts gegen die untergebrachten Asylheimbewohner unternehmen wollen. Denn bis zum heutigen Tage haben wir noch keinerlei Ärger mit ihnen gehabt.“ Den hatten die Flüchtlinge. Am 3. 10. wurde ein Fenster der Unterkunft eingeworfen. — (sts)

Städtische Umfrage: „Wo kaufen Sie ein?“

Karlsruhe. Die Stadtverwaltung ließ eine „repräsentative“ Umfrage über das Einkaufsverhalten in den Stadtteilen durchführen. Auf die Frage „welches Geschäft bevorzugen Sie normalerweise, wenn Sie Lebensmittel einkaufen, die man so täglich braucht“ antworteten 76,9 % aller Befragten: „Supermarkt“, in den Stadtteilen Knielingen, Weiherfeld und Dammersstock über 90 %. Karlsruhe hat 273 200 Einwohner. In Weiherfeld und Dammersstock wohnen 6480 Leute, in Knielingen

8900. In Weiherfeld hat im April d.J. der letzte Lebensmittelladen geschlossen. Da ohne Auto kaum ein Laden in den in der Nähe liegenden Stadtteilen erreichbar ist, wird zum größeren SB-Markt gefahren, um möglichst im Großverkauf den täglichen Bedarf zu decken. In Hagsfeld (4300 Einwohner) erklärten 61 % und in Grünwinkel (1130 Einwohner) knapp 50 % der Befragten, daß die Versorgungslage schlecht oder sogar ganz schlecht sei. Ähnliche Ergebnisse gab es in anderen Stadtteilen. An erster Stelle unter den notwendigen Einrichtungen für den Stadtteil steht bei der Umfrage die Einkaufsmöglichkeit für den täglichen Bedarf. Im April erklärte das Wirtschaftsamt der Stadt, daß sich in Zukunft wohl nur noch SB-Märkte und -Filialen über 800 qm für die Betreiber lohnen würden. Diese müßten 3000 bis 5000 Einwohner „abdecken“. Daher sei zu erwarten, daß künftig nur in dicht besiedelten Bereichen ein Laden zu Fuß erreichbar sei. Quelle: *Badische Neueste Nachrichten*, 6. 10. 92 — (rub)

Kreissparkasse verweigert Flüchtlingen Girokonten

Hannover. Asylbewerber sollen bei der Kreissparkasse keine Girokonten mehr einrichten können. Dies wurde begründet mit angeblicher „Beeinträchtigung der Geschäftsabläufe“. Nach erheblichen Protesten von verschiedenen Seiten versuchte der Verwaltungsrat der Kreissparkasse zu relativieren, was ihm jedoch nur schlecht gelang: Die Regelung gelte nur für Asylbewerber in der ersten Zeit ihres Aufenthalts. Wenn die betreffende Kommune gegenüber dem Kreditinstitut erkläre, daß der Asylbewerber „Gewähr dafür biete, seßhaft zu werden“, könne ihm ein Girokonto zugestanden werden. — (arr,rec)



Krupp Widia: Betriebsbedingte Kündigungen?

Essen. Durch Teilstilllegungen in zwei Bereichen will die Geschäftsführung von Krupp Widia bis Mitte 1993 120 Beschäftigte wegrationalisieren, aus „konjunkturellen Gründen“ vermutlich nochmals 80. Geschieht dies, wären innerhalb von zweieinhalb Jahren von 2500 über 1000 Beschäftigte abgebaut worden. Der Betriebsrat befürchtet erstmals seit langem betriebsbedingte Kündigungen. Eine Gegenmaßnahme: Gemeinsam mit einer DGB-nahen Beratungsfirma soll eine Diskussion über alternative Produktionsmöglichkeiten in Gang gebracht werden. Bild: Demonstration am 15. 9. — (kw; Bild: M. Sch.)

Kindergartenrichtlinien sollen ausgesetzt werden

Stuttgart. Spätestens Anfang nächsten Jahres sollen in Baden-Württemberg alle Richtlinien zu Landesgesetzen ausgesetzt werden, die Bau und Betrieb von Einrichtungen regeln. Die Regierungskoalition von SPD und CDU beschloß dies in ihrer Koalitionsvereinbarung Anfang des Jahres. Ob nun die SPD aus Unachtsamkeit oder bewußt in Kauf genommen hat, daß damit auch die Kindergartenrichtlinien betroffen sind, ist ungewiß. Tatsache ist jedoch, daß sie sich damit in ein schlechtes Bild gerückt und sich zudem äußerst unglaubwürdig gemacht hat.

Noch vor zwei Jahren hat die SPD, als sie sich in der Opposition befand, ein Kindertagesstättengesetz im Landtag vorgelegt, das die Kinderversorgung entscheidend verbessert hätte. Der Entwurf wurde damals von der CDU-Mehrheit abgelehnt.

Die geplante Aussetzung drückt den bisher schon schlechten Standard ins uferlose. Die Obergrenzen für Kinder in der Gruppe sollen fallen, sie sind heute schon bei 28 Kindern im Regelkindergarten und 20 bis 25 in Ganztageseinrichtungen. Die Festlegung von 2,2 Quadratmeter Platz für jedes Kind muß folglich ebenso fallen. Die bisher vorgesehenen eineinhalb bis zwei ausgebildeten Fachkräfte pro Gruppe werden auch nicht mehr aufrechterhalten.

Die Richtlinien wurden zuletzt 1988 stark verschlechtert, hier fiel u.a. der

Mindeststandard von Außenspielanlagen für Kindergärten weg, was zur Folge hat, daß es heute neue Kindergärten ohne Garten oder Hof gibt. Bisher wurde aus diesen Gründen immer gegen die Richtlinie argumentiert; heute sind Eltern und Erzieherinnen gezwungen, diesen schlechten Standard noch zu verteidigen.

Von Regierungsseite wird immer wieder versichert, daß es überhaupt keinen Grund zur Beunruhigung gäbe, es seien keine Verschlechterungen geplant, der ÖTV wird im Gegenteil Verhetzung der Elternschaft und Panikmache vorgeworfen. Auf die Frage, warum dann überhaupt ausgesetzt wird, kommt dann nur, daß eben die Kindergartenrichtlinie im Paket enthalten ist.

Die Begründung für die generelle Aussetzung lautet, daß die kommunale Selbstverwaltung durch diesen Beschluß gestärkt werden soll. Daß das Gegenteil der Fall ist, zeigt sich gut anhand der Kindergartenrichtlinie. 1996 soll der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklicht sein. Bund und Land sichern dies zwar per Gesetz zu, zur Finanzierung werden aber keine Maßnahmen getroffen, die Kommune soll die Kosten alleine tragen.

In Baden-Württemberg fehlen rund 50000 Kindergarten-, 70000 Ganztags- und 40000 Krippenplätze. Wie sollen die Kommunen dem nachkommen? Größere Neubauten werden rig-

ros abgelehnt, auf der ganzen Linie soll gespart werden. Da bleibt ja nur noch, die Kinderzahlen zu erhöhen und dann unausgebildetes Personal einzustellen, da ja schon viele Fachkräfte beim jetzigen Standard nicht mehr mithalten. Was hier die Kommune stärken soll, ist unerklärlich.

Der Protest gegen dieses Vorhaben ist groß. Die freien Träger wenden sich dagegen, ebenso wie Landeselternrat, ÖTV und GEW, Grüne und FDP. Die SPD-Frauenministerin, anfangs lautstark dagegen, sagt inzwischen alle öffentlichen Termine zu diesem Thema ab. So ist nicht auszuschließen, daß die SPD ganz kippt und die Aussetzung trotz der breiten Proteste durchgeht.

Bis dahin werden alle Kräfte mobilisiert. Im Dezember soll in einem großen Aktionsbündnis, vor allem zwischen Gewerkschaften und Kirchen, eine Großdemonstration zustande kommen, örtliche Aktionen sind in Planung. Erzieherinnen sprechen immer öfter von Streik, was tarifrechtlich allerdings nicht leicht zu machen sein wird. Immerhin ist die ÖTV in Handlungszwang.

Auf der Personalversammlung beim Stuttgarter Jugendamt wurde eine Resolution verabschiedet, die die Streikbereitschaft der Beschäftigten versichert und bei einer Aussetzung der Richtlinie eine Kampagne zur Verweigerung der Aufnahme von mehr Kindern als bisher vorsieht. — (unb)



München. Etwa 400 bis 500 Menschen demonstrierten am 3. Oktober in München gegen die staatsdeutsche Politik von Großmachtstreben und Rassismus. Auch die Unterstützung der Türkei mit Geld und Waffen, gegen den kurdischen Unabhängigkeitskampf eingesetzt, wurde angegriffen. Aus: Lokalberichte München Nr. 21/92

Für „menschenswürdige Unterbringung“

Köln. Etwa 20 Wohnungslose demonstrierten am Montag, den 12. Oktober, vor dem Rathaus, nachdem eine Gruppe von Obdachlosen von der Domplatte vertrieben wurde. Dort hat der Stadtrat per Straßenordnung den Aufenthalt von Nichtseßhaften untersagt, wahrscheinlich, damit der katholische Bischof und die vielen Touristen nicht vom Anblick des realen Elends vor dem himmlischen Gebäude gestört werden. Die Wohnungslosen fordern außer der menschenwürdigen Unterbringung — „Gebt uns Wohnraum, damit wir arbeiten können“, war eine Forderung der Demonstration — vor allem eine Verbesserung der ärztlichen Betreuung und kostenlose Schließfächer im Hauptbahnhof. Sie wollen ein Containerbüro am Breslauer Platz, unter anderem für die medizinische Versorgung. Das Sozialdezernat wies solche Forderungen weit von sich — jetzt soll lediglich geprüft werden, ob das Gesundheitsamt eine regelmäßige Sprechstunde für Wohnungslose einrichten kann. Wohnraum für die über 3000 Obdachlosen in Köln will die Stadtverwaltung nicht zur Verfügung stellen. — (uld)

SPD-Ratsantrag gegen Militärpropaganda

Walsrode. Zur Ratssitzung im September hatte die SPD-Fraktion im Walsroder Stadtrat einen Antrag eingebracht, nach dem die Stadt in Zukunft Militärschauen der Bundeswehr weder materiell noch ideell unterstützen solle. Anlaß für den Antrag war die Bundeswehrausstellung „Unser Heer“, die im Mai auf dem Schützenplatz stattfand, vorher

aber offensichtlich weder im Rat noch im Verwaltungsausschuß Thema gewesen war. Gegen die Veranstaltung hatte es kräftigen Protest gegeben. Der CDU-Bürgermeister Prümm drohte mit seinem Rücktritt, sollte der Antrag durchgehen. Immerhin 10 von 28 anwesenden Ratsmitgliedern stimmten dann dafür. — (sts)

Keine Kampfeinsätze der Bundeswehr!

Stuttgart. Nach Angaben der Veranstalter kamen etwa 500 Menschen zur landesweiten Kundgebung des baden-württembergischen Friedensnetzes, die geplante Demonstration mußte wegen des schlechten Wetters abgesagt werden. Im Mittelpunkt stand die Ablehnung einer Grundgesetzänderung zur Erweiterung von Einsatzgebiet und Einsatzauftrag der Bundeswehr und die Forderung nach wirksamen Friedensinitiativen für das ehemalige Jugoslawien. Der Sprecher der Organisation „Ohne Rüstung leben“ griff in seinem Kundgebungsbeitrag „Kriegsminister Rühle“ scharf an und forderte verstärkte humanitäre Hilfe statt Nachdenken über einen militärischen Einsatz in Jugoslawien. Die stellvertretende Landesvorsitzende der GEW sprach sich für eine Erziehung zum Frieden aus. Der Sprecher des Landesvorstands der Grünen kritisierte die Mitglieder seiner Partei, die sich „in dümmlicher Weise für einen militärischen Einsatz ausgesprochen haben“, rechtfertigte allerdings, daß die Grünen dem militärischen Schutz von UN-Hilfskonvois zugestimmt haben. Die stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen forderte eine Strukturreform und Demokratisierung der UN. — (evc)

Jungheinrich und Linde kooperieren bei Motoren

Norderstedt. In der Aufsichtsratssitzung der Jungheinrich AG am 16.9. beantragte der Vorstand, die Elektromotoren für die Jungheinrich-Gabelstapler künftig gemeinsam mit der Linde AG zu fertigen. Standort des Gemeinschaftsunternehmens wird Brunn in der Tschechei sein. Dieser Firma soll eine Beteiligung von 50:50 zwischen der Linde AG und der Jungheinrich AG zugrunde liegen. Der Produktionsbeginn in dem neu zu bauenden Motorenwerk ist für Mitte 1994 vorgesehen. Das Hochfahren auf die Stückzahl aller bisher in Norderstedt bei Jungheinrich und Hamburg-Billbrook bei Linde/Still produzierten Motoren soll bis Ende 1995 erfolgen. Die IG Metall-Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat brachten in der besagten Aufsichtsratssitzung folgenden Antrag ein: „Die Kooperation Jungheinrich/Linde ... wird unter folgenden Voraussetzungen genehmigt:

- 1) Die Beschäftigung der betroffenen ArbeitnehmerInnen wird unter Berücksichtigung ihrer Qualifikation langfristig abgesichert.
- 2) Hierzu ist zwischen dem Vorstand und dem Betriebsrat Norderstedt ein Beschäftigungsplan zu vereinbaren, der z.B. folgende Maßnahmen umfaßt:
 - * Ausbau der Produktion des Gabelstaplertyps Elektro-4-Rad
 - * Erweiterung des Hubgerüstzentrums
 - * Erweiterung der Ersatzteilerfertigung (incl. Motoren).“

Die fünf IG Metall-Arbeitnehmervertreter wurden überstimmt: Es könne und dürfe angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage keine verbindliche Beschäftigungsgarantie geben.

Vertrauenskörper und Betriebsrat halten sich derzeit aber nicht damit auf zu beklagen, daß sie sich gegen die Entscheidung der Kapitaleseite nicht haben durchsetzen können. Jetzt erst recht geht es darum, die Beschäftigung der etwa 100 Leute im Werk Norderstedt zu sichern. Ein Interessenausgleich und Sozialplan aber, der hauptsächlich auf Aufhebungsverträge orientiert, kann dies nicht leisten.

Der Betriebsrat versucht, konkrete Ideen zu entwickeln für neue Arbeitsinhalte für die betroffenen Kollegen und Kolleginnen. Auch ist bei den neuentwickelten Fahrzeugtypen zu beobachten, wie immer mehr Teile nicht mehr selbst im Hause hergestellt werden. Das bedroht zusätzlich traditionelle Arbeitsplätze.

Diesen Prozeß umzukehren oder wenigstens zu stoppen ist schwer: Plötzlich wird deutlich, daß es bei dem Aufsichtsratsbeschluß offensichtlich um mehr als um die etwa 100 Arbeitsplätze in der Motorenfertigung geht: Es geht darum, daß durch immer mehr Fremdverlagerung immer mehr Arbeitsplätze ausgedünnt werden sollen, um am Ende vollständig zu verschwinden.

— (hel)

WDR-Hetzsendung gegen PKK: Rein gar nichts ist dran!

Am vorletzten Montag sendete der WDR, Landesstudio Köln, in den Abendnachrichten nach 19 Uhr unter der Rubrik „Kölner Fenster“ einen verleumderischen Bericht über die PKK und Kurden in Deutschland. Inhalt: Nicht nur Nazis bedrohen Asylbewerber, auch ihre eigenen Landsleute setzen den Flüchtlingen zu. Rollkommandos der PKK würden kurdische Flüchtlinge in Asylheimen überfallen, mißhandeln, bedrohen, um Geld für den Guerillakrieg in Kurdistan zu erpressen. Zur „Einstimmung“ wurde ein Flüchtlingsheim in Wühl bei Gummersbach im Bild gezeigt. Dort sollen sich diese Straftaten ereignet haben. Erst vor kurzem sei dort eine Person zusammengeschlagen worden. Die Kripo ermittle. Vorgetragen wurden die Beschuldigungen von einer deutschen Flüchtlingsberaterin, einer Frau T. Kein Flüchtling kam zu Wort.

Am nächsten Tag verständigten sich Mitglieder des „deutsch-kurdischen Freundschaftsvereins“ in Köln, dem Bericht nachzugehen. Die Sache stinkt.

Erste Nachfragen bei den Flüchtlingen im Heim ergeben helle Empörung. Über irgendwelche Bedrohungen oder gar Schlägereien ist ihnen nichts bekannt. Hätten sie gewußt, zu welchem Filmbericht sie herhalten sollten, hätten sie die Journalisten nicht ins Heim gelassen. Der Mann der deutschen Frau, die die Beschuldigungen im Fernsehen erhoben hat, soll mit einer (der PKK feindlich gesonnenen) anderen kurdischen Organisation verbunden sein und versuche schon länger, die PKK mit wüsten Beschuldigungen in Verruf zu bringen. Womöglich stehe hinter der Geschichte aber auch eine Person aus dem Sozialamt. Von dort würden sie unter Druck gesetzt mit der Beschuldigung, ihre Sozialhilfe der PKK zu spenden.

Währenddessen erkundigen wir uns bei der Redaktion des „Kölner Fenster“, welche Zeugen und Beweise sie für ihre schweren Beschuldigungen haben. Wir sagen ihnen gleich, daß wir die Geschichte nicht glauben, vor Jahren habe es eine ähnliche Story gegeben, damals stellte sich am Ende heraus, daß vom türkischen Konsulat vorgeschickte Personen die Beschuldigungen ausgestreut hatten. Antwort der Redaktion: Das könnten sie sich nicht vorstellen, ihre Hauptzeugin sei die Frau T.

Also Anruf bei Frau T. Wir fragen: — Sind Sie bedroht worden? Antwort: Nein.

— Waren Sie bei einer Bedrohung oder Mißhandlung dabei? Wieder: Nein.

— Haben Sie irgendeine schriftliche Aussage von irgendeiner bedrohten oder mißhandelten Person, die Ihre Beschuldigungen bestätigt? Wieder: Nein, das wird es auch nicht geben. Die Flüchtlinge sind ja so ängstlich ...

Darauf raten wir Frau T., sich einen Anwalt zu nehmen und diesen zu beauftragen, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Sie sei sich über die Rechtsbrüche, die sie mit ihren unbewiesenen schweren Beschuldigungen begangen habe, offenbar nicht im Klaren. Wir wollten sie nicht verklagen, aber wenn sie ihre Beschuldigungen nicht beweise oder zurücknehme, würden wir das machen. Störung des Zusammenlebens von Deutschen und Kurden, Verleumdung, Vortäuschung von Straftaten u.a. seien gegeben.

Dann wieder Anruf bei der Redaktion, Frau A., „Redakteurin vom Dienst“ für die ausgestrahlte Sendung. Wir berichten ihr von unseren Ermittlungen. Unser Eindruck sei, daß sie hereingelegt wurden. Der Redakteur, der die Sendung gefertigt habe, hätte doch wenigstens nach irgendwelchen Beweisen fragen müssen! Frau A.: „O Gott“. Sie werde mit dem Journalisten, der die Sendung produziert habe, Herrn K., sofort sprechen und sich dann am nächsten Tag bei uns melden. Sie bedankt sich, daß wir nicht sofort klagen oder eine Gegendarstellung einreichen, sondern der Redaktion Zeit lassen, die Sache selbst zu korrigieren.

Am nächsten Tag ruft der Herr K. an. Was wir wollten? Wir schildern ihm noch einmal, was wir erfahren haben, wir wollten die Vorwürfe restlos klären und eine Richtigstellung des WDR. Darauf wird Herr K. patzig: Er habe mit vielen Flüchtlingen gesprochen, u.a. auch mit dem Verletzten. Die Schlägerei sei am 19.9. vor dem Heim gewesen, die Polizei sei dagewesen und ermittle bereits. Die Regionalpresse habe darüber auch berichtet. Er sei sich der Sache so sicher, daß der Bericht am 1. Januar im ARD-Frühstücksfernsehen bundesweit und noch ausführlicher wiederholt werde. Wir sollten uns den Film selber ansehen. Wir vereinbaren, am nächsten Tag mit zwei Personen im WDR uns die Sendung noch mal anzusehen.

Der „Lokaltermin“ beim WDR ist sehr knapp. Nach der Sendung fragen wir Herrn K., ob er mit der beschuldigten Partei, der PKK, auch gesprochen habe. Das sei doch einfachste journalistische Regel. Darauf wird er ausfällig und wirft uns raus. Wir gehen zum „Stadtanzeiger“. Die Schlägerei am

19.9. soll ja auch in der Regionalpresse gewesen sein. Nur: In den Ausgaben vom 19.9. (Samstag) und 21.9. (Montag) des „Oberbergischen Anzeigers“ findet sich dazu kein Wort. Wir rufen die „Volkszeitung“ in Gummersbach an. Ob Sie uns bitte den Bericht von der Schlägerei per Fax schicken könnten. Können sie nicht, sie haben nämlich auch nichts berichtet. Keiner in der Redaktion hat je von einem solchen Vorgang gehört.

Darauf Anruf bei der Kripo Gummersbach. Die soll ja ermitteln. Frau R. fragt gleich, wie wir auf die Geschichte kämen? Wir seien nämlich schon die zweite Stelle, die bei ihnen anfragt. Letzte Woche habe „PB2“ (das ist die Abteilung Staatsschutz bei der Kölner Polizei) bei ihnen angerufen, ein Herr K. mache hier die Leute verrückt mit einer angeblichen Schlägerei, ob sie was wüßten? Sie hätten geantwortet, ihnen sei die Sache völlig unbekannt. Woher wir die Geschichte hätten? Wir antworten: von Frau T. und vom WDR Köln. Frau R. will ihren Chef fragen. Kurze Zeit später ruft der Chef der Kripo Gummersbach an: Er wisse von nichts und ermittle auch nicht. Wer denn da behaupte, sie würden ermitteln? Ich gebe ihm die Telefonnummer vom WDR, er will dort mal anrufen.

Zur Sicherheit rufen wir auch beim Staatsschutz Köln an: Ob ihnen inzwischen irgendetwas bekannt wäre? Antwort: Nein. Wir könnten aber gerne noch einmal selber vorbeikommen und mit ihnen die Akten durchgehen. Vielleicht habe man ja etwas übersehen.

Soweit der Sachstand eine Woche nach Ausstrahlung des Berichts. Rein gar nichts ist wahr außer den Verleumdungen der Frau T., die für ihre Verleumdung keinerlei Beweis hat. Noch nicht einmal eine verletzte oder verängstigte Person wurde gefunden.

Der Freundschaftsverein hat Frau T. aufgefordert, ihren Anwalt zu nennen, und den WDR aufgefordert, bis Mitte dieser Woche mitzuteilen, ob und wie sie ihre unbewiesenen Beschuldigungen korrigieren. Falls nicht, bringen wir die Sache vor den WDR-Vorstand, zum Presserat und zu Gericht.

Übrigens: Der Hinweis des Herrn K., sein Bericht werde am 1. Januar 1993 bundesweit gesendet, legt noch einen weiteren Schluß nahe. Nämlich den, daß irgendwo eine Bundesbehörde solche „Fälle“ sammelt, um Anfang 1993 wieder eine bundesweite Hetzkampagne gegen die PKK und ihr nahestehende Vereine zu starten. Wir werden weiter berichten. — (rü)

Deutsche AKW-Renaissance „Atomkurort Garching“

München. Während sich die Öffentlichkeit nach Tschernobyl mit Pseudo-„Ausstiegsdebatten“ selbst beruhigte und die Anti-AKW-Bewegung zerbröckelte, hat die Atomindustrie still und leise ihr Comeback vorbereitet.

So lautete die zentrale These von Reinhardt Karsten, Mitarbeiter der Zeitschrift „Atom“, auf einer Veranstaltung der Ökologischen Linken zum geplanten Forschungsreaktor in München-Garching. Weltweit seien 72 Reaktoren in Bau, weitere werden in Japan, Südkorea, den USA und der Bundesrepublik geplant.

Die deutschen Atomkonzerne wie Siemens, RWE, Preußen-Elektra und Bayernwerk konzentrieren sich derzeit auf das Geschäft in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion. Zunächst werden die dortigen Energieunternehmen aufgekauft, dann beginnt die „Nachrüstung“ und der Neubau von AKWs.

Während mit Ungarn, Polen und Rußland noch verhandelt werde, ist die tschechoslowakische Energiewirtschaft bereits unter deutscher Kontrolle.

Das Hauptproblem für die Atomkonzerne ist dabei der finanzielle Aufwand. Für Osteuropa und die GUS-Staaten wird laut Karsten von einem Finanzvolumen von 10 bis 15 Milliarden DM ausgegangen. In der BRD, prophezeite Karsten, werde spätestens nach der Bundestagswahl 1994 der Bau von acht

geplanten AKWs beginnen. Angesichts dieser Entwicklung sei es fatal, daß bundesweit kaum noch Strukturen einer Anti-AKW-Bewegung existierten. Lokaler Widerstand, wie in Garching, sei deshalb besonders wichtig, aber auch schwierig.

Die Vertreterin der Garchinger Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, Ingrid Wandrak, referierte zunächst eine ganze Reihe von Gefahrenquellen durch den geplanten Forschungsreaktor, der das alte Atomei ersetzen soll: Unfälle, Transport des nuklearen Brennstoffs, Lagerung des Atomabfalls und Dauerbelastung mit Tritium im „Normalbetrieb“. Aus dem Kamin des derzeit betriebenen Forschungsreaktors entweicht täglich Tritiumdampf mit einer Aktivität von 76 Millionen Becquerel. Im Herbst 1989 war außerdem radioaktiv verseuchtes Kühlwasser aus dem Garchinger Atomei ins Grundwasser geflossen. Auch gegen Flugzeugabstürze könne die Atomanlage nicht gesichert werden. Die Luftwaffe nutzt das Atomei sogar als Orientierungsmarke und überfliegt den Reaktor in geringer Höhe. Der Bau des neuen Forschungsreaktors wird ein Testfall, meint Ingrid Wandrak ...

Die Meinung in Garching ist gespalten. Viele Menschen arbeiten in den Atomforschungsanlagen. Die SPD und die Ortsgruppe des Bund Naturschutz sind für den Atombau. Die GegnerInnen, die laut einer Umfrage 50 %

der Bevölkerung hinter sich wissen, sind in der Bürgerinitiative organisiert. Sie kämpfen nicht nur gegen den neuen Forschungsreaktor, sondern auch für die Stilllegung der schon bestehenden Anlage.

Seit Juli steht auch fest, daß das Garchinger Max-Planck-Institut an der Entwicklung eines Reaktors zur Kernfusion bzw. Atomfusion beteiligt sein wird. Wolfgang Kühr, Mitglied der Ökologischen Linken, machte deutlich, daß die Gefahren der Fusionstechnologie sich von denen der Atomspaltung kaum unterscheiden, besonders gravierend sei die Versprödung des Reaktormaterials durch Neutronenbeschuß. Zur Lösung von Energieproblemen ist die Atomfusion laut Kühr ungeeignet. Der Zielhorizont allein für Forschung werde auf fünfzig Jahre veranschlagt, eine Kilowattstunde wäre laut Berechnungen des Max-Planck-Institutes zehnmal teurer als bei herkömmlichen Energieträgern.

Demnächst wird der geplante Forschungsreaktor auch den bayrischen Landtag wieder beschäftigen. Die Garchinger AtomgegnerInnen rechnen mit dem Baubeginn nach den nächsten Landtagswahlen im Oktober 1994. Zu hoffen ist, daß das Interesse und der Widerstand gegen diese neue Atomanlage in München wächst und die Anti-Atom-Bewegung ebenfalls eine Renaissance erlebt.

— (peb, eeg)

Kurz berichtet

Flüchtlingsheim bleibt in Eberswalde

Am 5. 10. erreichten die Bewohner des Flüchtlingsheimes in der Spechthausener Straße in Eberswalde mit Unterstützung von etwa 50 Leuten aus Eberswalde und aus Berlin, daß das Heim vorerst nicht verlegt wird. Der Landrat hatte angekündigt, daß die Unterkunft aus Brandschutzgründen geschlossen wird und die ungefähr 200 Flüchtlinge in ein ehemaliges Betriebsferienheim umziehen sollen. Dieses liegt im Wald 15 km entfernt von Eberswalde, von wo im Falle von Angriffen die Polizei herbeigerufen werden müßte. Zum Schutz hätten lediglich zwei Angestellte eines privaten Wachschutzes zur Verfügung gestanden. Nach längerer Diskussion erklärte der stellvertretende Landrat sich bereit, die Entscheidung auszusetzen. — (chk)

KZ-Gedenkstätte soll umfunktioniert werden

Bei der Anhörung zur brandenburgischen Gedenkstättenplanung im Landtagsausschuß erklärten Vertreter des Zentralrates der Juden, des Zentralrates der Roma und Sinti und des Internationalen Sachsenhausenkomitees, daß sie ihre Mitarbeit aufkündigten, falls der Empfehlung der „Expertenkommission“ gefolgt wird. Diese will ein gemeinsames Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus und die Toten der sowjetischen Internierungs- und Speziallager. „Wenn keine räumliche Trennung vorgenommen wird, wäre das Geschichtsfälschung“, sagte Andreas Nachama vom Zentralrat der Juden. Wolfgang Szepansky vom Sachsenhausen-Komitee Westberlin kritisierte die Sonderausstellung zum „Speziallager 7“, weil sie keine Hinweise enthält über die „vielen Faschisten und Verbrecher, die dort zu recht gegessen“ haben. Er fragte, ob nun der Täter und der Opfer gemeinsam gedacht werden soll. *Neues Deutschland* v. 15. 10. 92 — (chk)

Ost-Zuschlag soll um ein Jahr verlängert werden

Westdeutsche Beamte sollen nach den Vorstellungen der Bundesregierung auch im nächsten Jahr für ihren „Kolonialdienst“ in der ehemaligen DDR 1 100 bis 1 500 DM, je nach Besoldungsgruppe, erhalten. Dieser Ost-Zuschlag ist steuerfrei und wird zusätzlich zum vollen Gehalt, den üblichen Reisekostenvergütungen sowie dem Trennungsgeld gezahlt. Damit beziehen Westbeamte gut das Doppelte an Gehalt wie Ostbeamte. Ganz offensichtlich gelingt es der Regierung nicht, ohne diesen Zuschlag genügend Anhänger für ihre Politik zu finden. Lediglich 15 000 Be-

amte, Angestellte und Arbeiter des Bundes sind an entsprechende Bundes- und Landesverwaltungen in Ostdeutschland versetzt oder abgeordnet. In Berlin, wo im übrigen kein Ost-Zuschlag gezahlt wird, sind rund 1 000 Beschäftigte nach Ostberlin entsandt, weitere 500 sind auf Dauer dort beschäftigt. Ihre „Belohnung“ besteht in einer schnelleren Beförderung. *Hannoversche Allgemeine Zeitung* v. 7. 10. 92; *Der Tagesspiegel* v. 8. 10. 92 — (har)

Freilassung von Croissant gefordert

Berlin. Die Vereinigung Berliner Strafverteidiger hat die Entlassung des am 14. 9. 92 festgenommenen Rechtsanwaltes Klaus Croissant gefordert. Croissant wird Spionage für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR vorgeworfen (vgl. *Politische Berichte* Nr. 20/92). Die Strafverteidiger sehen eine Ungleichbehandlung in der Tatsache, daß die MfS-Mitarbeiter, aufgrund deren Aussagen Croissant beschuldigt wird, sich auf freiem Fuße befinden. Sie stellen ferner eine angebliche Fluchtgefahr in Abrede.

Rund 200 Unterzeichner/-innen haben in einer öffentlichen Anzeige ebenfalls die Freilassung von Klaus Croissant gefordert. Der Text der Anzeige lautet: „Seit fast 4 Wochen wird der Rechtsanwalt Dr. Klaus Croissant wegen angeblicher Fluchtgefahr in Haft gehalten. Ihm wird geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht“ vorgeworfen. Die Bundesanwaltschaft hat mit diesem Vorwurf mehrere hundert Ermittlungsverfahren gegen BürgerInnen der alten Bundesländer eingeleitet, inhaftiert wurde — soweit bekannt — als einziger Dr. Klaus Croissant. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Bundesanwaltschaft hier lediglich eine alte oder neue Rechnung an einem unbeugsamen Kritiker vollstrecken will.“

Der Tagesspiegel v. 10. 10. 92 — (har)

Wofür will die CDU am 7. 11. demonstrieren?

Berlin. In der Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses am 15. 10. wurde der Aufruf zu der für den 7. November angekündigten Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit unter dem Motto — „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ — nun doch nicht eingebracht. Er war der CDU wohl zu links. Die CDU erklärte, sie wolle keinen Antrag mit der PDS gemeinsam als Allparteiantrag unterschreiben. Weiter will die CDU erreichen, daß der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Bubi, auf der Kundgebung nicht reden darf, weil er sich gegen die Streichung des Asylrechts aus dem Grundgesetz geäußert hat. Bundespräsident von Weizsäcker stellte seine Schirmherrschaft in Frage. — (chk)

Sachsen unrühmlicher Vorreiter Berufsverbote in Dresden

Sachsen — Rechtsstaat mit Berufsverboten? Unter diesem Motto fand Ende September ein Podiumsgespräch in der Dresdner Robotrongaststätte statt. Rund 200 Bürger waren der Einladung der Landtagsfraktion Linke Liste/PDS gefolgt. In einer vorgelegten Dokumentation mit authentischem Material aus dem Sächsischen Landtag, mit zahlreichen Beispielen praktizierter Berufsverbotepraxis unter der Lehrerschaft sowie durch interne Regelungen zur Nichtanerkennung von Dienstjahren im öffentlichen Dienst wurde eindeutig belegt, daß Sachsen eine Vorreiterrolle bei der Berufsverbotepraxis spielt.

Allein vom 3. 10. 90 bis Anfang 1992 wurden im Freistaat 21 374 Personen (ohne nachgeordnete Einrichtungen) aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Dies geht aus einem Brief von Sachsens Innenminister Eggert an Landtagspräsident Ilgen hervor. Diese Zahl verdoppelt sich nahezu, wenn man die in den letzten Monaten erfolgten Massenentlassungen von Lehrern, von Mitarbeitern aus dem Hoch- und Fachschulbereich, den Kindereinrichtungen, den Polikliniken usw. hinzurechnet. Doch wer glaubt, daß damit aufwendige Verwaltungen eingeschränkt wurden, der irrt. Den 21 374 Entlassungen stehen bis Anfang 1992 25 828 Neueinstellungen gegenüber.

Am 4. 2. 91 brachte die FDP-Fraktion einen Antrag in den Landtag ein, wonach ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des SED-Parteiparates, Vorsitzende von Räten der Kreise und Bezirke, Kaderleiter und Kommandeure von Kampfgruppen nicht im öffentlichen Dienst tätig sein dürfen. Diese „schwarze Liste“ wurde im Sonderausschuß für Amts- und Machtmißbrauch auf 58 Funktionsgruppen erweitert. Sie reicht jetzt vom Politbüromitglied bis zum Leiter von Altersheimen und medizinischen Einrichtungen.

Obwohl diese „schwarze Liste“ im Landtag niemals beschlossen wurde, dient sie heute als Grundlage der Personalpolitik. Ministerpräsident Biedenkopf wies in einem Brief vom 3. 7. 91, der den Versammelten vorlag, alle Staatsministerien an, „zur Sicherstellung von einheitlichen Maßstäben bei der Beurteilung der persönlichen Qualifikation in der Landesverwaltung“ ab sofort nach der „in der Landesdrucksache 1/395 veröffentlichten Beschlussempfehlung des Sonderausschusses zu verfahren. Über die Ergebnisse der Überprüfung bitte ich mir zweimonatlich zu berichten. Ich behalte mir vor, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die eine konsequente Anwendung der o. g. Grundsätze sicherstellt“, schrieb der Ministerpräsident. Das Podium machte sichtbar, daß man in Sachsen über den öffentlichen Dienst hinaus auch in Bereichen der freien Wirtschaft nach diesen diskriminierenden Festlegungen handelt und große Teile der Bevölkerung aufgrund ihrer früheren Tätigkeit, ohne Nachweis persönlicher Schuld, ausgrenzt.

Der Dresdner Rechtsanwalt Günther Heine berichtete aus seinen Erfahrungen mit zahlreichen Prozessen: „Der Freistaat Sachsen vertritt die sogenannte Funktionstheorie.“ Das bedeute, ohne Nachweis persönlicher Schuld würden Kündigungen nur mit der früheren Funktion begründet, so z. B. als Schuldirektor, als Verantwortlicher für außerunterrichtliche Tätigkeit, als NVA-Offizier, als Gewerkschaftsfunktionär, als Kreissekretär des Deutschen Roten Kreuzes, als Absolvent einer Parteischule usw. Rechtsanwalt Heine erklärte, daß es eine wirkliche Einzelfallprüfung nicht gäbe. Es würde nur Material gegen die Klienten zusammengetragen. Der eigene Fragebogen werde als Waffe benutzt, und auch der Personalrat werde oft übergangen. Bei Klagen vor dem Arbeitsgericht werde dann die Standardformulierung strapaziert, der Kläger habe einem Unrechtsstaat gedient. Seine Erfahrung belege, so Rechtsanwalt Heine, daß der Widerstand gegen diese Funktionsverfahren bei den Gerichten zunehmend offene Ohren finde. Zahlreiche Verfahren dieser Art seien in jüngster Zeit zugunsten der Kläger ausgegangen.

Die langjährige Lehrerin für Mathematik/Chemie und spätere Direktorin einer Leipziger Schule, Margitta

Hallick, die im Mai 1992 gekündigt wurde, schilderte am persönlichen Schicksal, wie sie sich in der Anhörung und über ein Gerichtsverfahren, das noch nicht abgeschlossen ist, zur Wehr setzt. Ihre Meinung ist: „Man darf sich nicht alles gefallen lassen. Ich stehe zu meiner Mitverantwortung, aber ich gehe nicht ins Schneckenhaus. Man muß wieder mehr Solidarität entwickeln. Das ist ganz wichtig.“ Sie verwies auf eine Mitteilung von Kultusministerin Rehm, daß im Freistaat Sachsen bis Anfang April 1992 über 1 500 Lehrer gegen ihre Kündigung geklagt haben und der Freistaat dafür 2 Mio. Mark an Verfahrens- und Folgekosten aufbringen mußte.

Auch die Leipziger Journalistin Dr. Maxi Wartelsteiner, die aus politischen Gründen aus der Leipziger Volkszeitung (l) verdrängt wurde, berichtete an konkreten Beispielen, daß nach der Übernahme der Leipziger Volkszeitung durch den Springer Verlag eine schwarze Liste erarbeitet wurde. Mit Hilfe dieser Liste und der Entlassungsandrohung habe man die Redaktion diszipliniert und auf eine neue Linientreue eingeschwo- ren. „Die Selbstzensur der Journalisten ist heute aus Angst um den Arbeitsplatz größer als früher“, erklärte sie. „Berufsverbot ist eine Praxis, um die Opposition zu bekämpfen“, erklärte der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Klaus Dammann, der über seine 20jährige Erfahrung gegen Berufsverbote sprach. Die Grundlage dafür sei der sogenannte Radikalerlaß gewesen, den Bund und Länder der BRD nach den Ereignissen von 1968 verabschiedet haben. (2) Hier

sei der Begriff der Verfassungsfeindlichkeit geprägt worden, um die DKP, die Friedensbewegung, die Grünen und andere oppositionelle Gruppierungen zu bekämpfen.

Doch die BRD sei damit zunehmend unter internationalen Druck gekommen. Die UNO-Menschenrechtskommission habe sich damit beschäftigt, und es sei auch ein Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte anhängig. So würden heute in den alten Bundesländern nur noch in Baden-Württemberg und Bayern Berufsverbote praktiziert — allerdings auf Sparflamme, erklärte der Anwalt. Ein Redner berichtete mit Empörung, der sächsische Justizminister Heitmann, der seine Teilnahme an der Veranstaltung abgesagt hatte, habe vor einigen Tagen im Rundfunk bedauert, daß die Revolution im Herbst 89 friedlich verlaufen sei, denn sonst gäbe es eine Opposition wie die PDS nicht mehr.

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion unterzeichneten eine Petition an den Ausschuß für Menschenrechte bei der EG, in der sie Anklage gegen die tausendfache Berufsverbotspraxis in Sachsen erhoben. — (Jo Schulz)

Anmerkungen der Redaktion: (1) Die Leipziger Volkszeitung war das Parteiorgan der Sozialdemokraten, sie wurde bereits im 19. Jahrhundert gegründet. (2) Der „Radikalerlaß“ wurde am 28. 1. 72 unter der Regierung von Willy Brandt beschlossen (vgl. auch „20 Jahre Radikalerlaß in der BRD: Bundesweites Berufsverbots treffen“ in *Politische Berichte* Nr. 6 v. 13. 3. 92).



Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der DDR werden auch noch „gegauckt“. Bild: Gauck, sein Mitarbeiter Geiger und der frühere Rektor der HUB, Fink

Sachsens „Schwarze Liste“ (Drucksache 1/395)

Insbesondere die nachstehend genannten Funktionsträger des vergangenen SED-Regimes sind in der Regel vom öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen auszuschließen:

- ehemalige
- Politbüromitglieder
- ZK-Mitglieder (auch Kandidaten)
- Minister und Stellvertreter
- Staatssekretäre
- Hauptabteilungsleiter in Ministerien
- Mitglieder in SED-Fraktionen oder SED-Mitglieder in anderen Fraktionen (KB, FDGB, FDJ usw.)
- Mitglieder der SED-Bezirksleitungen, hauptamtliche Mitarbeiter von SED-Kreis- und Bezirksleitungen
- Mitglieder der Sekretariate der gleichen Leitungsebenen
- Vorsitzende der Räte der Kreise und Bezirke und 1. Stellvertreter
- Kaderleiter von Betrieben, Kombinat, staatlicher Einrichtungen und Organe sowie vergleichbarer Institutionen und Einrichtungen ...
- Bezirksschulräte
- Kreisschulräte
- Direktoren, Prorektoren ...
- Dekane und Prodekane
- Direktoren und deren Stellvertreter
- Leiter der Abteilungen für internationale Beziehungen
- Oberbürgermeister

- hauptamtliche Parteifunktionäre aller Parteien ...
- Mitglieder des Zentralrates der FDJ (auch Kandidaten)
- hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre
- Kombinatdirektoren und deren Stellvertreter
- Bezirksärzte, Ärztliche Direktoren, Kreisärzte, Leiter von Altenheimen und med. Einrichtungen, Militärärzte, Musterungsärzte
- Hohe Armee- und Polizeioffiziere
- Politoffiziere
- hauptamtliche Kulturfunktionäre
- hauptamtliche Sportfunktionäre
- Hohe Zollbeamte
- Mitarbeiter der Grenzkontrolle
- Leitende Mitarbeiter in Justiz und Strafvollzug
- Leitende Mitarbeiter in Außenhandelsbetrieben
- Leitende Mitarbeiter der Abteilung Ko-Ko
- Botschaftspersonal und Personal anderer diplomatischer Vertretungen und Handelsvertretungen
- Funktionäre der Zivilverteidigung
- Richter und Staatsanwälte, die die Überprüfung nicht bestanden haben
- Leitende Mitarbeiter in Außenhandelsbetrieben
- hauptamtliche Funktionäre der Nationalen Front
- Mitglieder der SED-Nomenklatura aller Ebenen ...
- alle Mitglieder der Räte u. Bezirke



Die Besetzung der Märkischen Faser AG in Premnitz geht weiter (s. a. *Politische Berichte* 21/92). Treuhandanstalt und die Schweizerische Firma Alcor Chemie AG drücken sich um Entscheidungen. Belegschaft und DGB fordern die Auflösung des Privatisierungsvertrages und eine langfristige Absicherung durch das Land Brandenburg. Dies wird von der Treuhandanstalt wie auch von Wirtschaftsminister Hirsche (FDP) abgelehnt. Inzwischen ist die Treuhandanstalt in dieser Angelegenheit so unter Druck geraten, daß sie die Alcor Chemie AG um Zustimmung zur Offenlegung der Kaufverträge bittet. Bild: Demonstration am 6. 10. vor der Treuhandanstalt — (har)

Am 3. Oktober waren vielerorts Feiern verordnet. Zum zweitenmal stand der „Tag der deutschen Einheit“ im Kalender. Die betreffenden Bürgermeister hatten sicherlich guten Grund zum Feiern, weniger dagegen manche ihrer Bürger.

Das hat sogar der mecklenburgische Landesbischof Christoph Stier erkannt. Beim ökumenischen Gottesdienst, der das Programm zur zentralen Feier der deutschen Einheit in Schwerin einleitete, ging er in seiner Predigt darauf ein. Nicht jedem sei zum Feiern zumute, denn vielen rutscht der Boden unter den Füßen weg. Der evangelische Kirchenmann sollte recht bekommen. Schon als die Politiker den Schweriner Dom verließen, stießen sie mit einer Gruppe von Bürgern zusammen, die keinen Grund zum Feiern sahen und dies auch lautstark zum Ausdruck brachten.

Dieser Zweiklang von Feiernden und Protestierenden sollte bestimmend für den ganzen Tag in Schwerin bleiben. Immer wieder übertönten Sirenen von Dutzenden Einsatzfahrzeugen den Trubel des Volksfestes, immer wieder gingen die rund 2500 zum Teil mit Schild, Helm, Panzerung und Schlagstöcken ausgerüsteten Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamte gegen Protestierer und Randalierer vor. Es erfolgten mehr als 100 Zuführungen. Die Atmosphäre dieser Feier erinnerte stark an jenen 40. Jahrestag anno 1989.

Gegensätzliches boten auch die politischen Veranstaltungen. 600 geladene Gäste feierten mit Festansprachen des Bundespräsidenten und des Bundesratspräsidenten im Mecklenburgischen Staatstheater den Anschluß der DDR, während 10000 am Pfaffenteich ihren Unmut über diese Form der Einheit artikulierten. Auch der Reporter nahm an der Alternativveranstaltung unter freiem Himmel teil, da er trotz ordnungsgemäßer Akkreditierung nicht zu dem offiziellen Festakt zugelassen war.

Zu der Gegendemonstration hatten mehrere Organisationen aufgerufen: der DGB sowie einzelne Gewerkschaften, der Arbeitslosenverband, das Komitee für Gerechtigkeit, die PDS, der Deutsche Mieterbund, Frauenorganisationen und Freunde des Senders DT 64. Aus

Den 3. Oktober in Schwerin erlebt: So wie es ist, kann es nicht weitergehen!

den Reihen der Veranstalter kamen auch die meisten Redner. Sie wiesen nach, daß wir von der wirklichen Einheit Deutschlands noch weit entfernt sind, und forderten mehr Gerechtigkeit und Solidarität. Andere bemerkten, daß die Einheit doch schon weitgehend hergestellt ist, zwar nicht bei Löhnen und Gehältern, aber dafür bei Mieten, Preisen und Tarifen.

Der Grundtenor der meisten Reden entsprach dem Slogan der Gewerkschaften für diesen 3. Oktober: „Gute Besserung, Deutschland!“ Diesen Wunsch hatte auch Stefan Heym, der für seine Worte wohl den größten Beifall erhielt. „So wie es ist, kann es nicht weitergehen!“ war Heyms Resümee.

Früher war es das Politbüro, heute ist es die Treuhand, die das Eigentum des Volkes verschleudert, sagte der 79-jährige Schriftsteller. Im Westen werden die Reichen immer reicher, und im Osten muß man zusehen, wie mehr und mehr die Arbeitsplätze verschwinden. Warum — so fragte das Gründungsmitglied des Gerechtigkeitskomitees — macht man es uns so schwer, selber das Geld zu verdienen, das wir brauchen für Lebensmittel, für Mieten, Wasser, Heizung, Müllabfuhr, für eine Tasse Kaffee gelegentlich? Offensichtlich stimmt etwas nicht mit dem System, das die Herren Krause und de Maizière, Kohl und Schäuble uns in solcher Eile übergestülpt haben, vermutete Stefan Heym. Er erinnerte daran, daß schon einmal das Volk eine unfähige Regierung zum Rücktritt überredet hat.

Doch zumindest durch großes Beharrungsvermögen zeichnet sich das Kabinett Kohl aus. So focht den Bundeskanzler bei dem Bad in der Menge, das nach dem offiziellen Festakt im Protokoll stand, nichts an von den Buh- und Pfuirufen, von den Vorwürfen und peinlichen Fragen unzufriedener Bürger.

Jedenfalls verließ er kurz danach Schwerin „in bester Stimmung“, wie aus Kreisen der gastgebenden Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern verlautet.

Immerhin hatte der Kanzler auch die Freude, einem Bewunderer seiner Politik auf der Straße zu begegnen. Mit den Worten „Helmut Kohl, wir danken dir!“ reichte Harald Rademaker dem Regierungschef die Hand. Ein begeisterter Schweriner? Nein, er sei hier nur bei Verwandten zu Besuch, erklärte er in

einem anschließenden Pressegespräch. Harald Rademaker wohnt im niedersächsischen Stade. Unter kritischen Einwänden der Umstehenden begründet er dann seine Sympathiekundgebung: Kohl halte er für den einzigen Politiker gegenwärtig in Deutschland mit dem nötigen Durchsetzungsvermögen, ihm vor allem gebühre das Verdienst, daß die Einheit gemeistert wurde, er stünde in einer Linie mit solchen bedeutenden Staatsmännern wie Bismarck und Adenauer. Daß der Gast aus Stade seit Jahren der

CDU angehört, hat nach diesem Statement nicht weiter verwundet.

Sicherlich haben weder Rademaker noch Kohl das Flugblatt gelesen, das einige Schritte weiter an einen geparkten BMW geheftet war. Es hätte sie auch sicherlich nicht weiter berührt. Auf dem Papier stand: „Arbeitslosigkeit, Steuererhöhung, Obdachlosigkeit, Mietpreiswucher, Gewaltausbruch, Ausländerhass — Finden Sie einen Grund zum Feiern? — Sagen Sie Nein zum Feiern des deutschen Größenwahns!“ — (B.G.)



Gesehen in Schwerin am 3. Oktober, dem „Tag der deutschen Einheit“.

Bild: B.G.

PDS-Programmdiskussion: Die Partei sucht ihren Weg

Seit Anfang 1992 läuft in der PDS die Diskussion zum neuen Parteiprogramm. Es wurde zuerst in der Programmkommission, die aufgelöst wurde, und später in der Grundsatzkommission erarbeitet. Etwa Mitte April lag der erste Entwurf vor, der vornehmlich aus der Feder André Brie's, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der PDS, stammen soll. Ein weiterer, aber von der Programmkommission nicht mehrheitlich beschlossener stammt von S. Wagenknecht und M. Benjamin, die der kommunistischen Plattform in der PDS angehören. Zu diesen Entwürfen gesellen sich inzwischen weitere Entwürfe aus Basisorganisationen. Inzwischen wird von einem Mehrheits- und außerdem von einem Minderheitsentwurf gesprochen. Die ursprünglichen Entwürfe wurden überarbeitet und nach einer Tagung verschiedener leitender Gremien der Partei der Mitgliedschaft zur Diskussion übergeben.

In der PDS wird nun in vielen Basisorganisationen und Arbeitsgruppen die Diskussion zum Programm — oder besser gesagt zu den verschiedenen Entwürfen — geführt.

Nimmt man die gegenwärtige Situation zum Anlaß, um über ein Programm, die Zukunft, die Ziele und die Absichten der PDS nachzudenken, so existiert ein starkes Muß, das zu tun. Betrachtet man den Verlauf der Diskussion, so könnte man fast annehmen, daß einige in der PDS nichts Besseres zu tun haben, als sich zu zerstreuen und darüber die eigentliche Zielstellung zu vergessen. Die Erarbeitung der Entwürfe ging nämlich einher mit sich verhärtenden Standpunkten und Zerwürfissen, deren Ende nicht abzusehen ist. Es sei denn, die Streitenden einigen sich darauf, daß es gilt, die Partei und die Linke überhaupt zu stärken. Der Inhalt der vorliegenden Entwürfe wird von der Basis im wesentlichen akzeptiert und als Fortsetzung der Diskussion über den Charakter und Zielsetzung der PDS begrüßt. Es wird aber auch die Sorge geäußert, daß innerhalb

der PDS die Standpunkte noch stärker von einander abweichen können und das zu Ausgrenzungen bzw. zu Abspaltungen führen könnte.

Die Mehrzahl der Mitglieder ist bereit, mit dem Inhalt verschiedener Entwürfe zu leben, auch wenn es in einzelnen Fragen, auch in theoretischen, nicht immer Übereinstimmung geben sollte. Allerdings sucht die Basis den kleinsten gemeinsamen Nenner: Die PDS muß eine antikapitalistische Partei sein und bleiben, die sich mit der ökonomischen, politischen, ideologischen und überhaupt der schrankenlosen Herrschaft des Monopolkapitals nicht abfindet und sich langfristig das Ziel stellt, diese Gesellschaft zu überwinden. Hierin sieht auch die Mehrheit der Mitglieder den Charakter der PDS bestimmt. Sie wird als Partei verstanden, die sich der Überwindung der monopolkapitalistischen Ausbeuter-Verhältnisse und der langfristigen Verwirklichung der sozialistischen Ideen verschreibt. „Nur weil die Idee augenblicklich nicht realisierbar ist, heißt das doch nicht, daß sie schlecht ist und man nicht für sie arbeiten sollte“ — so wird ein Wort Stefan Heyms zitiert, der damit vielen aus dem Herzen spricht und Mut macht, Neues zu beginnen.

Viele Fragen sind offen: Ist die gesellschaftliche Entwicklung letztlich auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und den in den Eigentumsverhältnissen liegenden Ursachen zurückzuführen oder ist er nur einer unter vielen?

Bietet die gegenwärtige Gesellschaft Voraussetzungen, um zu einer höheren Entwicklungsstufe menschlicher Kultur transformiert zu werden oder existieren unüberwindbare Schranken?

Gibt es eine historische Mission der Arbeiterklasse, ist sie das entscheidende historische Subjekt und die eigentliche Zielgruppe sozialistischer Politik?

Von vielen Mitgliedern wird die Suche nach einem Programm vor allem auch als Notwendigkeit der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden, die darauf abzielt,

Antworten zu finden, um den Weg und die Aufgaben der Partei bestimmen zu können.

Vielen Mitgliedern der PDS ist klar, daß ein solches Programm bei weitem nicht alle Fragen beantworten kann. Diese Position erscheint vernünftig und realistisch. Denn wer kann heute voraussagen, was die nach vorn offene Geschichte der Menschheit noch für Überraschungen bereithält? Es sind ja nicht einmal aus historisch kurzer Distanz Antworten in ausreichender und umfassender Form zu den Ursachen des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus“ möglich.

Die Schwierigkeit besteht doch darin, daß viele Aussagen, besonders auch solche die Zukunft betreffend, letztlich spekulativ bleiben müssen, solange der Schiedsrichter Praxis nicht gesprochen hat. Für die PDS ist doch die gegenwärtige Phase eine Phase des Lernens, sich als linke Partei im Kapitalismus richtig zurechtzufinden und Antworten auf dringende Probleme zu finden, ehe man über Inhalt und Form eines künftigen „Sozialismus“ diskutiert. Eine Nabelschau kann und darf die Programmdiskussion nicht sein. Es erscheint vermessen und alleinversteherisch, wenn ohne die anderen Linken und ohne deren Erfahrungen Standpunkte festgeschrieben werden sollen, die vielleicht in Kürze überholt und vergessen sind.

Keineswegs zu verstehen ist, wenn Verfahrensfragen in der Diskussion die Oberhand bekommen oder wenn Meinungen aufkommen, die PDS wäre für eine Programmdiskussion noch nicht reif. Hier drohen schon wieder Erstarrung und Besserwissen. Hier droht sogar Spaltung. Qui bono? Es wäre schlimm, wenn die Entwicklung an der PDS vorbeigehe und sie sich als unfähig erweist, sich den realen Gegebenheiten zu stellen. Aus der übereinstimmenden Meinung, daß das gegenwärtig bestehende Gesellschaftssystem zwar das Letzte ist, aber nicht das letzte sein wird, muß sich doch etwas machen lassen! — (A.B.)

Ernteauffälle — Wer hilft dem Land?

Man — die CDU — formuliere einen Antrag so allgemein wie möglich, so hat man dem „Volkszorn“ Rechnung getragen ...

Nach diesem Motto handelte die CDU auch im Falle der Hilfe für die Bauern Sachsens, die in diesem Jahr außer durch die „Anschluß“-Probleme auch durch die Trockenheit in Existenzschwierigkeiten geraten.

Natürlich fand der pauschale CDU-Antrag die erforderliche Mehrheit, der sehr detaillierte Änderungsantrag der Fraktion LL-PDS wurde abgelehnt. Begründung der CDU: am Thema vorbei.

Nachfolgend dokumentieren wir den Beitrag des Landtagsabgeordneten der Fraktion Linke Liste-PDS, Detlef Wehnert:

„Die Diskussion und der CDU-Antrag zu den Auswirkungen der Trockenheit zeigen deutlich, wie hoch der Bedeutungsverlust der sächsischen Landwirtschaft tatsächlich ist. Ein von 7,7 % im Jahre 1990 auf 1,1 % im Jahre 1992 zurückgegangener Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft in Sachsen läßt kaum Möglichkeiten zu, das Einkommen der Landwirte am vielgepriesenen freien Markt zu realisieren.“

Den bisher ausgewiesenen Ernteertragsausfällen pflanzlicher Produkte von 320 Millionen DM stehen angebotene, durch Kofinanzierung von Bund und Land, bescheidene 45 Millionen DM gegenüber. Das sind 14 % der Ertragsausfälle pflanzlicher Produkte. Bekannt ist — aber wesentlich verschwiegen wird —, daß auf der Preisbasis Frühjahr '92 durch geringer erzielte Erzeugerpreise aus der tierischen Produktion 225 Millionen DM in Sachsen weniger als in den Alt Bundesländern vorhanden sind.

Da haben wir ein Existenzsicherungsprogramm von 25 Millionen DM im Haushalt '92 bereits im März '92 beschlossen. Aber die Prozedur zwischen Dresden-Bonn und Brüssel dauert so an, daß bisher nur 3,7 Millionen DM zur Auszahlung gelangten.

Die ostdeutsche Landwirtschaft hat 599 243 Hektar stillgelegt, das sind 53,5 % der gesamten stillgelegten Fläche in der Europäischen Gemeinschaft. Nur — gegenüber der westdeutschen Landwirtschaft bekommt sie nur 50 % der Stilllegungsprämien gezahlt. Von Juni '91 bis Juni '92 sind im Osten weitere 740 000 Rinder, 70 000 Kühe und 120 000 Schafe verschwunden (werden auf Grund der Absatzlage weniger gehalten - Anm. der Red.). Produktionsrückgang bei Obst auf 45 % und bei Gemüse auf 20 % seit 1989 in Sachsen und Billigimporte dazu komplettieren das ganze Ausmaß der „Trockenheit“, geschuldet der „Dürre“ in der Politik.

Wenn bis zum 10.9.92 die beantragten Anpassungshilfen für 553 juristische Betriebe nur für 91 Betriebe — das sind 17 %! — und für 3 953 natürliche Personen nur für 420 — also 10,6 % — bearbeitet wurden, dann ist doch die Frage zulässig: Wer verdient an den für Sachsen bereitgestellten 69 Millionen DM?

Der Änderungsantrag der LL-PDS enthielt konkrete Forderungen, z. B. die Auszahlung der vom Bund bereitgestellten vorgezogenen Anpassungshilfen in Höhe von 69 Millionen DM bis Ende September an die Unternehmen und Familienbetriebe zu garantieren, als Staatsregierung sich bei der Treuhand für den Abschluß langfristiger Pachtverträge noch 1992 einzusetzen und die Bezahlung der Pachten an die Treuhand bei Trockenschäden um ein Jahr auszusetzen.

Der Ministerpräsident sollte ersucht werden, gegenüber der Bundesregierung und der Treuhand auf eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Regelung zur finanziellen Entlastung landwirtschaftlicher Unternehmen hinzuwirken mit dem Ziel: Streichung der Zinsbelastung für gestundete Altkredite, Aufhebung der Verpflichtungen der Betriebe beim Verkauf von nicht benötigten Anlagevermögen.“

Im 18. Jahrhundert bildete sich die starke norddeutsche Militärmacht Brandenburg-Preußen. Auf kolonialen Gebieten entwickelte sie sich gewaltsam zu einer europäischen Großmacht. 1947 wurde der Staat Preußen von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges als „Hort des Militarismus und der Reaktion“ aufgelöst, womit sich die herrschende Klasse der BRD nie abgefunden hat. Einige Leser werden sich noch der Rückführung der beiden preußischen Königssärge nach Potsdam im vergangenen Jahr erinnern, an der Bundeskanzler Kohl teilnahm. Nun erscheinen nach der Annexion der DDR aus dem konservativen Lager Bücher, die die Frage aufwerfen: „Das vereinigte Deutschland wird östlicher sein – und auch preußischer?“ Was war Preußen, und wozu taugt für die Bourgeoisie das Preußische heute noch?

Wir dokumentieren Beiträge einer Bildungsveranstaltung des BWK Hamburg. — (ana, ano, rwe)

Preußen — ein „moderner“ Staat?

In der Rede, die der konservative Historiker Christian Graf von Krockow damals in Potsdam hielt, behauptete er, Preußen sei ein „moderner“ Staat gewesen. Im 18. Jahrhundert sei von Friedrich Wilhelm I. und seinem Sohn Friedrich II. eine „Revolution der Moderne“ in Gang gesetzt worden, deren Motor der Staatsapparat war. Worin bestand diese „Modernität“ des preußischen Staates? In der Potsdamer Rede hieß es dazu: „Den Adel zu einer Dienstleistungsklasse erziehen, ein modernes Armeementum und eine schlagkräftige Armee schaffen, die Wirtschaft voranbringen und Rechenhaftigkeit durchsetzen, Kolonisten ins Land holen und ansiedeln, die Entwicklung zum Rechtsstaat jedenfalls beginnen, die dann, spätfriedrichianisch, im Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 ihren krönenden Abschluß fand.“ Und nicht zuletzt bestand die „Modernität“ in der „Entwicklung der klassischen Bürgertugenden“: „Friedrich Wilhelm ... erwies sich als der große, der schlechthin übertragende Erzieher zu einer besonderen Einstellung und Haltung, zu jenem unheimlichen Gefüge von Tugenden, die wir seither als typisch preußisch oder ... als typisch deutsch einzustufen gelernt haben: Fleiß und Pflichterfüllung, Ordnungssinn und Sparsamkeit, Disziplin, Nüchternheit, Präzision und Pünktlichkeit.“ Krockow tischte eine bombastische historische Lüge auf, die es zunächst zu kritisieren gilt.

Den wichtigsten Faktor in der sozialen Geschichte Brandenburg-Preußens bildete der Niedergang der Städte und die Machtentfaltung des Adels. Während in Westeuropa im 15. und 16. Jahrhundert die Entwicklung der Städte die Macht des Adels nach und nach untergrub und die Leibeigenschaft der Bauern zurückdrängte — führte in Brandenburg-Preußen die Unterwerfung der Städte durch die Hohenzollern zu einer Wiederbelebung grundherrschaftlicher Verhältnisse. Das war die Grundlage für Armut und Rückständigkeit in Preußen.

Die Hohenzollern waren 1411 aus Süddeutschland in die Mark Brandenburg, die erst im 13. Jahrhundert deutsche Kolonisten den Slawen entrisen hatten, gekommen. Die Hohenzollern waren an langwierige Kämpfe mit der mächtigen freien Reichsstadt Nürnberg gewöhnt. Sie übertrugen ihre städtefeindliche Einstellung auf die Mark Brandenburg, wo die Städte viel jünger und schwächer waren als in Süddeutschland.

Im 15. Jahrhundert griffen sie in zahlreiche städtische Konflikte ein, vereitelten Aufstände oder schlugen sie nieder. So halfen sie, zuerst die Macht der Patrizier in den Städten aufrechtzuerhalten, um die Patrizierherrschaft später von ihrer Unterstützung abhängig zu machen. In Brandenburg-Preußen konnten nur Städte an Bedeutung gewinnen, die von den Fürsten gefördert wurden und von ihnen abhingen. Nach und nach nahmen die Städte das verschlafene und träge Wesen an, das die meisten bis in das 19. Jahrhundert kennzeichnete.

Jedes autonome städtische Leben wurde entscheidend untergraben durch die Tatsache, daß der Adel sich dem Anbau von Getreide für den Markt in Westeuropa zuwandte und mit Unterstützung der Hohenzollern in diesen Bereich städtischer Entwicklung eindrang. Der Adel profitierte von dem Wachstum der Städte in den Niederlanden und in England, die aus dem Osten ihren wachsenden Ge-

Was war Preußen, und wozu taugt das „Preußische“ heute noch?

treidebedarf deckten und auch die steigenden Preise zahlten. Anders ausgedrückt: Die Junker profitierten von dem Stadt-Land Gegensatz, der Europa in zwei Zonen teilte. Während im Westen sich nach und nach bürgerliche Verhältnisse entwickelten, die die feudalen Strukturen unterhöhlten, blieb der Osten (und damit auch Brandenburg) ein den Slawen abgenommenes Kolonialgebiet mit agrarischen Strukturen, arm und rückständig.

Den Junkern gelang es, die Städte völlig aus dem lukrativen Getreidegeschäft auszuschalten. Die brandenburgischen Städte verloren ihre Stellung in Handel und Gewerbe und auch ihre beherrschende Stellung in den ländlichen Gebieten. Städte, die noch lange Wider-

über eine Armee, die fähig war, jeden Widerstand gegen die Erhebung von Steuern, die ausschließlich zum Unterhalt der Armee benötigt wurden, zu brechen. Die während des Krieges aufzubringenden Summen war so ungeheuerlich, daß die Bauern zu Tausenden ins Ausland flohen und in den Städten der Mark Brandenburg über die Hälfte der Häuser verödet waren. Ein halbes Jahrhundert später führte die ständig steigende Steuerausplünderung dazu, daß in Preußen im Jahr 1710 über 200 000 an Hunger und Pest starben (das waren rund ein Drittel der dortigen Bevölkerung). Den Adel kümmerte das nicht, denn er mußte keine Steuern zahlen. Das städtische Bürgertum war schwach und blieb unterwürfig. Beschwerden der

aus regiert und der durch das Heer zusammengehalten wurde.

Unmittelbar nach der Ausschaltung der Stände bauten die Hohenzollern neue Staatsorgane auf. Nach 1660 gingen die Aufsicht über Militärfragen und die Kontrolle über das Finanz- und Steuerwesen auf eine neugeschaffene militärische Behörde über: das Generalkriegskommissariat und die ihm untergeordneten Organe in den verschiedenen Landesteilen. Das war der Anfang einer einheitlichen militärisch-finanziellen Verwaltung des ganzen Staates. Der konkrete Grund für den Aufbau einer allmächtigen neuen Behörde war die Absicht, eine neue staatliche Verbrauchssteuer durchzusetzen. Diese Steuer (Akzise) wurde in den Städten

mehr der Mittelpunkt aller staatlichen Tätigkeit wurde, war das Generalkommissariat die wichtigste und für den wachsenden Hohenzollernstaat charakteristischste Behörde. Sie entwickelte sich zu einer weitverzweigten Bürokratie mit zahlreichen Beamten.

Es erhebt sich die Frage, ob nicht diese zentralisierende Politik der Hohenzollern gegen die eingeschränkten Interessen der Stände ein historischer Segen war, weil die Ständeinteressen keinen Staatsapparat geschaffen hätten und die adeligen Fürstentümer Spielball fremder Mächte geblieben wären.

Diese Behauptung ist keineswegs sicher. Jedes Wachstum der Städte und jeder Aufstieg des städtischen Mittelstandes hätte sich auf die Stände ausgewirkt, wenn sie ihren Einfluß behalten hätten. In anderen Ländern (Frankreich) haben sich dann auch Generalstände für das ganze Land gebildet, die einen Beitrag zur Konsolidierung des Landes leisteten und unter deren Herrschaft Bedingungen für revolutionäre Änderungen heranreifen.

Die preußische Entwicklung mit dem Übergewicht des Adels verhinderte die Möglichkeit des allmählichen Entstehens einer modernen repräsentativen Verfassung — wie das anderswo in Deutschland (Württemberg) geschah.

Der Staat als Kriegsmaschine der herrschenden Klasse

Der absolute preußische Staat war eine Einrichtung zur Konsolidierung der Leibeigenschaft. In einer Zeit, in der im Westen die Leibeigenschaft allmählich verschwand, waren die Landesbesitzer in Brandenburg-Preußen von dem Interesse geleitet, daß durch Gewalt von oben eine neue Ordnung geschaffen werden mußte.

Und es wurde eine eiserne staatliche Ordnung geschaffen, die die Bauern versklavte und die Armen in den Städten ruinierte. Diese Gesellschaft unterschied sich deutlich von den mittelalterlichen Verhältnissen: An die Stelle der Ausübung privater Gewalttätigkeiten zwischen Adelscliquen wurde die militärische Unternehmung nach außen gesetzt; persönliche Abhängigkeitsverhältnisse wurden ersetzt durch Verpflichtungen gegenüber einem zentralisierten Staat; und es entstanden für den Adel neue und lukrative Berufe wie der Offizier und der Beamte. Die preußische Junkerkasse fügte sich in diese neue Ordnung so problemlos wie nirgends sonst der Adel in Europa.

Warum war das so, und weshalb finden die Bürgerlichen das heute noch bewundernswert? Dazu muß man die beiden Seiten des preußischen Absolutismus betrachten: seine innere Ordnung und seine äußere Bestimmung. Sie ergänzten sich. Die Funktion des zentralisierten Staatsapparates bestand darin, die Klasseninteressen des Feudaladels gegenüber seinen ausländischen Feinden als auch gegenüber den Bauern im eigenen Lande zu verteidigen. Dieser Zweckbestimmung entsprechend war die Gewaltsamkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse in Preußen weitaus größer als in anderen Ländern Westeuropas.

Erstens — war der Einfluß des Krieges auf die Struktur dieses Staates vorherrschend und nahm eine beispiellose Gestalt an. Preußen repräsentiert wohl das extremste Beispiel für die Militarisierung eines absolutistischen Staates. Der Staatsapparat wurde quasi die Kriegsmaschine der herrschenden Klasse. Ein preußischer Historiker hat den Satz geprägt: Der Krieg ist der Vater der Kultur und die Mutter der Schöpfung. Und diese kriegerische Gesinnung ist für die Bourgeoisie nicht ein Mythos vergangener Jahrhunderte.

In Preußen entstanden sämtliche zivilen öffentlichen Dienste und lokalen Verwaltungseinrichtungen als Unterabteilungen des Generalkriegskommissariats. Die preußische Bürokratie war ein Ableger der Armee. Die gesamte Behördenorganisation hing mit militärischen Zwecken zusammen und diente ihnen. Der ganze Staat bekam einen militärischen Zuschnitt. Das gesamte soziale System wurde in den Dienst des Militärs gestellt. Adel, Bürger und Bauern waren



In den preußischen Angriffskriegen des 18. Jahrhunderts wurden wohl annähernd 500 000 Preußen hingschlachtet. Stets in geschlossenen Formationen, dem gegnerischen Feuer unverfälschte Ziele bietend, mußten die Soldaten angreifen. Sie wurden mit Stockschlägen von Korporalen angetrieben und

wußten hinter sich berittene Offiziere mit schußbereiten Pistolen. Zehntausende desertierten! Fürchterliche Militärstrafen wurden verhängt. Für die zahllosen Kriegsverwundeten gaben die Könige weniger aus als für eine ihrer vielen kostbaren Tabakdosen.

stand leisteten, wie Stralsund und Greifswald, waren isoliert und wurden militärisch geschlagen. 1674 besetzte die brandenburgische Armee Königsberg und brach damit den Widerstand der letzten unabhängigen Stadt.

Die Ausschaltung der Städte hatte weitreichende Folgen. Noch in der Mitte des 17. Jahrhunderts, zum Ende des 30jährigen Krieges 1648, war die Macht der Stände in Brandenburg ungebrochen und die Landesfürsten von ihnen abhängig. Kein feudaler Fürst konnte nach Belieben Steuern erheben. Wollten die Hohenzollern ihre Politik der Zentralisation im Inneren und der Expansion nach außen durchsetzen, mußten sie das Steuerbewilligungsrecht der Stände brechen. Und das gelang ihnen, indem sie mit dem Adel einen Kuhhandel vereinbarten. Die Stände bzw. der Adel als die herrschende Klasse innerhalb der Stände gaben 1653 das Steuerbewilligungsrecht aus der Hand und bekamen dafür freie Hand bei der Ausbeutung der Bauern. Die Leibeigenschaft wurde zementiert und damit die Gutsherrschaft, die bis ins 19. Jahrhundert bestehen sollte und die den Nordosten grundsätzlich von den anderen Teilen Deutschlands unterschied.

Der „Große Kurfürst“ Friedrich Wilhelm I. begann unverzüglich mit dem Aufbau eines brandenburgischen stehenden Heeres, welches in den Krieg zwischen Schweden und Polen von 1655 bis 1660 eingriff und sich die Oberhoheit über das Herzogtum Preußen sicherte. Diese Investition in das Militär rentierte sich also postwendend, denn Preußen besaß fruchtbare Böden und war viel stärker bevölkert als die Mark Brandenburg.

Während des Krieges erhob Friedrich Wilhelm ohne Einwilligung der Stände Steuern, und nach dem Krieg verfügte er

Städte wurden mit dem Einsatz der Militärs gebrochen. Im Schatten der Junker und des stehenden Heeres bestand kein Raum für das Gedeihen der Städte und ein Auskommen der Bauern. Ja, während in anderen Teilen Deutschlands die schwere Lage der Bauern nach dem Ende des 30jährigen Krieges erleichtert wurde, wurden die Bauern in Brandenburg-Preußen mit immer neuen Diensten für den Adel und immer höheren Steuern für den Staat belastet. Auch das ist eine Lehre aus der preußischen Geschichte: Selbst in ganz schweren Zeiten gelang es den Herrschenden, die Ausbeutung zu verschärfen.

Die Maschine, die alles in Gang hielt

Wenn nun schon die soziale Verfassung der brandenburgisch-preußischen Gesellschaft, das „sklavischste Land Europas“ (Lessing), nichts dafür hergibt, was normale Menschen als „modern“ bezeichnen würden, so können wir uns vielleicht auf die Frage einlassen — die Krockow auch aufwirft: Wurde ein „moderner“ Staatsapparat aufgebaut? Was ist der Maßstab dieser Leute für ein für damalige Verhältnisse modernes Staatswesen; sind es Ziele der Aufklärung und der Französischen Revolution? Weit gefehlt! Die Erfordernisse des permanenten Krieges und der Expansion bestimmten die Struktur des Staatsapparates.

Als Friedrich Wilhelm 1640 den Thron bestieg, gab es keinen brandenburgischen Staat. Die Hohenzollern besaßen lediglich verstreute Fürstentümer, jedes mit eigener Regierung und mit eigenen Einrichtungen. Als er 1688 starb, hinterließ er einen verhältnismäßig zentralisierten Staat, der von Berlin

auf Essen und Trinken, Handel und Gewerbe erhoben, das Land war steuerfrei. Die ergiebigsten Teile waren Auflagen auf das Mahlen, Brauen und Schlachten. Die Akzise war eine staatliche, keine städtische Abgabe. Mit ihrer Einführung ging die Steuerhoheit der Gemeinwesen verloren.

1674 entstand die erste zentrale Kasse des Hohenzollernstaates — die sogenannte Generalkriegskasse. Sie wurde zum wichtigsten Instrument des Generalkriegskommissariats, das ständig auf stärkere Zentralisation drängte. Bald mußten die meisten Fürstentümer feste monatliche Zahlungen an diese Kasse leisten. Ab 1680 wurde das gesamte Wirtschaftsleben der Lenkung des Generalkriegskommissariats unterstellt. Es wurde mit der Aufsicht über Handel und Manufakturen sowie mit der Finanzierung neuer Unternehmungen betraut. Die Hauptaufgabe des Generalkriegskommissariats war die Eintreibung der Steuern. Bedenkt man, daß die Steuern ausschließlich für das Heer bestimmt waren und daß alle wirtschaftlichen Unternehmungen dazu dienen sollten, mehr Steuern für das Heer zu beschaffen, so ist ihre Beaufsichtigung durch eine militärische Behörde nur folgerichtig. Die Beamten des Kriegskommissariats waren durchweg adlig. Sie waren rücksichtslos und bereit, alle Widerstände gegen neue Steuern zu brechen. Während in ganz Europa aristokratische Erhebungen gegen den im Entstehen begriffenen zentralisierten Staat stattfanden, war in Preußen das Bündnis zwischen Hohenzollern und Adel fest begründet, da der Adel nicht nur die absolute Herrschaft über die Bauern behielt, sondern auch die einträglichen Posten im Staatsapparat übernahm. Aufgrund der Tatsache, daß die Unterhaltung und Vergrößerung der Armee mehr und

eigentlich nur da, um jeder in seiner Sphäre dieser Militärmaschine zu dienen.

Diese Ausrichtung des preußischen Staates zahlte sich für die herrschende Klasse aus, denn aus der kleinen Mark Brandenburg wurde die Großmacht Preußen. Die Hohenzollernherrscher ließen sich von einem Grundsatz leiten. Er lautete: Beständig alles anzugreifen und sich unaufhörlich zu vergrößern suchen, getreu dem Motto: Entweder man wird schwächer, oder man wird stärker. Diese verbrecherische Auffassung hat sich in Preußen durchgesetzt, und zwar gegen den damals weit verbreiteten aufklärerischen Gedanken: Für das Glück der Untertanen ist es an sich egal, ob sie diesem oder jenem Herrscher angehören!

Dagegen bildete sich in Preußen die Auffassung, daß das Wohl dieses preußischen Staates eine ganz andere Berechtigung als das Wohl anderer Staaten und auch als das Wohl des einzelnen habe. Die „Staatsräson“ (von der auch der neue Generalinspekteur der Bundeswehr Naumann gerne redet) zwang die persönliche Lebensführung aller Menschen in allen sozialen Schichten in seinen Dienst. Angeblich sogar auch die des Königs, der der erste Diener seines Staates gewesen sein soll.

Das im Mittelalter nicht stark ausgeprägte Interesse der märkischen Junker an Expansion wurde wieder geweckt. Die Vorfahren des märkischen Adels waren im Zuge der Ostkolonisation kriegerisch im Osten eingeeifert, lebten dann im 16./17. Jahrhundert recht gut von der Arbeit der Bauern und dem Getreideexport und zeigten wenig Interesse, gegen Polen oder Schweden zu Felde zu ziehen. Das aber war nach der neuen hohenzollernschen Staatsdoktrin kleinräumig! Und die Hohenzollern machten aus der Armee eine Schule für den Adel. Aus Kleinkariertheit und Eigennutz wurde Expansionswille und Vaterlandsliebe. Der preußische Staat hatte die Glaubenseinheit der Untertanen als Klammer des Gehorsams nicht nötig. Sie wurde aus Patriotismus und Vaterlandsliebe als die zusammenhaltende Kraft im Staat gebildet.

Zweitens — wurde der Staatsapparat auf eine Art und Weise aufgebaut, die aus ihm ein Bollwerk machte. Die Integration des Adels in den neuen Staatsapparat war in ganz Europa eine Absicht der absolutistischen Fürsten. Sie geschah im Westen auf eine ganz andere Art als in Preußen. Im Westen wurde die Bürokratie (unter dem Einfluß des bereits entwickelten Handelskapitals) wie Eigentum behandelt. Die Bürokratie wurde an private Individuen verkauft. Der Ämterkauf war in ganz Westeuropa vorherrschend. Der Adel erwarb öffentliche Ämter und kapitalisierte sie. Eine Folge davon war grassierende Korruption.

Die preußische Junkerklasse wurde dagegen direkt in die neue Bürokratie in-

tegriert. Es entstand eine „Dienstleistungsklasse“ (Krockow), oder anders ausgedrückt: Es bildete sich eine verbrecherische, leistungsorientierte Elite. Es entstand eine Clique, deren Zielsetzung darin bestand, die nähere und weitere Umgebung der Mark Brandenburg zu erobern und die bereit war, für diese Zielsetzung den Bauern und Armen der Städte alles zu nehmen.

Die Basis der Zusammenarbeit zwischen Hohenzollern und Junkern, die nicht ein Prozent der Gesamtbevölkerung stellten, war die Herrschaft der Junker auf dem Lande über die Gutsbezirke. Sie waren zur Beherrschung der Bauern mit dem kompletten Arsenal fiskalischer, rechtlicher und polizeilicher Macht ausgestattet.

Im Gegenzug forderte der Staat von ihnen Offiziere und Beamte und bot ihnen natürlich standesgemäße Versorgung. Dabei lag der Nachdruck auf standesgemäß und Versorgung. 95 % aller Offiziere des Heeres rekrutierten sich aus der Klasse der Landbesitzer. Offiziersstellen versprachen hohe persönliche Einnahmen aus der Bewirtschaftung der Kompanie. Nicht zu Unrecht wurden die preußischen Offiziere deshalb als „Bande wuchernder Krämer“ bezeichnet.

Auch die leitenden Positionen in der Bürokratie wurden mit Adligen besetzt. Die Versorgung in den hohen Rängen der Beamenschaft war sehr gut. Man muß auch wissen, daß der brandenburgisch-preußische Adel zahlreich und in der Regel kinderreich, aber nicht immer sehr wohlhabend war. Wo aber sollte man die angemessene Versorgung finden, wenn nicht beim Staat? Kurzum, der Adel setzte seine eigenen Interessen mit denen des Staates gleich, mit einem Staat, der ihm ehrenvolle und gewinnbringende Positionen verlieh (und seine Herrschaft über die Bauern garantierte). Es entstand also eine perfekte Übereinstimmung von absolutem Staat und Aristokratie. Karl Marx hat einmal geschrieben, daß für die Bürokratie in Preußen der Staatszweck zu ihrem Privatverdienst wurde. Und das war die Basis des Kadavergehorsams der preußischen Bürokratie, die einem Staatsapparat Rückhalt verlieh, der nie entscheidend erschüttert wurde und der Niederlagen wie 1806 durch die napoleonische Armee oder 1945 durch die Rote Armee schadlos überstand.

Für die Bourgeoisie ist Preußen nicht untergegangen

Im 17. und 18. Jahrhundert setzte sich in Brandenburg-Preußen eine neue, von den mittelalterlichen Verhältnissen deutlich unterschiedene Ordnung durch — ein Junkerparadies und Militärfängnis. Wenn man sich ihre politische Verfassung anschaut, so bestand ihr Kern darin, daß die Hohenzollern die

Adel als Herrscher

In Brandenburg-Preußen war der Adel unumschränkter Herrscher. Der Grundherr war oberster Richter und Polizeichef auf seinem Gut. Diese Machtposition wurde benutzt, um die Freizügigkeit der Bauern systematisch zu zerstören. Beim Verlassen des Hofes mußte ein dem Grundherrn genehmer Nachfolger gefunden werden. Erben konnten gezwungen werden, eine Kätnerstelle (landloser Bauer) zu übernehmen, wenn sie nicht innerhalb der Frist von einem Jahr und vier Wochen jemand anders bereitstellen konnten. Heirat war frei, aber der Einzug auf einen Hof bedurfte der Genehmigung des Herrn. Bauernkinder mußten für drei Jahre (ab 1620) Dienstbotendienste verrichten. Flüchtige Bauern mußten an den Grundherrn ausgeliefert werden. Und vieles mehr. Die Bauern waren an die Scholle gebunden und dem Herren auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Im sogenannten Rezeß von 1653 bestätigte Kurfürst Friedrich Wilhelm die adeligen Privilegien. Neu hinzu kam eine Änderung in der Rechtsstellung der Bauern, die von nun an als leibeigene galten, es sei denn, sie konnten das Gegenteil beweisen.

Der Frondienst

Friedrich II. verfügte 1748 eine Beschränkung der Fronarbeit auf drei bis vier Tage pro Woche. In der Neuzeit (Brandenburg) z. B. mußten die Bauern im 18. Jahrhundert vier Tage pro Woche und viele sogar sechs Tage Frondienst leisten. Im Kreis Landsberg erklärten sich die von der Marwitz dazu bereit, ihren Untertanen während der Roggen- und Gerstenernte wenigstens einen Tag in der Woche für die Bergung ihres eigenen Getreides zu gestatten. (Carsten in Preußen: Beiträge zu einer politischen Kultur, Bd. 2, S. 33) Bei diesen hohen Belastungen wundert es nicht, daß ungünstige Jahre sich ver-

heerend auswirkten, wie z. B. im Dürrejahr 1727, in dem es eine schreckliche Hungersnot gab.

Gegenwehr

Widerstand von seiten der Bauern gegen die Fron gab es immer. Neben langsamem Arbeiten, Benutzen von mangelhaftem Gerät usw. setzten sich Bauern und Kätner gegen die Erhöhung der Arbeitsrente gemeinsam zur Wehr, indem sie Prozesse führten. Erfolgreich waren sie nur, wenn sie nachweisen konnten, daß ihre Dienste vertraglich genau bestimmt waren.

Ein anderes Mittel war der Fronstreik wie 1579/1580 in Friesack, 1622 in Freyenstein oder 1765 in Gröditzberg. Diese Streiks waren besonders während der Erntezeit empfindliche Schläge gegen den Junker. Oft sorgte die Armee schnell für Ruhe wie 1765 in Gröditzberg. Vermeintliche Rädelsführer wurden inhaftiert, so z. B. der „ganz widerwertige Unterthan“ Kossäte Hans Geisler 1621 aus dem Dorf Leißow. Zwischen 1715 und 1717 kam es in Cottbus in der Provinz Kurmark zu einem regelrechten Aufstand. Zunächst sollte der Schulze Hans Lehmann, als vermeintlicher Aufwiegler, verhaftet werden, was auch geschah. Nach der Haftentlassung Anfang 1717 begann er wieder, gegen die Frondienste zu agitieren. „Er forderte die Bauern auf, sich zur Wehr zu setzen, wenn sie zu den Diensten angehalten würden, und sich nichts nehmen zu lassen ... Die Ritterschaft (wurde) auf das Tun der Bauern aufmerksam und veranlaßte am 9. Juli die erneute Verhaftung ...“ Es folgten „offen aufflammende Unruhen, die sich auf den ganzen südwestlichen Teil des Cottbuser Kreises erstreckten. In der Nacht des 11. Juli versammelten sich sämtliche Untertanen der adeligen Herrschaften in der Cottbuser Heide und beschlossen, keine Hofdienste mehr zu verrichten. Am folgenden Tag versammelten sie sich abermals ...“ (KuK, S. 8) Wenige Tage später wird der Aufstand auf königliche Ordre hin zerschlagen.

Macht erlangten, neue Gesetze zu schaffen und ihre unbedingte Befolgung durchzusetzen. Philosophisch wurde das folgendermaßen eingeführt: „Das Hauptkennzeichen der unumschränkten Herrschaft und absoluten Macht ist im wesentlichen das Recht, den Untertanen Gesetze aufzuerlegen, ohne daß sie damit einverstanden sein müssen ... Es gibt einen Unterschied zwischen Gerechtigkeit und Gesetz, denn das eine impliziert bloß Gleichheit, während das andere den Befehl beinhaltet. Das Ge-

setz ist nichts anderes als der Befehl des Souveräns in Ausübung seiner Macht.“ (Bodin) Praktisch formulierte der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. das so: „Man muß mir mit dem Leib und Leben, mit Haus und Habe, Ehre und Gewissen dienen, alles muß mir anvertraut werden, außer dem ewigen Heil — das gehört Gott, aber alles andere ist mein.“

Krockow sprach in seiner Rede von den berühmt-berüchtigten preußischen Tugenden und zitiert in einem seiner Bücher Sebastian Haffner: „Pflichterfüllung wurde in Preußen das erste und oberste Gebot und zugleich die ganze Rechtfertigungslehre. Wer seine Pflicht tat, sündigte nicht, mochte er tun, was er wollte. (...) Die Pflicht gegen den Staat kam zuerst. Mit diesem Religionsersatz ließ sich leben, und sogar ordentlich und anständig leben — solange der Staat, dem man diente, ordentlich und anständig blieb.“ Auch diese Maxime, dem Staat zu dienen, ist reaktionär und anti-aufklärerisch. In der Aufklärung entwickelte sich die gegensätzliche Auffassung, daß der Staat die naturgegebenen Rechte der Individuen garantieren müsse. In Preußen wurde dieser Gedanke umgekehrt. Das einzelne Individuum zählte demnach gar nichts, und auch das Wohl der vereinigten Individuen war den Interessen des Staatswohls untergeordnet. Die Grenzen dieser preußischen Pflichtreligion haben sich nicht erst unter Hitler gezeigt, wie Krockow und Haffner behaupten.

Das Preußische besteht in dem Fortwirken von Ideologien (und deren Vergegenständlichung in Staatsapparat und Armee), ausgebrütet in längst vergangenen Epochen, aber für die Herrschenden immer noch tauglich. Die herrschende Klasse der BRD pflegt ein Bild vom Menschen und der Gesellschaft, das von Expansionswillen, kolonialer Überheblichkeit gegenüber den Völkern in Osteuropa und einer speziellen Sorte von Pflichterfüllung, dem Dienst am Staat geprägt ist. Und jedes Mal, wenn sich die herrschende Klasse mal wieder auf ihre preußischen Vorfahren besinnt und an die „preußischen Tugenden“ erinnert, muß man Sorge haben, daß Verbrechen geplant sind.

Termine

24./25.10.92 Mitglieder-versammlung der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus, Burkader Str. 44. Samstag, 13 Uhr, bis Sonntag, 13 Uhr.

24./25.10. Herbstsitzung des Koordinationsausschusses der Kurdistan-Solidaritätsgruppen sowie Beratung der Kurdistan-Solidaritätsgruppen, ab Samstag, 13 Uhr, in Gießen.

31.10./1.11.92 Seminarwochenende und öffentliche MV der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik — Möglichkeiten linker Gemeinderats-Opposition heute — u.a.) in Frankfurt. Anmeldung erbeten über GNN Köln.

31.10.92 Bundesweite Tagung der Interessensvertretung „Selbstbestimmtes Leben“ Deutschland e.V. zum Thema: „Behindernde Politik oder Selbstbestimmung Behinderter. 10 bis 16 Uhr, Gesamthochschule Kassel, Nora-Platt-Str. 5, Raum 0109/0110.

31.10.92 „Europa-Wahl-Werkstatt“ der AG bei der PDS „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung“ ab 11.00 Uhr in Erfurt, Eislebenerstr. 1.

Der Wahlkampf zu den Europawahlen hat schon eingesetzt. Nationale, soziale und rassistische Diskriminierung kennzeichnet die Antwort der Rechten auf zunehmende soziale Not und politische Entrechtung. Linke Politik muß nicht nur den Aktions-, sondern ganz dringlich auch den Begründungszusammenhang der rechten Mobilisierung angreifen. Wie sehen die aktuellen Schwerpunkte linker Politik in diesem Zusammenhang aus und wie können sie gegen die Rechten und faschistische Gefahr vertreten werden?

Anmeldungen an: ArGe, c/o PDS Gera, O-6500-Gera, Amthorstraße 1, oder GNN Bayern, W-8000 München 2, Dachauerstraße 28.

1. bis 5.11.92. Gewerkschaftstag der HBV in Mainz.

7.11.92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8.11.92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

13. bis 15.11.92. Berlin: „Europäischer Antirassismuskongress“ der PDS, Titel: „Gegen eine Festung Europa“.

14./15.11.92. Bundes-Mitglieder-versammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Themen u.a.: Gesundheitsstrukturgesetz und Möglichkeiten des Widerstandes; Vortrag: „Das Menschenbild in der Geschichte der Medizin“. Beginn: Samstag, 12 Uhr, Ende Sonntag, 13 Uhr. Ort: Haus der Jugend, Deutscherrenufer 12, Frankfurt a.M. Anmeldungen bei: GNN Stuttgart, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-624701.

28./29.11.92. Arbeitskonferenz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Themen: * Großmacht BRD * Ursachen und Funktion faschistischer Parteibildung * Aufgaben antifaschistischer Bündnispolitik.

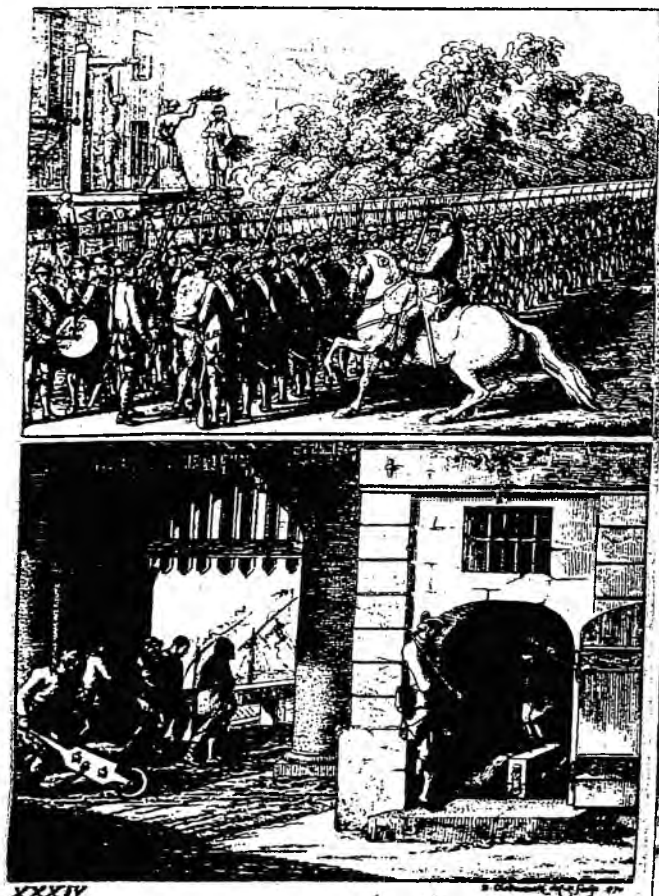
2.1. bis 4.1.93. Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen. Geplant sind wiederum drei Kurse:

— ein Kant-Kursus. Thema ist die Auseinandersetzung mit den philosophischen Grundlagen des staatlichen Gewaltmonopols
— ein Kursus zum „Solidarpakt“. Thema sind Arbeitssituation, Tarifrage u.ä.
— ein Geschichtskursus. Das Jahr 1948 — Weichenstellung für die Spaltung Europas.

Die Anreise soll am 1.1., die Abreise am 5.1.93 erfolgen. Anmeldungen und Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Telefon Gera 623 26 10; Christiane Schneider, GNN-Hamburg, Güntherstr. 6a, Tel. 040-2204278

16./17.1.93. 12. Parteitag der DKP in Mannheim. Tagesordnung u.a.: Zur programmatischen Erneuerung, zur organisatorischen Erneuerung.

30./31.1.93. 3. Parteitag der PDS in Berlin. Er soll über das Programm der PDS beraten und entscheiden.



Vier Stiche von Daniel Chodowiecki: Spießrutenlaufen und schwere Arbeiten beim Schanzen. Ein bettelndes Soldatenweib. Bauernarbeit im Winter (Dreschen und Holzhauen) — im Hintergrund der Gutsherr auf der Jagd.

Der organisierte Streß

Unter diesem Thema wurde im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Arbeit und Gesundheit“ am 15.9.1992 eine Veranstaltung durchgeführt. Die Referentin war Hedwig Grabenberger, die gegenwärtig als Praktikantin beim DGB tätig ist und das Thema einigermaßen lebendig und verständlich dargestellt hatte.

* Von vielen Berufstätigen wird die Belastung am Arbeitsplatz als Streß empfunden, * wie eine bestimmte Belastung von Monotonie, von Isolation, von Termindruck, von Unterforderung oder von Überforderung usw. empfunden wird, ist von Mensch zu Mensch unterschiedlich. Ebenso unterschiedlich sind die Krankheitsarten, in denen sich ggfs. der übermäßige Streß beim einzelnen Menschen äußert.

In der Veranstaltung wurden zwei Möglichkeiten für die Bewältigung von Streß bzw. für eine Verminderung von Streß dargestellt. Einmal muß die Organisation der Arbeit geändert werden. Das heißt, weniger arbeiten bzw. anders arbeiten. Man muß lernen, auch mal zuzugeben, daß man ein so hohes Maß an Arbeit nicht bewältigen kann, ohne krank zu werden. Dabei wird dann sofort die Frage aufkommen, ob dann dieser Arbeitsplatz überhaupt behalten werden kann. Dieser Kampf muß dann durchgehalten werden. Zum anderen kann man im pri-

vaten Bereich Möglichkeiten schaffen, wie der Streß abgebaut werden kann. Das fängt mit Sport an, geht über autogenes Training und Entspannungsübungen sowie entspannender Freizeitgestaltung und endet bei anderen Ernährungsgewohnheiten. Nicht zuletzt wurde dazu aufgefordert, den Ärger nicht in sich reinzufressen, sondern offen auszusprechen, um sich so abzureagieren.

In der anschließenden Diskussion wurde von verschiedenen Teilnehmern darauf hingewiesen, daß die geforderte Änderung der Arbeitsorganisation als Mittel der Streßreduzierung eine oftmals unlösbare Aufgabe ist, weil die Arbeitsbedingungen über das Direktionsrecht festgelegt werden. Falls man da überhaupt ran kommt, ist das auch eine ausgesprochen stressige Aufgabe.

Eine Bewältigung von Streß auf privater Ebene sei sinnlos, weil man an dem folgenden Arbeitstag dann nur wieder besser am Arbeitsplatz funktioniere. Ein Teilnehmer sprach auch gegen die Versuche, durch Veränderung der Arbeitsorganisation Streß zu reduzieren, weil man dadurch nur noch profitabler ausgebeutet werden kann. Diese Auffassungen verurteilen jedoch zur Passivität und können keinerlei Energien freisetzen, um eben die krankmachenden Arbeitsbedingungen zu bekämpfen und um einen größeren Gestaltungsspielraum bei der Arbeit zu erreichen. — (obj)

Sehenschmerz und Muskelknoten Ein Abend über Bewegung

Die ganze Woche über konnte ich einen Satz des Arbeitgebervertreters auf der Eröffnungsveranstaltung nicht loswerden. Der hatte in einem großen Schreibbüro gesehen, daß die Kolleginnen sich auf den modernsten, teuersten Stühlen „rumflätzen würden“. Glatte Verschwendung also, gute Stühle. Die Referentin dieser Veranstaltung dagegen hat uns erst mal klargemacht, daß die Wirbelsäule von der Bewegung lebt. Beim leicht vorgebeugten Sitzen trägt die untere Wirbelsäule fast doppelt soviel Last wie beim aufrechten Stehen, und auch in einer vernünftigen Sitzhaltung noch 40 % mehr. Gutes, den Rücken stützende und die Sitzhaltung fördernde Mobiliare ist also ein unbedingtes Muß. Da der menschliche Körper die Bewegung braucht, ist ständiges Sitzen aber genauso eine Zwangshaltung wie z.B. Überkopfarbeiten und führt zu entsprechenden Schäden. Ist die Wirbelsäule erst einmal verschlissen, kann der Schaden irreparabel sein. Im Vorstadium aber kann durch gezielte Krankengymnastik vorbeugend noch viel erreicht werden. Gelinde gesagt eine Katastrophe nannte sie daher auch die geplanten Einschränkungen der Gesundheitsreform gerade bei krankengymnastischen Verordnungen.

In der Diskussion nahmen die „unvernünftigen Kolleginnen und Kollegen“ eine große Rolle

ein, die z.B. neue Stühle nicht annehmen. Gemeinsam wurde dann entwickelt, daß stundenlanges Sitzen in immer der gleichen Haltung auch auf dem besten aller Stühle nicht gut ist, daß die Sitzhaltung ständig geändert werden sollte, daß viel Aufstehen und Bewegen notwendig ist. Und viele Kolleginnen haben bereits ihre Schäden weg, wenn dann der neue Stuhl kommt, auf dem sie dann auch nicht mehr gut sitzen können.

Viele Tätigkeiten, die im Sitzen verrichtet werden müssen, verstärken die Probleme noch. Wir schreiben heute immer noch auf Schreibmaschinen, die vor fast 100 Jahren entwickelt worden sind für Zwei- bzw. Vier-Finger-Betrieb, häufig benutzte Buchstaben müssen von wenig benutzten Fingern betätigt werden, die Arbeitshaltung erzwingt ein Zusammenziehen der Brustmuskulatur auf der einen, Überspannung der Rückenmuskulatur auf der anderen Seite und eine ungünstige Fingerhaltung (s. auch Tastatur-Schaubild). Schreibmaschinentastaturen, die einer gesunden Körperhaltung angepaßt sind, schmoren bereits seit Jahrzehnten bei irgendwelchen Konzernen im Patentfach. Jetzt werden sie angepriesen, weil nach einer kurzen Einarbeitungszeit die Schreibleistung sogar um 15 % gesteigert werden kann. Werden wir also auf diesen Schreibmaschinen bestehen und gleichzeitig dafür sorgen müs-

Moderne Zeiten — gesunde Zeiten? Versuch einer Nachlese

Die Wanderausstellung „Moderne Zeiten — gesunde Zeiten?“ ist am 25.9.1992 in Hamburg zu Ende gegangen. Auf dieser Seite soll der Versuch einer Nachlese unternommen werden. Die Eröffnungsveranstaltung wäre ohne Beiträge aus dem Publikum langweilig geblieben, denn dem Moderator ist es nicht gelungen, die illustren Vertreter der offiziellen Gesundheitspolitik (Vertreter verschiedener Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, ein Arbeitgebervertreter und Senator Runde) in irgendeine Kontroverse zu bringen. Die

Einzelveranstaltungen waren dagegen lebendig, geprägt von Informationsvermittlung und Diskussion und — soweit wir das überblicken konnten — auch gut besucht mit um die 40 und mehr chern.

Die Ausstellung selbst lebt von den subjektiven Eindrücken, erhebt also weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch auf exakte Wissenschaftlichkeit. Sie ist aber gerade dadurch eindringlich und auch nachvollziehbar.

Bildschirmarbeit ist gesundheitsschädigend



Dialog, Kollege Computer, Bürokommunikation — all diese verkaufsorientierten Wortschöpfungen unterstellen den modernen computergestützten Techniken menschliche Qualitäten. Ob wir aber an der Software verzweifeln, durch monotone Eingabetätigkeiten ermüden oder bei Erfolgserlebnissen in Jubel ausbrechen — all das läßt das Gegenüber völlig kalt. Tatsächlich führt die Einführung von PC-Arbeitsplätzen zu einer Einschränkung und auch zum Abstumpfen der Kommunikation unter Kolleginnen und Kollegen, zum Verlust von sozialen Kontakten und einer Reihe von Gesundheitstörungen während der Arbeit.

Die Veranstaltung „Kollege Computer — Zur Ausgestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen“ war gut besucht. Schüler einer Berufsschulklasse und weitere ca. 30 Teilnehmer waren gekommen. Der KDA (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) hatte als Referentin die Betriebsrätin Mechthild Kehrli engagiert. Im Vortrag wurden die Belastungen durch die Arbeit am Bildschirm beschrieben. Ergonomisch gut eingerichtete Arbeitsplätze sind in Kleinbetrieben immer noch kaum vorhanden, aber auch in Großbetrieben stehen die PCs oft einfach auf dem Schreibtisch. Eigene Erfahrungen von der Umgestaltung der Arbeitsplätze in einem Rechtsanwaltsbüro ergänzten die praktischen Hinweise für Veränderungen.

Noch immer bestreiten Berufsgenossenschaft und viele Augenärzte die Tatsache, daß das menschliche Auge kein Nahsehauge ist. Bildschirmarbeit führt immer zu Überanstrengungen des Auges. 12000 bis 50000 einzelne Blickwechsel und damit Muskelanspannungen muß das Auge pro Tag leisten. Die starke Konzentration, die dafür nötig ist, führt zu Überanstrengungen des Auges, das Auge sieht nur noch verschwommen, man rückt näher an den Bildschirm heran, es kommt zu Verspannungen. Auch bei gut eingerichteten Bildschirmarbeitsplätzen muß die Devise daher lauten: so wenig wie möglich am Bildschirm sitzen, maximal 4 bis 5 Stunden am Tag. Unbedingt sollte man Pausenregelungen einhalten, zehn Minuten pro Stunde, in Öster-

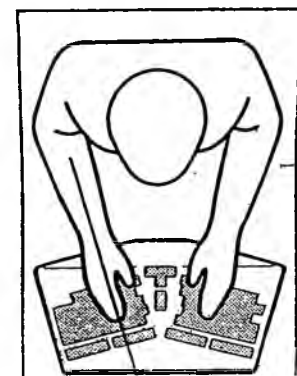
reich sind 15 Minuten vorgeschrieben. Pause für die Augen heißt nicht lesen, sondern z.B. Augengymnastik machen. Nach der Eingangsuntersuchung sind halbjährliche Augenuntersuchungen nötig, nach der EG-Richtlinie können die während der Arbeitszeit gemacht werden. Ob sich das Auge regeneriert, hängt auf jeden Fall von der täglichen Dauer der Bildschirmarbeit ab. Brillenträger am Bildschirm brauchen z.B. in kürzeren Zeiträumen stärkere Brillen als Brillenträger, die nicht am Bildschirm arbeiten, d.h. die Augen regenerieren sich nicht völlig. Der Bildschirm darf nicht vor (im Gegensatz zur Schreibmaschine) und nicht gegenüber dem Fenster aufgestellt werden. Die Hertz-Wiederholungsfrequenz muß zwischen 70 und 90 liegen (möglichst wenig Flimmern). Der Bildschirm soll einen weißen Hintergrund und schwarze Schrift haben.

Auch Sitzen ist für die Wirbelsäule Schwerstarbeit. Das wurde anhand von Overheadfolien erläutert. Unbedingt muß man auf einem ergonomisch gutem Stuhl bestehen. Der Tisch, auf dem die Tastatur steht, muß höhenverstellbar sein (einfache Bedienung ist technisch kein Problem), und der Bildschirm muß auf einem höhenverstellbaren Arm stehen. Bezüglich der elektromagnetischen Felder sollten die Betriebsräte versuchen, die schwedischen Normen bei der Anschaffung durchzusetzen, denn der Begriff „strahlungsarm“ ist kein geschützter Begriff und sagt nichts über die tatsächlichen

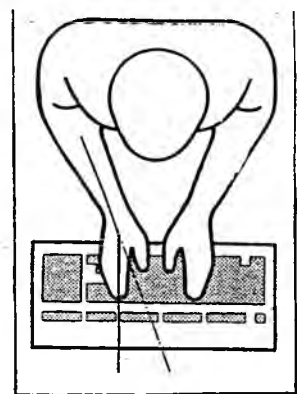
Werte aus. Das alles sind Mindestbedingungen, damit die Gesundheitsschäden begrenzt werden. Aber der ergonomisch beste Stuhl hilft nichts gegen gesundheitliche Schäden, wenn man darauf acht Stunden im Akkord schreiben muß. Die Arbeit in den letzten Jahren hat sich verändert, viele Tätigkeiten, z.B. Formulare aus dem Schrank holen, Aufstehen, Gehen und Bücken waren dazu erforderlich, fallen heute weg und sind ersetzt worden durch Programme im PC. Das verbreitete Auftreten von RSI (Muskelfaserrissen) hat in England dazu geführt, daß nach einer Richtlinie nicht mehr als 10000 Anschläge pro Stunde geschrieben werden dürfen. Das entspricht 166 Anschlägen pro Minute. In der BRD liegt das Prüfungsniveau bei 180 Anschlägen in der Minute. Von der ausgelassenen Anwaltsgehilfin wird erwartet, daß sie nach einiger Zeit auf 300 Anschläge kommt. Gegen diese Zeitmessungen bei Schreibarbeiten am Bildschirm muß gekämpft werden. Sie sind gesundheitsschädigend. Wie kommt man von dem Routinetempo runter? Man kann z.B. bei jedem Seitenwechsel am PC, der durch eine gepunktete Linie angezeigt wird, bewußt eine Pause einlegen. Bei der Schreibmaschine mußte früher auch ein neuer Bogen eingespannt werden.

Aufgrund eines BAG-Urteils von 1983 konnten die Betriebsräte bisher keine Regelungen für einen besseren Gesundheitsschutz erzwingen. Ab Januar 1993 tritt die EG-Richtlinie für Bildschirmarbeitsplätze in Kraft. Diese und die allgemeine Richtlinie zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bieten mehr Möglichkeiten für Betriebsräte und Beschäftigte, bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Für jeden ab 1.1.93 neu eingerichteten Bildschirmarbeitsplatz muß eine Analyse durchgeführt werden. Da die BRD die Richtlinie nicht in nationales Recht umgesetzt hat, tritt diese Verordnung für die BRD in Kraft und hat Gesetzeskraft. — (hao)

EG-Richtlinie über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer ... v. 12.6.89; EG-Richtlinie über die Mindestvorschriften bzgl. der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten v. 29.5.90 (beide veröff. in Amtsblatt der EG v. 29.6.89 bzw. 21.6.90).



Die übliche Tastatur: Ungesundes Abwinkeln der Hände.



Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres-/Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).

☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Züllicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

22/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Züllicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celik (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümler (über: GNN, Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Züllicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26.- DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.- DM (Förderabo 78.- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1.- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Vertriebsstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Köster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig veranlagte Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Züllicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Züllicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rg.), 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz